

200
EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL
BIBLIOTHEK
Nr. I 19550

Die
Medienburgische Steuerfrage

Einleitung

Der Entwurf der Verhandlungen von 1860 und die
abgemilderten Forderungen der Steuerfrage

Der Entwurf der Steuerfrage

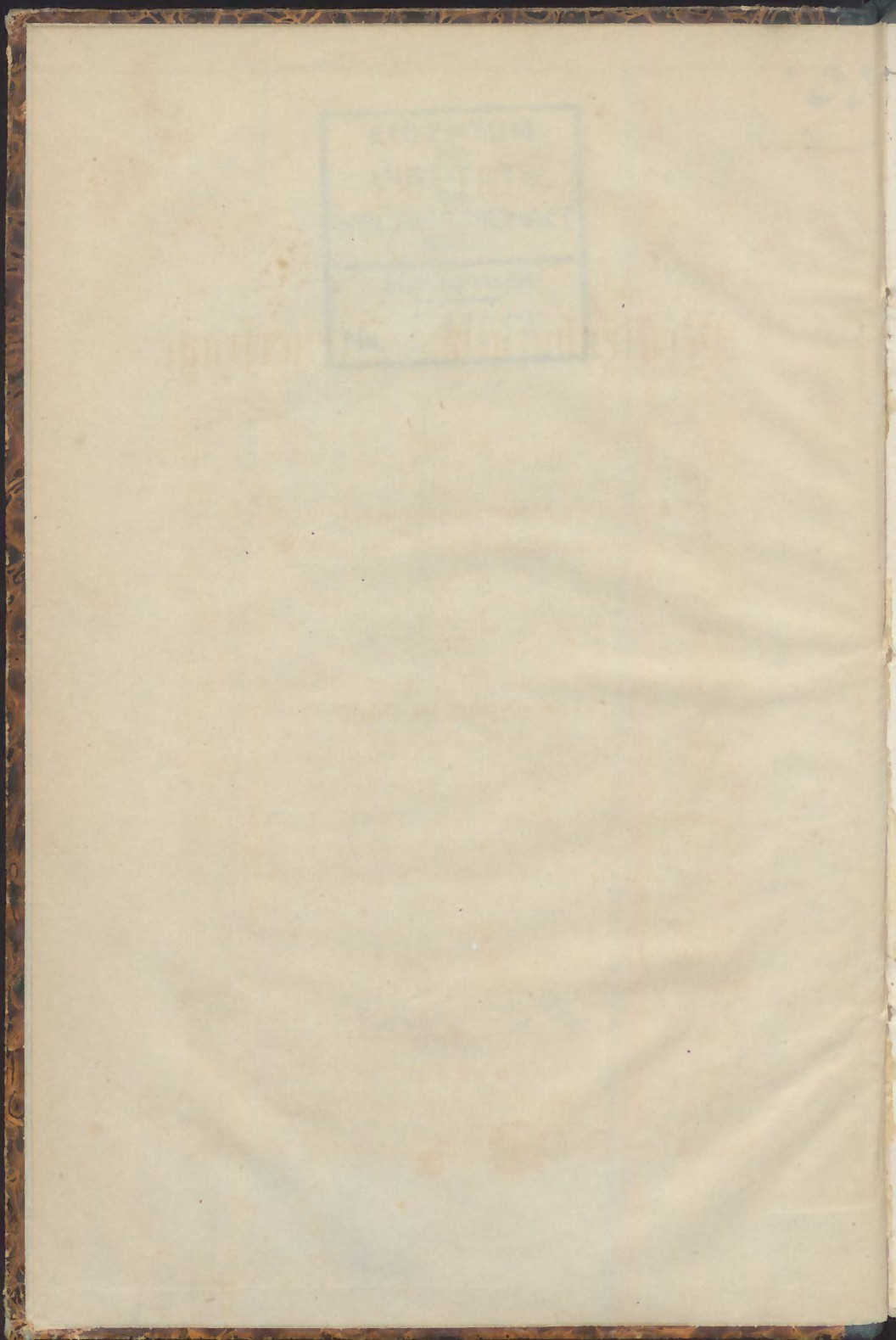
Der Entwurf der Steuerfrage der Medienburgischen Steuerfrage
der Medienburgischen Steuerfrage



Vertrag

Der Vertrag zwischen der Medienburgischen Steuerfrage

Der Vertrag



Blicke

auf die

Mecklenburgische Steuerfrage

Angeichts

der Landtags-Verhandlungen von 1860 und der
gegenwärtigen Lage der Elbzollfrage.

Von

dem Verfasser der Schrift:

„Ueber die Grundübel des Mecklenburgischen Steuerwesens
und die Mittel zu deren Heilung“



6697.

R o s t o c k.

G. B. Leopold's Universitäts-Buchhandlung.

(Ernst Ruhn.)

1861.



Stille

Wissenschaftliche Zeitschrift



1936



Wie aus der großen Verschiedenheit der Ansichten, welche über die den Ständen auf dem jüngsten Landtage Zwecks Verbesserung des Steuer- und Zollwesens landesherrlicherseits abermals proponirten Maßregeln vormalten, die Gleichgültigkeit zu erklären sein mag, womit die von den Ständen, obwohl im eingehenden Sinne darauf gefaßten Beschlüsse im Allgemeinen doch nur aufgenommen wurden, so findet auch das geringe Vertrauen, welches sich zu den practischen Erfolgen dieser Beschlüsse nur kund giebt, zu gutem Theile schon in den unter den Ständen selbst darüber vorherrschenden Stimmungen und in der Erkenntniß mancher schon auf der Oberfläche der Verhältnisse übersehbarer, kaum überwindlicher Bedenken nicht weniger seine Rechtfertigung als in einer Reihe vorausgegangener Enttäuschungen, die ähnlichen Erwartungen folgten. Nachdem längst eine Umgestaltung des veralteten Mecklenburgischen Steuerwesens als eine dringende Nothwendigkeit erkannt, nachdem vier Decennien hindurch darüber vergeblich verhandelt worden, weil über die Mittel und Wege eine Einigung zwischen Regierung und Ständen nicht zu erreichen stand, hätte erwartet werden dürfen, daß das Resultat der jüngsten Landtags-Verhandlung, insofern dadurch diese Einigung wenigstens bis zu einem gewissen Grade erzielt war, im Lande allgemein mit Jubel begrüßt werden würde. Davon zeigte sich jedoch keine Spur. Daß diejenige, wenn auch an sich nur kleine, doch im Schooße der Ritterschaft immer noch reichlich stark vertretene Partei, welche jeder wesentlichen Aenderung der landesgrundgesetzlich bestehenden

Abgabe-Verhältnisse obhold ist, durch das Ergebniß der ständischen Abstimmung sich nicht befriediget fand, ist natürlich; unter denjenigen aber, welchen es mit der Reform wahrer Ernst ist, genügten Vielen eben deshalb die landesherrlichen Propositionen bei Weitem nicht, während Andere, die es hiermit in der Meinung versuchen möchten, daß dieselben unfehlbar sehr bald weiter greifende Maßnahmen nach sich ziehen würden und es zunächst nur darauf ankommen, durch Abschaffung der lästigsten Abgaben zu einer Reform die Bahn zu brechen, diesen Erfolg doch auch durch jene Abstimmung keinesweges garantirt erachteten.

Dieser letztern Ansicht stand allerdings der Umstand zur Seite, daß sich die landesherrlichen Propositionen selbst als unfertig ankündigten und durch die ständische Annahme derselben nur die Basis für weitere Verhandlungen gewonnen werden sollte; ein bestimmteres Urtheil darüber ließ sich jedoch nicht bilden, so lange der Committeebericht vom 6. Dec. v. J., der den ständischen Beschlüssen zum Grunde lag, nicht vollständig bekannt war, mithin auch die Tragweite der letztern nicht vollständig übersehen werden konnte. Jener Committeebericht aber war bisher nur auszugsweise veröffentlicht und ist seinem vollständigen Inhalte nach erst jetzt durch den Druck in weiteren Kreisen bekannt geworden.

In Beihalt dieses Actenstückes und des mit demselben abgedruckten Separatberichts zweier Mitglieder der Committee, so wie der darauf im Pleno der Landtags-Versammlung gefaßten Beschlüsse lassen sich letztere ihrem positiven Gehalte nach im allgemeineren Umrisse auf das Resultat zurückführen, daß dadurch weitere commissarische-deputatistische Verhandlungen möglich gemacht sind, wobei von der Absicht auszugehen ist, eine Umgestaltung des Steuer- und Zollwesens in der Weise herbeizuführen,

daß alle jetzt bestehenden Land-Zölle, Damm-Zölle und Fluß-Zölle (mit Ausschluß der Elb-Zölle von transitirenden Waaren), ferner der Vicent in Wismar, die landstädtische Handelssteuer und die seestädtische Waaren-

Accise aufgehoben, von der Handelssteuer und der Accise etwa der dritte Theil des bisherigen Ertrags durch directe Besteuerung des Handelsstandes gebracht, alle weiteren Mittel aber, welche zur Deckung der durch solche Aufhebung entstehenden Ausfälle erforderlich wären, durch einen beide Großherzogthümer umfassenden, nur auf dem Importe ruhenden Grenzzoll gewonnen würden.

Die Verathung und Präcisirung der Modalitäten, wie alles dieses zu bewirken, soll eben die Aufgabe der commissariisch-deputatistischen Verhandlungen sein, über deren Product beiden Ständen die freieste Entschließung vorbehalten ist.

Der Antrag in den landesherrlichen Propositionen lautete freilich anders. Darnach sollten Stände gemeinsam über Feststellung der wesentlichen Grundlagen der weiteren Verhandlung, namentlich über die Fixirung der Mahl- und Schlachtsteuer, über die proponirte Handelsklassensteuer und den einzuführenden Grenzzoll in Grundlage der mitgetheilten Gesetz-Entwürfe beschließen, um dann durch Deputirte weiter mit den Regierungen über die diese ganze Angelegenheit abschließenden Vorlagen zu verhandeln, über welche Vorlagen allerdings auch die definitive ständische Beschlußnahme vorbehalten bleiben sollte. Diejenige feste Basis weiterer Verhandlung, welche hierbei bezielt war, ist durch die jetzigen ständischen Beschlüsse nicht gewonnen. Die von den Regierungen den Ständen herausgegebenen Vorlagen wurden in dem darüber erstatteten Committeeberichte in sehr wesentlichen Puncten bemängelt, die Erörterung und Begutachtung der mitgetheilten Gesetz-Entwürfe aber gänzlich umgangen. Bei den darauf gefolgten Verathungen im Pleno der Landtags-Versammlung eignete man sich aber nicht nur die Ausstellungen der Committee zum größten Theile an, sondern wurden dieselben theilweise noch geschärft und ihnen neue hinzugefügt. Nur mit diesen Modificationen und Zusätzen wurde der Committeebericht zunächst von der Ritterschaft,

dann von der Landschaft angenommen. Es ist die ständische Zustimmung zu den landesherrlich proponirten Maßregeln nicht erfolgt; es ist nicht beschlossen, daß und noch viel weniger von welchem Zeitpunkte an dieselben unter den noch näher zu vereinbarenden Modalitäten ins Leben treten sollen, sondern das zwischen den Regierungen und den Ständen durch die Landtagsbeschlüsse bewirkte Einverständniß beschränkt sich darauf, daß beide einer Umgestaltung des Steuer- und Zollwesens in der vorbezeichneten Weise nicht entgegen sein wollen, dafern es gelänge, sich über die Art und Weise, wie dies geschehen könnte, zu einigen und daß versucht werden soll, durch vorgängige commissarisch-deputatistische Verhandlungen zu solcher Einigung zu gelangen. Da nun die Landschaft ihrerseits längst sich hierzu geneigt zeigte, einer theilweisen directen Ablösung der indirecten städtischen Steuern aber auch von der Ritterschaft schon bisher nicht widersprochen wurde, so reducirt sich dasjenige, was durch die Landtags-Beschlüsse Neues erzielt wurde, in der Hauptsache auf die endliche Vereiterklärung der letzteren, sich an weiteren Verhandlungen zu betheiligen, wodurch die Einführung eines Grenzzollsystems bewirkt würde.

Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Beharrlichkeit die Ritterschaft bisher jegliches Eingehen auf das Grenzzoll-Project zurückwies und mit welcher Entschiedenheit sie demselben noch auf dem Landtage 1859 widersprach, so könnte man geneigt sein, dem jetzigen Voto derselben, wodurch sie sich eventuell, mithin doch mindestens im Principe, mit der Einführung eines Grenzzolls einverstanden erklärte, auch eine practische Bedeutung beizulegen. In der That bleibt es ein bemerkenswerthes Ereigniß, daß dieser Stand sich hier in seiner Majorität für die Einführung eines Steuersystems aussprach, welches seinem Wesen und seiner Wirkung nach der patrimonialständischen Grundlage der Verfassung und dem darauf ruhenden Systeme für die Aufbringung der ordentlichen Staatslasten fremd und jedenfalls geeignet er-

scheint, der bevorzugten Stellung, welche die Ritterschaft darnach im Steuerwesen einnimmt, mehr oder weniger zu präjudiciren. Es steht dieser Vorgang in den Annalen des Mecklenburgischen Steuerwesens ohne Beispiel da; denn, wenn zwar auch schon auf dem Convocationstage von 1808 die Ritterschaft sich Anfangs für die Einführung eines allgemeinen Waaren-Zupostes ausgesprochen hatte, so handelte es sich damals doch nur von einer vorübergehenden Maßnahme zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse. Gerade darin, daß die Ritterschaft die so eben angedeutete Consequenz sehr wohl erkannte und daß sie von der Verletzung ihrer privilegierten Stellung im Steuerwesen mit vollem Rechte auch eine Beeinträchtigung ihres politischen Ansehens besorgte, lag der Grund ihrer bisherigen Opposition. Ob sie darin klug und zeitgemäß handelte, ist eine andere Frage, die hier nicht zur Erörterung steht; gewiß ist, daß mit den Principien, worauf die ordentliche Contribution verfassungsmäßig begründet dasteht, die in Rede stehende Neuerung unvereinbar, daß das bestehende altlandständische Contributions-System dadurch durchlöchert wird und daß mithin der Widerstand derjenigen, welche dasselbe in seiner Reinheit aufrecht zu erhalten bestrebt sind, in sofern ein vollkommen berechtigter ist.

Was sich in dem Committeebericht gesagt findet, um denjenigen Theil der Ritterschaft, welcher aus den so eben erwähnten Gründen dem Grenzzoll-Project opponirte, hierüber zu beruhigen, erscheint von keinem Gewicht und mehr geeignet, die Verhältnisse zu verunklaren als sie in ihrem wahren Lichte darzustellen. Mag auch der in der Landtags-Proposition bestimmt ausgesprochenen Versicherung, „daß das Absehen der landesherrlichen Proposition in keiner Weise auf eine Schmälerung verfassungsmäßiger ständischer Rechte gerichtet sei,“ voller Glaube zu schenken sein, so ist doch diese Schmälerung, wie auch schon in dem Separatberichte zweier Committee-Mitglieder hervorgehoben wurde, die thatsächliche und, weil in dem Wesen desselben begründet, auch völlig unvermeidliche Folge des Projects. Wenn ferner der Committeebericht die Ansicht aus-

spricht, daß das beabsichtigte Grenzzoll-Institut nur einen veränderten Modus der ordentlichen Contribution für dasjenige abgeben würde, was bisher durch die Handelssteuer aufgekommen, mithin demjenigen unverändert unterliegen werde, was der Landesvergleich über die ordentliche städtische Contribution hinsichtlich der ständischen Bewilligung und der Concurrenz bei den Controle-Maßregeln 2c. verfassungsmäßig feststelle, so erscheint diese Ansicht theils an sich unzutreffend, theils ist der Kern der Sache damit gar nicht berührt. Der Vergleich des projectirten Grenzzolls mit der städtischen Handelssteuer ist ein durchweg hinführender. Man könnte sagen, daß die beabsichtigte Handelsklassensteuer an die Stelle der bisherigen Handelssteuer zu treten habe und einen veränderten Modus desjenigen Theils der ordentlichen Contribution bilden werde, welcher jetzt durch die letztere aufkömmt; der projectirte Grenzzoll aber tritt uns als ein Institut entgegen, welches sich seinem Wesen nach überall in den ordentlichen Contributionsmodus nicht einfügen läßt, als eine neue, dem Wesen des Patrimonialstaats völlig fremde Schöpfung, auf welche dasjenige, was im ersten Artikel des Landesvergleichs wegen der ständischen Bewilligung und Concurrenz bei der ordentlichen Contribution stipulirt ist, meistens unanwendbar erscheint. Die verschiedene Natur dieser neu einzuführenden Abgabe bringt es mit sich, daß der ständische Concurrenzfuß dabei erst neu zu vereinbaren sein wird. Niemals könnte es sich rechtfertigen und sicher wird dies, weil es dem Zweck der Maßregel entgegen liefe, auch nicht in der Absicht liegen, das neue Zollgesetz mit dem Tarife und den bezüglichen reglementairen Bestimmungen in die starren Formen zu prägen, welche sich im ersten Artikel des Landesvergleichs, dem Geiste der Verfassung vollkommen entsprechend, für das Contributionswesen vorgezeichnet finden. Wäre die von der Commitee ausgesprochene Ansicht richtig, so würde sich aus demselben Grunde die Umwandlung aller Steuern, die aus ständischen Gebieten als Theile der ordentlichen Contribution

erlegt werden, in allgemeine Landessteuern als mit der Verfassung vereinbar rechtfertigen lassen. Gerade aber darin liegt die Eigenthümlichkeit der letztern, daß sie keine allgemeine Steuern, keine Staatssteuer kennt, auch ihrem Wesen nach nicht kennen kann, sondern daß, für die Uebertragung der ordentlichen Staatslasten, jeder Landestheil nur mit besonderen vertragsmäßig feststehenden Steuerpflichten behaftet ist, insbesondere aber die ritterschaftlichen Grundbesitzer gegen die stipulirte Abgabe von den Hüfen von jeder andern ordentlichen Steuerleistung für alle Zeiten befreit dastehen. Dieses oberste Princip der bestehenden Steuer-Verfassung — welches allerdings jeder rationellen Ordnung derselben den Eingang verschließt — war schon durch die Einführung des indirecten Steuermodus in das städtische Contributions-Edict einigermaßen vulnerirt; nichts ist einleuchtender, als daß die Einführung eines Grenzzoll-Systems dasselbe noch in viel stärkerem Maße untergraben würde. Die städtische Handelssteuer bewahrte, wenngleich auch sie in ihren Wirkungen in andere Gebiete übergriff, doch immer den Charakter einer wesentlich städtischen Steuer; der bezielte Grenzzoll aber wäre eine reine Staatssteuer, die sich mit dem altlandständischen Steuer-Ausbringungs-Systeme überall nicht vereinigen läßt.

Ebenfowenig leidet dasjenige, was zwischen Regierung und Ständen über das Land-Zollwesen vertragsmäßig festgestellt ist, eine analoge Anwendung auf den einzuführenden Grenzzoll, dafern nicht etwa, was doch nicht die Absicht ist, letzterer als eine privative landesherrliche Revenüe hingestellt werden soll; denn die Landzölle sind Ausflüsse der landesherrlichen Grundherrschaft über die Domainen, auch ihrer Natur nach von einer Abgabe, die an der Landesgrenze von den Waaren-Importationen erhoben würde, grundverschieden. Daß sie allen Regeln der Volkswirthschaft zuwiderlaufen, ist gewiß, sie sind aber nichtsdestoweniger mit den Grundlagen der bestehenden Steuer-Verfassung ebenso verträglich, wie ein modernes Mauthsystem, worauf die Absicht

gerichtet ist, sich damit unverträglich zeigt. Wenn daher in dem Committee-Bericht fortwährend von einer Verlegung der Landzölle an die Grenzen des Landes die Rede ist, so erscheint diese Terminologie in den Sachverhältnissen keinesweges gerechtfertigt. In Wahrheit denkt Niemand daran die alten Land- und Wasserzölle, welche, gleich Wege- und Brückengeldern, sich auch im Besitz von Privat-Personen und Communen befinden können und wirklich befinden, an die Landesgrenzen zu verlegen, sondern es handelt sich nur darum, jene aufzuheben und die Gelberhebungen, welche dadurch ausfallen, durch eine allgemeine Besteuerung des Waaren-Imports zu decken, die ihrer Natur und Wirkung nach nur als eine wirkliche Staatssteuer anzusehen ist.

Wie schwer aber auch hiernach die Erklärung der Ritterschaft ins Gewicht fallen müßte, wenn sie als ein Zeugniß dafür gelten könnte, daß wirklich in der Majorität dieses Standes die Ueberzeugung Raum gewonnen habe, daß eine wesentliche Reform des Steuer- und Zollwesens nothwendig und der projectirte Grenzzoll das rechte Mittel dazu sei, die Regierung also bei der weitem Verfolgung dieses Projects auf die nachhaltige Unterstützung der Ritterschaft zu rechnen hätte, so scheint doch die Nichtigkeit dieser Supposition nicht unerheblichen Zweifeln zu unterliegen. Bekanntlich ist der ritterschaftliche Standes-Beschluß mit 89 gegen 86 Stimmen, also nur durch eine überaus winzige Majorität gefaßt worden; dieses kleine numerische Uebergewicht der Stimmen, welche sich für ein weiteres Eingehen auf das Grenzzoll-Project aussprachen, wird aber intensiv durch die begleitenden Umstände noch erheblich abgeschwächt. Daß große Anstrengungen gemacht waren, um für und gegen die Sache zu wirken, ergiebt sich aus dem ganz ungewöhnlich zahlreichen Besuch des Plenums am Tage der Abstimmung; die Folgerungen, welche daraus auf die wahre Stimmung gezogen werden könnten, mögen sich gegen einander compensiren. Sicherem Vernehmen nach ging aber bei der Abstimmung selbst Alles bunt durch einander

und war das Votum der Einzelnen auf beiden Seiten von den verschiedensten Motiven geleitet, so daß nichts fehlsamer sein würde, als in den 89 zustimmenden Votanten ebensoviel Anhänger der Regierungspropositionen, als in den 86 Renitenten Gegner der Steuer-Reform erkennen zu wollen. Abgesehen davon, daß, wie sich dies bei der vorausgegangenen Debatte deutlich ergab, einem großen Theile der ritterschaftlichen Mitglieder, die sich zur Stimmabgabe berufen sahen, die klare Vorstellung der Sache, worauf es ankam, abging und daß die Wichtigkeit der Vorlagen und das sorgfältige Vermeiden jedes tiefern Eingehens in das Wesen, die Bedingungen und die Consequenzen des Grenzzollprojects keineswegs dazu beitrugen, sie darüber aufzuklären, ist es eben so gewiß, daß unter den 89 Zustimmenden sich Viele befanden, welche nach ihrem politischen Standpuncte diesem Projecte völlig abhold sind, als es gewiß ist, daß eine nicht geringe Zahl der 86 Abstimmenden die Zustimmung nur deshalb versagte, weil ihnen die proponirten Maßregeln, den Bedürfnissen der Zeit gegenüber, verkehrt oder nicht weit genug gegriffen erschienen. Bei dieser Zweideutigkeit der Abstimmung der Einzelnen, hält es schwer, den Werth des daraus gebildeten conclusi richtig zu ponderiren. Zweifellos mußte die Wärme der regiminellen Empfehlungen, besonders auch im Hinblick auf gleichzeitige Regungen für tiefer eingreifende Verfassungs-Änderungen, manche Personen bestimmen, von der in ihren individuellen Ansichten begründeten Opposition gegen weitere Inbetrachtung der Propositionen vorläufig abzustehen und zu einem Abkommen die Hand zu bieten, welches ohne letztere abzulehnen, ihren Erfolg dennoch ungewiß ließ, ihnen selbst aber die Freiheit definitiver Entschließung, die in der That auf die bisherigen Vorlagen motivirt kaum zu fassen war, vorbehielt. Wie sehr auch andere, drastischere Mittel dahin gewirkt haben mögen, in neuester Zeit die Erkenntniß mehr zu wecken, daß eine wirkliche Reform des Steuerwesens ohne gleichzeitige Änderungen in der politischen Verfassung

des Landes niemals und allemal nur auf Unkosten der bevorzugten Stellung der Mitterschaft zu ermöglichen sei, so wird doch in dem Resultate der ritterschaftlichen Abstimmung über die Steuer-Proposition eine Frucht dieser Erkenntniß noch nicht gewahrt werden können.

Daß dem Beschlusse der Mitterschaft nachfolgend die Landschaft beitrat, konnte nicht befremden. Sie wäre durch eine die landesherrliche Propositionen ablehnende oder gar auch nur die weitere Verhandlung darüber versagende Erklärung mit ihren eigenen früheren, noch auf dem Landtage 1859 wiederholten Erklärungen in Widerspruch verfallen und hätte dadurch, so wie die Sache stand, den Schein auf sich geladen, als ob sie es sei, welche der lange ersehnten Lösung der Steuerfrage hindernd entgegen trete. Das Vertrauen, daß diese Lösung auf dem betretenen Wege in befriedigender Weise werde gefunden werden, erfüllte sicher nicht alle Mitglieder der Landschaft; es darf vorausgesetzt werden, daß die Mehrzahl derselben ein Verständniß hat für klar redende Zeichen der Zeit, welche ganz besonders auch im Interesse der Städte viel weiter gehende Schritte gebieterisch verlangen; hätten sich aber auch, einer völlig negirenden Haltung der Mitterschaft gegenüber, solchen Ueberzeugungen Worte leihen lassen, so wäre es doch von der Stellung und dem politischen Ansehen der Landschaft zu viel erwartet gewesen, daß sie dadurch die so mühsam bewirkte Harmonie zwischen Regierung und Mitterschaft hätte stören sollen. Ueberdies mußten dieselben Gründe, welche in der Mitterschaft eine lebhafteste Opposition gegen das Grenzzoll-Project hervorriefen, die Landschaft bestimmen, demselben mindestens im Principe beizupflichten und wie groß auch die Bedenken sein mochten, welche sich gegen die aufgestellte Modalität derselben ergaben, so blieb doch diese, nach der Weise, wie der zustimmende Beschluß formulirt war, und mit ihr das ganze Project noch eine offene Frage. Vorausgesetzt, daß sich hiefür die geeignete Formel werde finden lassen, stand es der Landschaft nicht zu

gegen die Absicht, die Binnenzölle und den größten Theil der Handelssteuer dadurch abzulösen, Widerspruch zu erheben. Die Bedenken, welche sich im privativen Interesse der Städte bei der Sache ergaben, ruheten in den ihnen zur privaten Uebertragung dabei ansehnlichen directen Steuerlasten, von denen weiter unten die Rede sein wird; aber auch hier blieb zwischen Beschluß und Ausführung noch eine weite Kluft belegen.

Wenn auch anzuerkennen ist, daß die Verhandlungen in der Steuersache vermöge der jüngsten, auf die Einführung eines gemeinsamen Grenzzoll-Systems gerichteten Beschlüsse beider Stände, ein Stadium beschritten haben, welches sie großer Anstrengungen unerachtet früher nicht zu erreichen vermochten, so darf doch schon nach dem bisher Bemerkten die praktische Bedeutung dieser Beschlüsse nicht überschätzt werden und ist die Stellung der Stände zu den landesherrlichen Propositionen dadurch keineswegs ins Klare gebracht. Selbst dann, wenn Stände den letzteren unverändert und unbedingt zugestimmt hätten, würde sich daraus ein Schluß auf die wirkliche Ausführung derselben noch nicht haben ziehen lassen, da auch dadurch die schließliche Verständigung über das Ob? Wann? und Wie? noch keinesweges verbürgt war. Ueberhaupt aber drängt sich die Frage auf, welche Gründe die Regierungen, falls sie auf richtigem Wege waren, bestimmen mochten, dem Landtage nicht sogleich definitive Vorschläge über die Modalitäten der Ausführung ihrer Propositionen zu machen, sondern zunächst wiederum commissarisch-deputatistische Verhandlungen zu beantragen. Neu war die Materie doch nicht mehr und für überaus dringlich war sie von ihnen selbst längst erklärt. War die Sache so angethan, daß man hoffen durfte, die Gegner durch die Macht der Ueberzeugung dafür zu gewinnen, so konnte dazu kein Mittel geeigneter sein, als dieselbe in allen ihren Spezialitäten zur Anschauung zu bringen. Zu einer sachverständigen Bearbeitung der letzteren war ausreichliche Zeit disponibel gewesen und diese war von

einer ständischen Deputation auch nicht zu erwarten. So läßt sich die Vermuthung kaum unterdrücken, daß die Regierungen entweder über die Modalitäten, wie insbesondere der projectirte Grenzzoll mit den davon in Aussicht gestellten Erfolgen zur Ausführung zu bringen, selbst noch unschlüssig waren oder auch besorgen mußten, durch die Darlegung derselben nicht sowohl zu überzeugen, als vielmehr den Gegnern eine Waffe in die Hand zu geben. Wird aber, wenn dies der Fall war, die Situation durch die Intervention commissariisch-deputatischer Verhandlungen eine andere und bessere werden? Läßt sich erwarten, daß man dadurch sich über einen speciellen Plan der Ausführung einigen werde, der nicht ganz den nämlichen Chancen ausgesetzt bliebe?

Dazu kommt nun aber, daß, wie sogleich gezeigt werden soll, die Modificationen, unter denen Stände sich nur zu weiteren Verhandlungen über die landesherrlichen Propositionen bereit erklärten, keineswegs sich auf bloße Nebendinge beziehen, sondern meistens tief in das Wesen derselben eingreifen, so zwar, daß voraussichtlich die Regierungen sich nimmermehr durchweg damit befreunden werden. Gleichwohl werden die zu den weiteren vorbereitenden Verhandlungen erwählten Deputirten sich genöthigt sehen, daran festzuhalten, und scheint somit von vornherein in diese Verhandlungen ein unheilbarer Zwiespalt hineingetragen. Ohne Zweifel würden daher auch, unter anderen Umständen, die Regierungen schon während des Landtags auf eine Zurücknahme oder Milderung der ständischerseits gestellten Bedingungen, die in der That ihrer Wirkung nach einer Ablehnung ziemlich nahe kommen, gedrungen haben; allein sie durften gewiß sein, daß, wie Aehnliches auf dem Landtage 1859 geschehen war, auf den Versuch consequenten Festhaltens an ihren Propositionen die ungünstigen Dispositionen der Mitterschaft sich nur noch in verstärktem Grade manifestirt hätten. Es blieb ihnen nur die Wahl zwischen Annehmen und Ablehnen und wenn sie sich für die erste Alternative entschieden, in dem Landtags-

Abschied sogar die ständische Erklärung ausdrücklich als eine befriedigende bezeichnet wurde, so beweiset dies, welchen Werth man darauf legte, den Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden und wenigstens den Schein zu retten, daß in dem vorgeschlagenen Wege zu einer befriedigenden Lösung der Frage zu gelangen sein möchte. Gewiß auch hatte dieser Erfolg in den Augen aller derer, die für stricte Aufrechthaltung der Verfassung Interesse nehmen, doppelten Werth zu einer Zeit, wo sich mehr und mehr Stimmen für die Ansicht erhoben, daß gerade auch in Rücksicht auf eine, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende, Ordnung des Staats-Abgabewesens die Einführung mancher wesentlichen Aenderungen in dem Verfassungswerte nicht zu vermeiden sei.

Der Committeebericht vom 6. Decbr. zeugt davon, daß auch die Mehrzahl der Stände von dem gleichen Wunsche beseelt war. Man muß diesem Actenstücke, welches jegliche Erörterung der allgemeinen Gesichtspunkte, die für eine zeitgemäße Reform des Steuerwesens nur leitend sein können, umgeht und nach der Beschränkung, wie es die zu lösende Aufgabe nur aufsaßte, dem classischen Zeitalter des alten deutschen Ständelebens zur Ehre gereichen würde, auch die Gerechtigkeit widersfahren lassen, daß sich darin die Stimmungen, welche die Landtags-Versammlungen in den verschiedensten Richtungen bewegten, sorgfältig und mit diplomatischem Geschicke berücksichtigt fanden. Wenn dahin gewirkt werden sollte, daß überhaupt nur ein gemeinsamer Beschluß in der Sache zu Stande komme, so war es richtige Taktik, mit Concessionen und Besänftigungs-Mitteln für die Gegner nicht karg zu sein und in eine Prüfung und Beleuchtung der Consequenzen der projectirten Maßregeln, wodurch die Blößen derselben hätten an den Tag treten müssen, möglichst wenig einzugehen. Wenn aber auch durch jene Concessionen und durch ein vorläufiges Hinweggehen über entgegenstehende Bedenken die Fortsetzung der Verhandlungen in der durch die Propositionen vorgezeichneten Richtung möglich gemacht ist, so ist doch die Aus-

sicht auf eine schließliche Verständigung dadurch nicht erhellt. Ganz besonders gilt dies von dem Grenzzollprojecte, das im Principe eben so vollständig gerechtfertigt dasteht, als daselbe, nach den gegebenen Verhältnissen, sich practisch als undurchführbar und unhaltbar darstellen müßte. An der Hervorhebung einer Reihe der wichtigsten Rücksichten, die im Verfolg der Projecte zu nehmen sein würden, fehlt es in dem Committeeberichte allerdings nicht; ob und wie aber diese Rücksichtnahme mit dem Zwecke des Vorhabens vereinbar sein würde, darüber ist man durchweg die Antwort schuldig geblieben.

Wendet man sich nach diesen allgemeinen Betrachtungen zu dem Einzelnen, so ergibt sich,

- 1) daß die von der Committee dem Pleno vorgetragenen Ansichten und die darauf gefaßten ständischen Beschlüsse mit den landesherrlichen Propositionen darin übereinstimmen, daß als Gegenstände der Umgestaltung und beziehungsweise Ablösung folgende Abgaben zu betrachten sind:

Die gesammten Binnen-Land-Zölle, die mecklenburgischen Elbzölle vom mecklenburgischen Import und Export, sowie der Elde- und Störzoll;

die ordentliche Handelssteuer in den Landstädten und Domanialflecken;

die Rostocker Waaren-Accise einschließlich der Abgabe von ein- und ausgehendem Getreide, das Rostocker Brückengeld und der Dammzoll daselbst;

der Licent zu Wismar, die Recognition der Stadt für eigene Erhebung der Accise, die städtische Waaren Accise, die Hafen-Abgabe von Waaren, das Dammgeld und das Straßengeld daselbst.

Eine Verschiedenheit der Ansichten bestehet aber darin,

- a) daß, während von den Regierungen nur die Ueber-

tragung zweier Dritttheile der landesherrlichen Erhebungen aus der landstädtischen Handelssteuer aus den Aufkünften des projectirten Grenzzolles in Aussicht genommen, der Ausfall aber, welchen die städtische Steuererhöhungskasse an dem hierauf zu erlegenden fünften Pfennig erleiden würde, unberücksichtigt gelassen war. Stände sich auf den desfalligen Rath der Commitee bereit gezeigt haben, auch für diesen Ausfall eine Vergütung aus jenen Aufkünften eintreten zu lassen für den Fall und in soweit ohnedies die Steuererhöhungskasse ihre fundationsmäßigen Zwecke nicht würde zu erfüllen vermögen. Dabei findet sich jedoch die ständische Erwartung ausgesprochen, daß die Mecklenburg-Schwerinsche Regierung auf die jährliche Recognition von 3120 Thlr., welche aus der erhöhten Steuer fundationsmäßig zur landesherrlichen Cassé zu zahlen sind, verzichten werde, „weil durch die veränderten Verhältnisse der Grund und die Veranlassung wegfallen, worauf diese Zahlung beruhet.“

Ob die Regierung dieser letzteren Erwartung Folge zu geben geneigt sein würde, so lange der dadurch entstehende Einnahme-Ausfall nicht anderweitig gedeckt wäre, muß dahin gestellt bleiben; jedenfalls wird sie das Motiv sich nicht aneignen können. Die fragliche Recognition, obwohl ursprünglich zur besonderen Verwendung im Interesse landesherrlicher Patronat-Pfarrren bestimmt, theilt darum nicht weniger den Character anderer Steuerhülfen, welche aus ständischen Gebieten zur Sustentation des Staatshaushaltes entrichtet werden. Der Zweck, wozu sie bestimmt ist, bestehet unverändert fort und wenn die Steuer, worauf sie fundirt wurde, theilweise in eine neue Form gekleidet wird, so würde hieraus zunächst nur folgen, daß auch eine verhältnismäßige Quote der

Recognition auf diese neue Steuer zu fundiren sei, nicht aber daß dieselbe damit völlig zu cessiren habe. Im Uebrigen stehen dem ständischen Amendement die schlagendsten Gründe zur Seite. Möchte die Commitee bei der Empfehlung einer partiellen Uebertragung des fünften Pfennigs, wie sie dies selbst bekannte, vornehmlich von der Absicht geleitet sein, die Landschaft mehr mit der landesherrlichen Proposition zu versöhnen und trifft auch die Parallele, welche sie bei dieser Gelegenheit zwischen den Landstädten und den Seestädten zog, nicht vollkommen zu, so lassen sich doch Maßregeln, welche dahin wirken, die auch nach den vorliegenden Reformprojecten den Städten angesonnene präcipuelle Steuerlast einigermaßen zu mindern, immer nur billigen und dürfte hierbei auch auf die Zustimmung der Regierungen zu rechnen sein. Wäre ein sachliches Bedenken gegen die ständische Absicht vorzubringen, so bestände dies nur in der Mißlichkeit der Solvenz des Conto der Zutraden des projectirten Grenzzolls, welches hierdurch allein für den Antheil von Mecklenburg-Schwerin noch mit weiteren 13 bis 14,000 Thln. belastet würde. In formeller Beziehung wäre aber dadurch den vielen Anomalien des Mecklenburgischen Steuerwesens eine neue hinzugefügt. Denn im Effecte ließe die Operation doch nur darauf hinaus, daß aus den Einkünften einer gemeinsamen Steuer, wozu alle Landestheile contribuiren, gewisse Quoten an die Städte ausgekehrt würden, um dann wieder als privativestädtischer Zutrag in gemeinsame Cassen Zwecks Deckung ordentlicher Staatsbedürfnisse (Oberappellationsgericht etc.) zurückgezahlt zu werden!

Ferner zeigt sich

- b) rücksichtlich der Mahl- und Schlachtsteuer zwischen den ständischen Beschlüssen und Demjenigen, was durch

die landesherrliche Proposition erzielt war, eine erhebliche Differenz.

Bei der im Jahre 1859 erfolgten Wiederaufnahme der Verhandlungen über Verbesserung des Steuer- und Zollwesens ward auch die Aufhebung der landstädtischen Mahl- und Schlachtsteuer in der landesvergleichsmäßig bestimmten Gestalt wiederholt als nothwendig anerkannt. Die Ablösung derselben sollte aber nicht, wie dies früher beabsichtigt war, durch das einzuführende indirecte Landes-Steuer-System, sondern durch directe, aus privativ-städtischen Mitteln aufzubringende Steuern geschehen, so zwar, daß eine jede Landstadt für sich eine nach dem bisherigen Ertrage der Abgabe und der jedesmaligen Volkszahl zu bestimmende Steuer-Quote zu leisten verpflichtet würde. Der Entwurf eines ausführlichen Gesetzes, wodurch diese Maßregel, welche im administrativen Wege in der Mehrzahl der Städte bereits zur Anwendung kam, legalisirt und generalisirt werden sollte, wurde Mecklenburg-Schwerinscher Seits auf dem Landtage 1859 den Ständen zur Erklärung herausgegeben, die jedoch nach der Wendung, welche die Verhandlungen damals nahmen, nicht erfolgte. Auf dem Landtage 1860 wiederholte nun die landesherrliche Proposition ausdrücklich das Verlangen ständischer Entschließung über die Fixirung der Mahl- und Schlachtsteuer in den Mecklenburg-Schwerinschen Städten in Grundlage jenes Entwurfes. Die Mecklenburg-Strelitzsche Regierung hatte sich letzteren nicht angeeignet, weil sie das Interesse der landesherrlichen Cassé dadurch nicht genügend gewahrt sah, auf dem Landtage 1859 jedoch sich bereit erklärte, falls Stände darauf antragen möchten, einen analogen Gesetz-Entwurf mit erhöhten Ansätzen herauszugeben; auf dem Landtage 1860 wurde dieser Gegenstand ihrerseits mit Stillschweigen übergangen.

Der Committeebericht spricht sich nun hierüber folgendermaßen aus:

„Im Allgemeinen sind wir der Ansicht, daß es nur

2*

wünschenswerth sein kann, auch die Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer herbeizuführen und die Grundsätze festzustellen, nach welchen eine Umwandlung der indirecten Mahl- und Schlachtsteuer in eine directe geschehen könne, wenn von den betreffenden Städten solches gewünscht wird und sie von ihrer facultativen Befugniß, solches ansprechen zu dürfen, Gebrauch machen wollen, allein es stehet solches nicht in unzertrennlicher Verbindung mit der Umwandlung und Ablösung der Zölle und Handelssteuer, wozu ganz andere Motive drängen und ist eine gleichzeitige Behandlung damit keineswegs nothwendig und erforderlich, weshalb denn hier zur Zeit das Weitere ausge-
setzt bleiben kann und, wegen mangelnder Strelitzer Vorlagen, ausgesetzt bleiben muß."

Während nichts näher lag, als die Strelitzsche Regierung, welche eventuell sich dazu bereit erklärt hatte, um die Herausgabe eines analogen Gesetz-Entwurfes zu ersuchen, zog die Commitee es vor, den Mangel dieser Vorlage zu benutzen, um darauf den Vorschlag der Vertagung irgend welcher Beschlußnahme in der Sache selbst zu begründen. Obgleich Jederman weiß, was es mit der verfassungsmäßigen Gleichförmigkeit der Steuer-Verhältnisse in beiden Landestheilen auf sich hat, daß man hieran bisher nur soweit festhielt, als es just convenirte und daß in der Wirklichkeit nicht nur für das außerordentliche, sondern auch für das ordentliche Contributionswesen erhebliche Verschiedenheiten in die Gesetzgebung beider Länder eingeführt, ja selbst für die Erhebung der Schlacht- und Mahlsteuer abweichende Grundsätze angewandt wurden und jede Regierung dabei ihren eigenen Gang ging, so bot doch die Bezugnahme auf jenes vermeintliche Erforderniß den Vorwand dar, die Bedenken unenthüllt zu lassen, welche sich gegen die beabsichtigte gesetzliche Regelung der Verhältnisse dieser Steuer erheben würden. Daß die verschiedenen indirecten städtischen Steuern nicht in einer solchen unzertrenn-

lichen Verbindung mit einander stehen, daß nicht die Ablösung der einen ohne die gleichzeitige Ablösung der andern möglich sein sollte, ist nie bezweifelt; nachdem aber bei den vorausgegangenen Verhandlungen und wiederholter sorgfältiger Erwägung der einschlagenden Verhältnisse nicht nur die Regierungen, sondern auch Stände selbst die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß eben wegen der formellen und materiellen Verbindung, worin die Mahl- und Schlachtsteuer mit der Handelssteuer stehet, die simultane Behandlung der Ablösung beider Steuern durchaus nur zweckmäßig und ohne große Inconvenienzen nicht zu vermeiden sei, und nachdem auch jetzt noch in der Mecklenburg-Schwerinschen Landtags-Proposition dieser Gesichtspunct festgehalten war, so hätte, wie es scheint, eine gegentheilige Ansicht, wenn sie dagegen zur Geltung gebracht werden sollte, doch irgend einer Erörterung und Motivirung bedurft. Diese aber blieb die Committée schuldig. Ihr konnte es unmöglich entgehen, daß, wenn zwar die Motive, welche zur Umwandlung der Landzölle und der Handelssteuer drängen, andere sind als diejenigen, welche zur Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer veranlassen, doch letztere kaum weniger urgent erscheinen. Ihr konnte es ebensovienig entgehen, daß die facultative Befugniß, von welcher sie redet, wonach eine jede Stadt nach ihrer Convenienz die Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine directe Steuer würde ansprechen dürfen, gesetzlich nirgends begründet ist, als daß es an gesetzlich feststehenden Principien, wonach solche Umwandlung zu geschehen hätte, fehlt, daß Alles, was bisher in dieser Richtung durch administrative Anordnungen geschah, lediglich auf conventioneller Feststellung unter den Nächstbetheiligten beruhete und daß es gewissermaßen die Willkür legalisiren hieße, wenn Stände gegen eine solche Handhabung der landesgrundgesetzlichen Steuerordnung das Auge verschloffen.

Bei der Verathung im Pleno der Landtags-Versammlung wurde nun zwar aus der Mitte der Landschaft der

Versuch gemacht, von einer separaten Regulirung der Verhältnisse der Wahl- und Schlachtsteuer zu abstrahiren und selbige in die intendirte Ablösung übriger indirecten Abgaben durch den einzuführenden Grenzzoll einzubeziehen; allein es fand derselbe selbst unter den Mitgliedern der Landschaft nur schwache Unterstützung; man beschloß, sich das oben wieder-gegebene Sentiment der Commitee anzueignen, so daß also eine Umwandlung der „Schlacht- und Wahlsteuer in eine directe Steuer eventualiter lediglich aus den Mitteln der Städte zu effectuiren sein würde.“

So stellt sich denn das Ergebnis der Landtags-Verhandlungen über diesen Punkt als ein rein negatives dar. Stände legten die Regierungs-Proposition bei Seite, ohne ihrerseits derselben irgend einen positiven Vorschlag zu substituiren. Es ist die gleichzeitige Behandlung der Wahl- und Schlachtsteuer mit den übrigen umzuwandelnden Abgaben nicht für nothwendig erkannt; es ist aber damit den hierfür redenden Gründen der Zweckmäßigkeit ihre Geltung nicht genommen, nicht bestimmt, daß der Gegenstand von den ferneren Verhandlungen über die Steuerfrage ausgeschlossen sein solle. Es ist ausgesprochen, daß die Umwandlung jener Steuer eventuell aus städtischen Mitteln zu bewirken sein würde, über das Wie? aber nichts gesagt. Man weiß nicht, was für den Fall der Fixirung der Steuer die landesherrlichen Cassen zu begehren berechtigt, noch, was die Städte zu leisten verpflichtet wären. Beispielsweise mag hier nur hervorgehoben werden, daß, wenn Stände der landesherrlichen Casse den Ertrag der Handelssteuer nicht nach dem Brutto-, sondern nur nach dem Netto-Ertrag gewähren, die hierfür redenden Gründe auch auf die Wahl- und Schlachtsteuer vollkommen zutreffen, während doch die Regierung bisher die Vergütung des Brutto-Ertrags in Anspruch nahm. Es ist sonach die Frage von den zukünftigen Verhältnissen der landstädtischen Wahl- und Schlachtsteuer im völligen Dunkel gehüllt geblieben und dennoch wird, bevor hierüber nicht weiter beschloffen, auch die Steuerfrage

in ihren übrigen Beziehungen nicht zum Abschluß gefördert werden können. Schon die Connerität der Materie weist darauf hin; man wird erkennen, wie sehr die Verkehrsfreiheit im Lande, nach deren Herstellung man trachtet, wenn auch nicht von der allgemeinen Aufhebung, doch von einer neuen Ordnung der Mahl- und Schlachtsteuer abhängig ist. Wären es nicht Stände in ihrer Gesamtheit, welche zu der Erkenntniß gelangten, daß die zeitgemäße gesetzliche Regulirung dieser Steuer ein nicht zu verschiebender Gegenstand ist; wäre es nicht die Landschaft, welche noch in der ersten Stunde begriffe, wie sehr vornämlich die städtischen Interessen dadurch gefährdet würden, wenn diese Regulirung, während im Uebrigen das Steuerwesen sich umgestaltete, ins Ungewisse verschoben bliebe, so müßten doch allemal die Regierungen in ihrer Stellung Veruß finden, einem Zustande der Dinge ein Ziel zu setzen, der in der That beisspiellos dastehet und nicht nur einer gesetzlichen Ordnung und den Regeln der Staatswirthschaft Hohn spricht, sondern in seinen Folgen auch das Interesse der landesherrlichen Finanzen ernstlich bedrohet. Denn es handelt sich nicht bloß darum, den mit den einzelnen Städten eingegangenen precainen Fixations-Vergleichen und den dadurch statuirten Steuerpflichten landesgesetzlichen Boden zu geben, sondern es sind auch die Fälle zu berücksichtigen, auf welche ihrer Natur nach oder nach localen Verhältnissen eine rein conventiönelle Fixirung überhaupt nicht anwendlich ist. Wie dies auf dem von der Regierung den Ständen bisher empfohlenen Wege zu bewirken sein würde, ist allerdings schwer zu ermesßen; die aufgedeckten Mängel und Bedenken des Gesetz-Entwurfes von 1859 werden sich nicht todtschweigen lassen. Wie lange man auch noch nach anderen Auswegen wird umher spähen mögen, das Mittel, welches Regierung und Stände früher lange Zeit hindurch als das richtige erkannten, wird das richtige bleiben, daß nämlich im Zusammenhange mit der beabsichtigten Einführung neuer indirecter Landessteuern, die Mahl- und Schlachtsteuer in ihrer bisherigen Gestalt aufge-

hoben würde, was nicht ausschloß, den Städten eine entsprechende Steuerlast zur anderweitigen privativen Uebertragung zuzuweisen, sei es durch directe Veranlagung oder, wo nach den Lokal-Verhältnissen solches sich etwa mehr empföhle, durch eine den Verbrauch von Mahlwerk und Fleisch erfassende indirecte Steuer, welcher sodann neue den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Normen zum Grunde zu legen wären. Alles, was neuerdings gegen ein solches Verfahren vorgebracht worden, läuft auf bloßen Schein hinaus und wird insbesondere die Ausführung des Grenzzoll-Projects dadurch am Wenigsten dann erschwert, wenn, wie Stände dies jetzt beschlossen, den Landstädten zur privativen Uebertragung diejenige Steuersumme, welche zur Deckung des Ausfalls der Mahl- und Schlachtsteuer aufzubringen wäre, zu voll aufzubürden sein würde.

Hier wäre denn auch in Erinnerung zu bringen, was im Jahre 1824, als die Aufhebung der Leibeigenschaft ihre Wirkungen auf die Erwerbs-Verhältnisse und die socialen Zustände des Landes zu äußern begann und man zu der Einsicht gelangte daß es mit der nackten gesetzlichen Sanction dieser Maßregel nicht gethan sei, die nächste Veranlassung gab, auf eine Verbesserung des Steuerwesens Bedacht zu nehmen. Es war einerseits die gewonnene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, der aus dem Hörigkeits-Verhältnisse emancipirten Bevölkerung erweiterte Gelegenheit zu selbstständiger Niederlassung und selbstständigem Erwerbe zu schaffen, andererseits die Erkenntniß von den dieser Absicht aus den städtischen Gewerbs-Privilegien entgegen tretenden Hindernissen, die ohne eine gründliche Reform der mit denselben in der engsten Verbindung stehenden alten Steuer-Verfassung nicht hinwegzuschaffen waren. Dahin war die Absicht gerichtet, daß sich die gewerbliche Thätigkeit, ungehindert durch jene Privilegien, sich an den Orten, wo sich ihr die natürlichen Bedingungen des Gedeihens darbieten, freier entwickeln könnte, und diese Absicht war nur erreichbar durch Herstellung völliger Verkehrsfreiheit zwischen Stadt und Land und durch

Erleichterung der Städte in den Steuerlasten, die ihnen eben in Rücksicht auf die Privilegien überkommen waren. Daß sie bisher unerreicht blieb, ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb der reiche Segen, welcher von der Aufhebung der Leibeigenschaft unter anderen Umständen hätte erwartet werden dürfen, ausgeblieben und statt desselben vielfach sittliche und leibliche Noth da eingetreten ist, wo vor dem Zucht und Wohlstand herrschten. In keiner Beziehung erscheinen Veränderungen im Steuerwesen stärker und dringender motivirt als in diesem Punkte, worin das wohlverstandene Interesse der Städte mit demjenigen des Domaniums und der Ritterschaft Hand in Hand gehet und dennoch findet sich in den Projecten, worum die Landtags-Verhandlungen sich dreheten, nicht nur darauf keine Rücksicht genommen, sondern könnte die darnach den Städten zugewiesene größere directe Steuerbelastung nur im entgegengesetzten Sinne wirken. Die letzte Anregung für diese überaus wichtige Rücksichtnahme war durch die zum Diario der commissarisch-deputatischen Verhandlungen vom 6. April 1859 fl. in Erwägung gestellte Frage gegeben, ob bei Gelegenheit der Steuer-Reform nicht etwa einzelne jetzt von der Ritterschaft und dem Domanio empfundene Uebelstände durch Zugeständnisse der Landschaft gehoben werden könnten unter specieller Hinweisung auf die Gewerbs-Beschränkungen und Steuer-Verhältnisse der Handwerker auf dem platten Lande; aber es findet sich dort auch eben nur die Frage gestellt, deren Erwägung in der That nutzlos bleiben mußte, so lange man nur solche Veränderungen im Steuerwesen im Auge behielt, wie sie zur weiteren Verhandlung mit den Ständen vorstellt wurden.

- 2) Von den Regierungen ist zur Schadloshaltung der landesherrlichen Cassen für den Wegfall ihrer bisherigen Erhebungen aus den aufzuhebenden Zöllen und Steuern die bisherige durchschnittliche Aufkunft derselben in ihrem Brutto-Ertrage in Anspruch genommen. Für Mecklenburg-Schwerin fand sich in

den auf dem Landtage 1859 den Ständen herausgegebenen Vorlagen diese Auskunft nach dem Durchschnitt der beiden Jahre von Joh. 1856 bis dahin 1858 folgendermaßen calculirt:

Landzölle	61,688 Thlr.
Elbe- und Störzölle	4,307 "
Landstädtische Handelssteuer	86,374 "
Rostocker Accise	64,346 "
Wismarsche Licent	12,721 "
Elbzoll von Importen und Exporten	6,131 "
Handelssteuer aus den Domanialflecken	7,034 "
in Summa zu 242,601 Thlr.	

wogegen die auf dem Landtage 1860 herausgegebene Uebersicht der Erträge nach dem 5jährigen Durchschnitt der Jahre Joh. 1855 bis dahin 1860 nur ergab:

Landzölle	61,257 Thlr.
Elbe- und Störzölle	3,887 "
Landstädtische Handelssteuer	85,098 "
Rostocker Accise	61,626 "
Wismarsche Licent	12,634 "
Wismarsche Accise-Recognition	466 "
Elbzoll von Importen und Exporten	5,929 "
Handelssteuer aus den Domanialflecken	6,940 "
in Summa 237,837 Thlr.	

mithin 4764 Thlr. weniger, als der vorbesagte zweijährige Durchschnitt. Diese letztgedachten Summen wurden aber auch noch auf dem jüngsten Landtage als Entschädigung für die landesherrlichen Cassen in ihrem vollen Betrage begehrt und dies Begehren besonders darauf gestützt, weil nicht nur die Erhebungskosten zunächst und bis zum Aussterben oder anderweitigen Aufstellung der Steuer-Officianten, welche durch die neue Einrichtung entbehrlich würden, fortbauerten, sondern den Landesherren auch dafür einiger Ersatz ge-

währt werden müsse, daß die zunächst bestimmte Summen für die abzulösenden Steuern und Zölle unveränderlich auf eine Reihe von Jahren (es waren 20 Jahre angenommen) festgestellt werden sollten, mithin Sie dasjenige nicht erhielten, was bei Fortdauer der bisherigen Handelssteuern und Zoll-Erhebung durch den steigenden Verkehr Ihnen mehr geworden sein würde.

Die Committé hob in ihrem Berichte hiergegen hervor, daß von der Brutto-Ausfuhr mindestens dasjenige in Abzug zu bringen sein werde, was den landesherrlichen Cassen dadurch erspart werden würde, daß manche jetzt schon angestellte Steuer- und Zoll-Officianten zu der neuen Grenz-Zoll-Verwaltung würden übergehen können und dann aus den Erträgnissen des Grenzzolles, also aus gemeinsamen Landes-Mitteln würden salarirt werden; sie trug darauf an, daß die Feststellung der landesherrlichen Entschädigung weiteren Verhandlungen und Beschlußnahmen vorbehalten bleiben möchte. Im Pleno war man zwar im Uebrigen hiermit einverstanden, es wurde aber beschloffen, hierbei festzuhalten, daß den landesherrlichen Cassen für die abzulösenden Steuer- und Zoll-Erträgnisse nur die Netto-Ausfuhr zu vergüten sein werde, wobei man es jedoch als der Billigkeit entsprechend anerkannte, daß denselben für solche Zubußen, welche aus der Entbehrlichkeit und der erforderlich werdenden Pensionirung von Officianten erwachsen möchten, eine entsprechende Entschädigung geleistet werde.

Somit ist auch in diesem Puncte die ständische Erklärung der landesherrlichen Proposition vollkommen abstimmt ausgefallen und ist vorläufig nicht zu erkennen, wie die Differenz hinzulegen sein würde. Dabei handelt es sich aber keinesweges um eine Kleinigkeit. Um welche Beträge die jetzt von den Regierungen in Anspruch genommenen Entschädigungssummen, bei Reduction derselben auf den Netto-Ertrag sich kürzen würden, liegt genauer nicht vor, da sich die Verwaltungs- und Erhebungskosten dabei nicht angegeben finden. Diese

waren aber bei den Verhandlungen in den Jahren 1845 und 1846 für die städtischen Steuern zu circa 26%, und für die Zölle zu circa 14% berechnet und es ist nicht wahrscheinlich, daß der Procentsatz sich seitdem wesentlich veränderte. Nimmt man sie zu durchschnittlich 20% an, so würde für Mecklenburg-Schwerin die verlangte Entschädigungssumme von 237,837 Thlr. einen Abzug von 47,567 Thlr. zu erfahren haben, woneben dann der landesherrlichen Casse noch temporär die Verwendungen zu vergüten wären, welche durch die Pensionirung entbehrlicher Officianten veranlaßt würden.

Daß die Regierungen auch den auf diesen Punct bezüglichen ständischen Beschluß wirklich mit Befriedigung vernahmen, muß, unerachtet der Versicherung in dem Landtags-Abschiede, ebensowohl bezweifelt werden als daß sie sich in die Consequenzen desselben ohne Weiteres fügen möchten. Bei dem Mangel eines Budgetsystems und der Parteilichung, welche folgerweise von den Regierungen, den ständischen Corporationen gegenüber, in Steuerfragen eingenommen wird, bieten Differenzen über das Abmaas der den landesherrlichen Cassen zu bewilligenden aversionellen Steuerleistungen allemal eine sehr delicate Seite dar. Ein rationelles Verfahren ist dabei ausgeschlossen. Stände sollen sich zur dauernden Bewilligung feststehender Steuern verstehen, während die Prüfung der Frage, ob dieselben zu den öffentlichen Bedürfnissen, wozu sie bestimmt sind, im richtigen Verhältnisse stehen, nicht ihres Amtes ist, diese Frage aber auch schon um deswillen zu den unlösbaren gehört, weil jene Bedürfnisse von einem Jahr ins andere stetem Wandel unterworfen sind. Daß es in der Absicht der Regierungen liegt, die Gelegenheit zu einer Verbesserung der landesherrlichen Einnahmen zu benutzen, ist von ihnen nicht bekannt und nicht zu präsumiren; das Absehen kann eben darum nur darauf igerichtet sein, daß sie finanziell künftig nicht schlechter gestellt sein dürften, als sie es bisher waren und insofern müßte die ständische Ablehnung des verlangten Er-

saßes der bisherigen Brutto-Revenüen um so mehr als gerechtfertigt angesehen werden, als die Rechtstitel, worauf diese Revenüen jetzt erhoben werden, bekanntlich ständischer Seits in mehreren Puncten bestritten sind. Andererseits hieße es doch auch der Würde der Regierungen zu nahe treten, wollte man annehmen, daß der von ihnen gestellten Geldforderung nicht schlagende Motive zum Grunde lagen, so daß sie dieselbe auf die jetzige ständische Einwendung ohne Weiteres würden fallen lassen können. Allerdings kommt es in Betracht, daß sie, bei Aufhebung der Zölle und indirecten städtischen Steuern, nicht bloß die Einnahmen aufgeben, welche ihren Cassen bisher daraus erwuchsen; sie geben damit auch Gerechtsame auf, welche ihren Cassen mit der Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes stetig wachsende Einnahmen brachten, wie sich dies bei einer Vergleichung der jetzigen Einnahmen aus den Steuern und Zöllen mit den Erträgnissen derselben in früheren Perioden sehr anschaulich ergibt. Soll ein System, welches die Herstellung einer rationellen Ordnung im Finanz- und Steuerwesen unmöglich macht, überhaupt noch fortbestehen, so liegen freilich die Gründe sehr nahe, welche sowohl die Regierungen als die Stände bestimmen müssen, diese Differenz nicht auf die Spitze zu treiben und vor allen Dingen das Feilschen um die Summe von ein Paar tausend Thaler zu vermeiden; indessen erscheint durch die Erklärungen, welche beide Theile bisher darin auswechselten, die Transaction nicht begünstigt und jedenfalls durch das Resultat der vorgewesenen Landtagsverhandlungen die Basis dafür noch nicht gefunden.

Diese haben ferner

- 3) auch rücksichtlich der Entschädigungssummen, welche den beiden Seestädten für Aufgabe ihrer privaten Erhebungen aus der Accise zu gewähren sein würden, zu einem Einverständnisse nicht geführt.

Es ist wahr, daß die exceptionelle staatsrechtliche Stellung, welche die Seestädte, wie überhaupt, so besonders auch

im Contributionswesen einnehmen, das mit ihnen rücksichtlich der projectirten Steuer-Reform zu treffende Arrangement im hohen Grade erschwert. Auch hier wird man bei jedem Schritte auf die Nothwendigkeit von Verfassungsänderungen, welche jener abnormen Stellung ein Ziel setzten, hingewiesen. Es liegt in dem Wesen derselben, daß die Seestädte nur im Wege freier Uebereinkunft zu dem Anschlusse an ein allgemeines indirectes Steuer-System zu bestimmen sein werden, während dieser Anschluß doch immer eine wesentliche Vorbedingung des letztern bleibt. Eben darum wurde es an den Vorlagen, welche den Ständen auf dem Landtage 1859 gemacht waren, mit Recht gerügt, daß dieselben jeden Anhalt für die Beurtheilung entbehren ließen, wie die Verhältnisse zu den Seestädten zu ordnen sein würden und es war zu erwarten, daß bei einer Erneuerung derselben Propositionen besonders auch diesem Mangel abgeholfen sein würde.

Diese Erwartung ist jedoch nicht zugetroffen. Schon die Mecklenburg-Schwerinische Landtags-Proposition kündigte an, daß die mit den Seestädten angeknüpften commissarischen Verhandlungen ihrer Schwierigkeiten wegen nicht hätten zu Ende geführt werden können, deren befriedigende Erledigung aber in demselben Maaße zu hoffen sei, in welchem die ganze Angelegenheit auf dem Landtage werde befördert werden. Aus dem Berichte der Commitee, welcher diese commissarischen Verhandlungen mitgetheilt waren, ergab sich nun, wie weit dieselben von einer Verständigung entfernt blieben. Es ergab sich daraus, daß, was zunächst Rostock betrifft, der Stadt commissarische Anerbietungen gemacht, diese aber von ihr nur theilweise und nicht in ihrem ganzen Umfange acceptirt, theilweise zu weiterer Erörterung verstellt wurden. Die Forderung der Stadt bestand in dem Ersatze der Accisezulage, des Brückengeldes und des Dammzolles, welche zu 42,333 Thlr. 14½ Schill. berechnet waren. Dagegen wurden ihr unter der Bedingung, daß sie auf die fernere Erhebung

der Accisezulage, des Dammzolles und Brückengeldes, auf das von ihr behauptete Hafen- und Stapelrecht, auf einige andere erbvertragsmäßige Zugeständnisse hinsichtlich der Verleihung von Monopolen, Beschränkung Fremder im selbstständigen Handelsbetriebe in Rostock und Einführung eines Thorsperrgeldes, imgleichen auf die ihr conventionsmäßig wegen der s. g. Bann-Meile zustehenden Rechte, verzichte, folgende commissariische Anerbietungen gemacht:

- a) Sie erhält die im Art. I. des Vergleichs vom 14/17. März 1827 ihr zugesicherte jährliche Aversional-Hebung aus der Accisecasse im Betrage von 14,000 Thlr. auch ferner aus landesherrlicher Casse;
- b) es wird derselben aus den Gesamt-Auffünften des projectirten Zolles eine jährliche Aversional-Summe von 20,000 Thlr. in näher festzustellenden Raten bewilliget.
- c) Es wird derselben gestattet, den Rostocker Handelsstand, gleich dem der Landstädte, zu einer fixen Handelssteuer heranzuziehen und diese Steuer nach Analogie der für die Landstädte projectirten Handelsclassen-Steuersätze von den Rostocker Kauf- und Handelsleuten nach einem landesherrlich zuvor zu genehmigenden Regulative, für die Stadt zu erheben.

Was die Wahl- und Schlachtsteuer betrifft, worauf sich weber die städtische Forderung noch die commissariische Offerte bezieht, so war es der Stadt proponirt, dieselbe, gegen eine der landesherrlichen Steuercasse dafür zu zahlende, näher zu vereinbarende jährliche Aversional-Summe, zur eigenen Erhebung zu übernehmen.

Die Commitee meinte nun, daß es zur Zeit nur darauf ankomme zu prüfen, ob die der Stadt gemachten Offerten der Art seien, daß sie den eintretenden Verhältnissen entsprechend erschienen, mithin keine Zugeständnisse enthielten, die dem Rechte und der Billigkeit nach nicht zu bewilligen sein dürften. Soweit sie aber bei dieser Prüfung von dem Principe

ausging, das ordentliche Contributionsmaaß der Stadt Rostock demjenigen der Landstädte zu assimiliren, verkannte sie in mehr als einer Beziehung die wahre Sachlage und trat mehr oder weniger von dem Gebiete der realen Verhältnisse auf dasjenige der Phantasie über. Eine völlige Gleichstellung der Stadt im Contributionswesen mit dem übrigen Lande, welche die Selbstfolge einer Repräsentativ-Verfassung sein würde, die dagegen die Stadt in vieler Hinsicht auch wieder entlastete, wird sich bei einer partiellen Steuer-Reform, wie solche jetzt nur in Frage stehet und wodurch das staatsrechtliche Verhältniß der Stadt im Uebrigen unalterirt bliebe, nimmermehr durchführen lassen. Man begreift nicht, wie die Commitee ohne Weiteres die Stadt Rostock zu einer adäquaten directen Steuer, wie solche in den Landstädten von Häusern, Ländereien, Vieh und Erwerb im ordentlichen Modo erhoben wird, enquotiren und den Ertrag derselben ihr auf die künftig zu erwartende Ersatzsumme in An- und Abrechnung bringen mochte, während sie sich doch sagen mußte, daß die ungleich höhern directen Steuern, welche in Rostock für das städtische Aerar erhoben werden, zu großem Theile eine Verwendung finden, die über die bloßen Communalzwecke weit hinausgeht. Ohne zu bedenken, daß die Natur und Wirkung der Rostocker Waaren-Accise von derjenigen der landstädtischen Handelssteuer völlig verschieden sind, brachte sie ferner den dritten Theil nicht nur der Waaren-Accise, sondern auch sogar der in Rostock von ein- und ausgehendem Getreide erhobenen Steuer der Stadt auf die Ersatzsumme in Anrechnung, als eine Einnahme, welche sich durch die gestattete analoge Anwendung des für die Landstädte projectirten, dort aber bisher höchst ungünstig beurtheilten s. g. Handelsclassen-Steuer-Gesetzes würde realisiren lassen. Während die Commitee sich sagen durfte, daß man in Rostock mit einer so hohen und auf so verwerflichen Principien beruhenden directen Besteuerung des dortigen Handelsstandes sich niemals befreunden werde und jedenfalls die Befugniß

dazu nicht Gegenstand einer besonderen Concession sein konnte, da sie schon in den erbvertragsmäßigen Rechten der Stadt zu voll begründet dastehet, gelangte die Committé doch in dieser Weise zu der Ansicht, daß der Stadt mehr als genügend offerirt worden sei.

Daß sie in ihrem Urtheile über das der Stadt Wismar zuzubilligende Aversionale weniger in das Detail hinabstieg, war eine Folge davon, daß die mit der Stadt eingeleiteten commissarischen Verhandlungen auch noch nicht einmal soweit gediehen waren, als dies für Rostock der Fall war. Die Stadt Wismar, welcher nach Absicht der Regierung die eigene Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auch ferner verbleiben sollte, hatte für den Wegfall der städtischen Waaren-Accise, der Hafenabgabe von Waaren, des Dammgeldes und des Straßengeldes, nach Vorabrechnung der künftig zu ersparenden Erhebungskosten, eine Vergütung von 19,879 Thlr. 45 Schill. 1 Pf. in Anspruch genommen, worauf bisher keine eingehende, sondern nur die ausweichende commissarische Erklärung erfolgt war, daß der Stadt wegen Ausfalls an Einnahmen und Vortheilen, welche die verlangten Verzichtes im Gefolge haben möchten, eine angemessene Entschädigung zu Theil werden solle. War somit die Regierung selbst über das richtige Abmaß der letztern zu einer bestimmten Ansicht noch nicht gelangt, so konnte dies noch viel weniger von der Committé erwartet werden. Sie hielt sich an der aus den Regierungsvorlagen zu entnehmenden Andeutung, daß die Stadt mit einer Entschädigung von 16,353 Thlr. abzufinden sein dürfte und trug kein Bedenken, diese für mindestens ausreichend zu erklären, obwohl bekennend, daß die in Betracht kommenden, sehr verwickelten factischen Verhältnisse ihr nicht so gegenwärtig waren, um von dem Ganzen und Einzelnen eine genügende Uebersicht zu gewinnen, welchem Umstande es auch wohl beigemessen werden darf, wenn sie schließlich ihre Ansicht noch durch die Bemerkung motivirte, daß die Stadt Wismar, außer der

Mahl- und Schlachtsteuer zur ordentlichen Contribution keine Beiträge leiste. Das Richtige ist, daß nicht die Mahl- und Schlachtsteuer, welche die Stadt für sich selbst erhebt, sondern das i. g. Staatsgeld und der Licent bisher die Stelle ihrer ordentlichen Contribution vertraten.

Nach den Vorstellungen, von welcher die Committee ausging, darf es weder auffallen, wenn sie dem hochansehnlichen Pleno den Rath ertheilte, dahin zu concludiren,

daß die Abfindung der Seestädte Rostock und Wismar als Ultimatum die von der hohen Landes-Regierung bei den commissariischen Verhandlungen mit denselben gezeichneten Offerten erreichen dürfe, ohne jedoch damit ausgesprochen haben zu wollen, daß man sie bis zu dieser Höhe angemessen und nöthig erachte;

noch viel weniger es Wunder nehmen, daß bei der darauf im Pleno erfolgten Discussion die Kenntniß der rechtlichen und factischen Momente, welche für die Beurtheilung der in Rede stehenden Verhältnisse nur leitend sein können, sich vollends verläugnete. Da ertönten laute Beschwerden über seestädtische Unbecheidenheit und Mangel an Patriotismus. Es fehlte in dieser auf rein historischem Boden stehenden Versammlung, selbst in der Reihe der conservativsten Mitglieder derselben, welche die staatsrechtliche Stellung der Seestädte damals sehr wohl zu ehren wußten, als sie sich zur Anfechtung der Rechtsbeständigkeit des Staatsgrundgesetzes von 1849 dienstbar erwies, jetzt nicht an Stimmen, welche den Seestädten allen rechtlichen Anspruch auf eine präcipuelle Abfindung bestritten; der ständische Beschluß aber lautete dahin,

es erschienen die für die Abfindung der Seestädte vorgeschlagenen Summen so hoch gegriffen, daß man sich zu einer Anerkennung derselben nicht bestimmt sehen könne. Vielmehr müsse man erwarten, daß zwischen Serenissimo und den Seestädten ein ander-

weitiges Abkommen zu Stande kommen werde, für welches selbstverständlich die ständische Ratification vorbehalten bleibe;

ein Beschluß, wodurch die nachstehende Verwahrung der Deputirten der Stadt Rostock provocirt ward:

„An den ehegestrigen Verathungen und Beschlüssen, betreffend den Vortrag der Committé über die Tractate, welche Serenissimus mit der Stadt Rostock über die Steuer-Reformen eröffnen zu lassen geruhet haben, haben wir keinen Theil genommen, weil diese Tractate als noch nicht für die Deffentlichkeit bestimmt von den Herren Commissarien bezeichnet worden, — und der Gegenstand selbst eventualiter durch Fortsetzung der Tractate mit landesherrlichen Commissarien zu erledigen ist. Wäre die Sache anders gelegen gewesen, würde dieser Vortrag, welcher die Erklärungen der Stadt, so wie sonstige in Betracht kommende Verhältnisse außer Verückichtigung gelassen hat, ja von nichts weniger als feststehenden Voraussetzungen ausgegangen ist, allerdings zu weiteren Erörterungen Veranlassung gegeben haben.“

„Wir halten diese Erklärung zur Vorbeugung von Mißverständnissen, namentlich in der Richtung für nothwendig, daß der bezügliche Landtagsbeschluß entweder als der Sachlage angemessen von uns anerkannt, oder wohl gar als die Stadt Rostock verbindend, nicht in Bezug genommen werden darf.“

Hiernach nun ist zu beurtheilen, welche Erfolge von einer Fortsetzung der commissarischen Verhandlungen mit den Seestädten zu erwarten sind, sobald solche, wie der ständische Beschluß dies bedingt, noch auf ein weiteres Abhängen von den Abfindungssummen zu richten sein würden, wodurch die Regierung die Städte befriedigen zu können vermeinte. Nichts aber wäre fehlsamer, als aus diesen Vorgängen, aus den Differenzen, die hier noch zu schlichten sind, den Schluß

ziehen zu wollen, daß es den Seestädten an dem ernstlichen und redlichen Willen fehlt, nach ihren Kräften zu einer angemessenen Reform des Steuerwesens mitzuwirken oder gar sie des Bestrebens zu beschuldigen, die Gelegenheit zu einer Verbesserung ihres communalen Haushaltes auf Unkosten der Interessen des übrigen Landes zu benutzen. Gewiß tritt das Verlangen nach jener Reform nirgends stärker hervor als in den beiden Seestädten. Der Stein des Anstoßes liegt lediglich in natürlichen Consequenzen der verfassungsmäßigen politischen Stellung der Städte zum Lande und wird gründlich niemals anders als durch Reformen in der politischen Verfassung selbst hinweg zu räumen sein. Sollen, ohne Aenderung der letztern, Reformen im Steuerwesen eingeführt werden, so ist billig zu bedenken, welches erhebliche Opfer von den Seestädten dem gemeinsamen Interesse schon dadurch gebracht wird, daß sie, unter Aufgabe ihrer vertragsmäßigen Separatstellung, sich gemeinsamen Landesbeschlüssen unterordnen, ohne doch hierbei in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise repräsentirt zu sein. Daß von Wismar die Aufnahme der Stadt in den ständischen Verband zur *conditio sine qua non* des Abkommens gemacht werde, scheint kaum anders vermuthet werden zu dürfen und dennoch war von diesem Puncte in den Landtags-Verhandlungen mit keiner Sylbe die Rede.

Der Committeebericht verbreitet sich weiter

4) über das projectirte Handels-Klassen-Steuer-Gesetz.

Ueber dieses Project blieben schon auf dem Landtage 1859 die Ansichten sehr getheilt. Später, nachdem der dasselbe näher darstellende Gesetz-Entwurf allgemeiner bekannt geworden war, erfolgten von allen Seiten, insbesondere von dem zunächst dabei betheiligten Handels- und Gewerbsstande die entschiedensten Reclamationen dagegen. Von Deputirten der Kaufmannschaft aus den Landstädten beider Großherzogthümer wurden, in Folge stattgehabter Verathungen, Peti-

tionen dagegen eingebracht; in den Seestädten, für welche eine analoge Anwendung dieser Classensteuer in Aussicht genommen war, wurde dieselbe in öffentlichen Blättern Gegenstand der bittersten Kritik. Zu der That traten die völlig irrationelle Grundlage, auf welcher das Project gebauet war, und die Bedenken, welche sich an seine practische Durchführung knüpften, so handgreiflich hervor, daß es ein Leichtes war, sie Jedermann zur Anschauung zu bringen. Dennoch war es nicht gelungen, die Regierungen von der Verwerflichkeit desselben zu überzeugen. Während es doch sehr nahe lag, den Ständen, neben dem Grenzzoll-Projecte, wie dies auch schon früher geschah, mit Rücksicht auf den Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer und der Handelssteuer, ein neues städtisches Steuer-Edict zu proponiren, welches sämmtliche directe Steueransbringungen der Landstädte zum ordentlichen Modo in sich zusammen faßte und die von dort aufzubringende directe Steuerlast nach dem Principe der verhältnismäßigen Leistungsfähigkeit auf die Einwohnerschaft, mit Einschluß des bisher nur indirect besteuerten Handels- und Gewerbestandes, der s. g. Eximirten u., repartirte, inährirten die Regierungen dennoch nicht nur, wie wir gesehen haben, ihren hierbevorigen Vorschlägen in Bezug auf die abgeordnete Fixirung der Mahl- und Schlachtsteuer, sondern unterstellten auf dem Landtage 1860 auch den Entwurf des Handels- Classen- Steuer- Gesetzes in unveränderter Gestalt abermals der ständischen Beschlußnahme. Nur gegen den einen, von dem Handelsstande gegen den Entwurf vorgebrachten Beschwerdepunct, daß nämlich derselbe sich von den Grundsätzen einer Gewerbesteuer entferne und gegen die Vorhaltung, daß die von den Regierungen früher bei den Verhandlungen vom Jahre 1846 verfolgte Idee sich strenger hieran gehalten habe, war der Entwurf durch Gründe zu rechtfertigen versucht, die nicht wohl für stichhaltig gelten konnten. Denn abgesehen davon, daß die Regierungen selbst in den Motiven, womit sie im Jahre 1859 den Gesetz-Entwurf den

Ständen herausgaben, sich geradezu dahin aussprachen, daß die projectirte Steuer nicht als eine Abgabe von der Berechtigung zum Handelsbetriebe, sondern als eine Abgabe von dem betriebenen Handel, also nicht als eine Gewerbesteuer, sondern, gerade wie die jetzige Handelssteuer, als eine auf dem Handel selbst ruhende Abgabe angesehen werden solle, bleibt diese Natur der projectirten Steuer auch schon durch die Höhe der vorgeschlagenen Steuersätze, im Vergleich mit den Steuersätzen anderer Gewerbetreibenden, und durch die Ertragssumme gekennzeichnet, welche im Ganzen dadurch aufgebracht werden soll. Auch die Berechnungen, womit die Regierungen jetzt die weitere Motivirung des Gesetz-Entwurfs gegen die dawider erhobene Erinnerung begleiteten, bestätigten nur die Richtigkeit der letzteren, insofern sich daraus ergab, daß die Ausfuhr aus einer Besteuerung des Handels- und Gewerbestandes nach den im Jahre 1846 intendirten Normen fast um den dritten Theil gegen diejenige Summe zurückstehen würde, welche durch das jetzt projectirte Steuer-Gesetz aufgebracht werden soll; denn diese beträgt für die Mecklenburg-Schwerinschen Landstände 30,679 Thlr., während sich aus jenem Calcül nur 20,368 Thlr. ergaben. Außerdem aber* kommt hierbei in Betracht, daß nach dem jetzigen Plane der Handels- und Gewerbestand, neben den 30,679 Thlr. auch noch seinen Antheil an den statt der Mahl- und Schlachtsteuer einzuführenden directen Abgaben zu übertragen hätte, während diese letztere Steuer nach dem früheren Plane durch den Grenzzoll mit abgelöst werden sollte. Gewiß blieb auch der Gesetz-Entwurf von 1846 noch mancher Verbesserungen fähig und mochte derselben in einzelnen Punkten durch die neuere Vorlage übertroffen sein. Es verdient Anerkennung und hätte es der in dieser Beziehung in der so eben gedachten weiteren Motivirung gegebenen Rechtfertigung kaum bedurft, wenn man das Bestreben dahin richtete, die Kriterien für die Abstufung der Steuersätze richtiger hinzustellen als im Jahre

1846 nur beabsichtigt war. Auch gegen die Anwendung des Contingenttrungs-Systems würde sich sicher keine Opposition erhoben haben, dafern solche nur auf die ihrer Natur nach dazu geeigneten Fälle beschränkt gehalten wäre. Durch dergleichen Vorzüge konnten aber die dem Gesetz-Entwürfe nach seiner ganzen Tendenz anklebenden Gebrechen nicht geheilt werden.

Sonach hätte wohl erwartet werden können, daß die Committee den Entwurf des Handelsclassen-Steuer-Gesetzes ganz besonders einer umfänglichen Prüfung unterziehen, daß sie nicht nur die Principien, worauf derselben gebauet, sondern auch die practische Durchführbarkeit desselben in sorgfältige Erwägung nehmen und die daraus gewonnenen Ansichten und Ueberzeugungen ihren Committenten darlegen würde. War doch die ständische Erklärung über den Entwurf landesherrlicher Seits ausdrücklich verlangt und bildete doch derselbe einen integrirenden Theil des ganzen Reform-Planes, so zwar, daß die directe Vorausübertragung des dritten Theiles der Handelssteuer als Vorbedingung des proponirten Grenzzolls hingestellt war. Aber nichts von dem. Die Committee half sich über diese, allerdings nicht eben leichte Aufgabe dadurch hinweg, daß sie ihrem Berichte an der Stelle, wo von der Handels-Classensteuer die Rede ist, den folgenden Passus incorporirte:

„Ueber die Grundsätze, welche dem zu erlassenden Steuer-Gesetze unterzulegen und nach welchen die Steuererlegungen zu bemessen und festzustellen sind, herrschen, wie vorliegt, noch verschiedene Ansichten, die erst bei den weiteren Verhandlungen darüber ihre Erörterung und Erledigung finden können, und kann es zur Zeit noch nicht Aufgabe der Committee sein, hierauf schon jetzt näher einzugehen, weil die Erlassung eines solchen Steuergesetzes in unzertrennlicher Verbindung mit der Umgestaltung und Ablösung der Handelssteuer und Zölle stehet und erst dann, wenn

die Art und Weise der Aufbringung der übrigen Zwei-Drittheile ihre Feststellung im Allgemeinen erhalten hat, das Specielle dieserwegen zur Erörterung kommen kann."

"Für die weiteren Verhandlungen wird aber dies als unerlässlich festzuhalten sein, daß die Aufbringung des hier zur Frage stehenden einen Drittheils von dem Handelsstande und den dahin zu ziehenden Gewerbetreibenden nur auf directem Wege geschehen darf, daß das beabsichtigte Steuer-Gesetz nur im verfassungsmäßigen Wege, unter gleichmäßiger Concurrenz und Zustimmung beider Stände, erlassen werden kann, die Berathungen darüber gleichen Schrittes mit denjenigen über die Aufbringung der übrigen zwei Drittheile zu geschehen haben und es nur dann erst ins Leben treten darf, wenn wegen Aufbringung der übrigen zwei Drittheile gleichzeitig eine neue Gesetzgebung im verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommen ist."

Das Bestreben, einer Erörterung der Bedenken, welchen den landesherrlichen Propositionen von dieser Seite her entgegen treten, auszuweichen, statt ihnen offen in's Gesicht zu schauen, konnte wohl kaum stärker markirt werden. Hier fehlte es an jedem andern stichhaltigen Grunde einer Vertagung der ständischen Entschließung darüber, ob der herausgegebene Gesetz-Entwurf als Grundlage der weitem Verhandlung angenommen werden sollte oder nicht. Die unzertrennliche Verbindung mit den anderweitig projectirten, noch weniger vorbereiteten Maßnahmen hinderte dies nicht im Mindesten, sondern forderte recht eigentlich dazu auf. Begreiflich konnte aber dasjenige, was in dem Committee-Berichte umgangen war, im Pleno nicht ergänzt werden. Letzteres fand zu dem Berichte nichts zu bemerken und beschränkt sich dasjenige, was in diesem Puncte von Ständen beschloßen ist, darauf, daß durch den Handelsstand und die dahin zu ziehenden Gewerbetreibenden in den Städten eine Quote der

bisherigen Handelssteuer durch eine directe Steuer zur Ablösung jener aufzubringen und diese Quote vorläufig auf ein Drittel der bisherigen Aufsunkst anzunehmen ist.

Bei Licht betrachtet, ist also nichts beschlossen, als was sich vernünftiger Weise von selbst versteht, sondern die Lösung dieser ganzen Frage den weiteren Verhandlungen vorbehalten. Denn daß beim Wegfall der Handelssteuer Kaufleute und handeltreibende Gewerbe zu irgend einer directen Steuer heranzuziehen sein würden, ist von selbst einleuchtend; die Frage war und ist eben die, in welcher Modalität und zu welchem Betrage diese Steuer einzutreten hätte und beides ist unentschieden geblieben, da durch das Wörtchen „vorläufig“ in vorsichtiger Weise auch dafür gesorgt wurde, daß, wenn triftige Gründe gegen die angenommene Dreitheilung vorgebracht würden, woran es nicht fehlen kann, dieselbe irgend einem anderen Quoten-Verhältnisse Platz machen müßte.

Wie wenig übrigens die Commitee sich auch auf eine Prüfung des Handelsklassensteuer-Gesetz-Entwurfs, soweit derselbe sich auf den inländischen Handelsstand bezieht, eingeließ, so monirte sie doch

- 5) einige auf die Besteuerung der im Lande Handel treibender Ausländer bezügliche Dispositionen desselben, zweifellos mit gutem Grunde. Sie griff hier durch Hervorhebung von Detailbestimmungen selbst noch den landesherrlichen Propositionen vor. Kein Zweifel, daß mit dem auf ihren Anrath dahin gefaßten ständischen Beschlusse:

„Den auswärtigen Handlungsreisenden ist freier Aufkauf in Mecklenburg und freier Export zu gewähren. Wegen des Wiederverkaufs, also des Handelsbetriebes im Lande, sind sie einer, nach der dem für inländische Kaufleute zu erlassenden Steuergeresse unterliegenden Norm zu bemessenden, Styrsteuer zu unterwerfen,“

im Princip das Richtige getroffen ist, wenngleich die Frage, wie diese Styrsteuer zu veranlagern, auch hier eine offene blieb und nach der Modalität, wie man die über die Grenzen des Landes eingeführten Waaren zu besteuern beabsichtigt, die Ausdehnung dieser Besteuerung auf die von ausländischen Kaufleuten auf hiesigen Jahrmärkten abgesetzten Waaren voraussichtlich auf erheblich practische Inconvenienzen stoßen würde.

Viel weniger erschöpfend findet sich

- 6) die Tarifffrage bezüglich des projectirten Grenz-Zolles in dem Committeeberichte und den darauf ergangenen ständischen Beschlüssen behandelt.

Die Regierungen hatten bekanntlich neben den Landtags-Propositionen den „Entwurf eines Zolltarifs für Mecklenburg“ und eine Zusammenstellung der Grundsätze, welche bei Aufstellung desselben leitend gewesen waren, herausgeben lassen und verlangt, daß Stände in Grundlage dieses Tarif-Entwurfs dem Projecte zustimmen möchten. Damit konnte zwar nach der ganzen Sachlage nur eine principielle, den bei den weiteren Verhandlungen sich als zweckmäßig ergebenden Aenderungen im Einzelnen unpräjudicirliche, Zustimmung bezielt sein; immer aber mußte daran liegen, der präciseren Form, welche dem Grenzzoll-Projecte eben durch den regierungsseitig approbirten Tarif-Entwurf gegeben war, die ständische Anerkennung zu verschaffen, indem doch erst dadurch für die Fortsetzung der Verhandlung eine reelle Basis gewonnen war. Das Einverständniß über gewisse triviale Principien, wogegen kein Verständiger etwas zu erinnern haben wird, z. B. daß durch den Zoll kein übermäßiger Druck auf den Consum der besteuerten Gegenstände auszuüben, auch der Defraude möglichst wenig Reiz zu geben ist, doch aber ausreichliche Geldmittel zu beschaffen sind &c., konnte dafür nicht gelten. Diese durften der Acclamation der Stände-Versammlung, dafern sie überhaupt auf das Project eingehen würde, im Voraus eben so gewiß sein, als die

Ansichten aller Theile darin zusammen fallen mußten, daß thunlichste Einfachheit der Tarification eine wünschenswerthe Sache und daß bei dem Tarife weder das Protectionssystem zu verfolgen, noch auch der Export der Landes-Producte dadurch zu belasten sei. Die ganze Sachlage erheischte nicht nur die Prüfung, ob und in wie weit der herausgegebene Tarif-Entwurf allen diesen generellen Erfordernissen entspreche, sondern wies der Commitee ganz besonders auch die Aufgabe zu, zu erwägen und zu erörtern, wie es mit der eigentlich technischen Seite desselben stehe, in wiefern sich die darin vorgeschlagene Classification der zu besteuern den Gegenstände rechtfertige, welche Wirkungen der Tarif in der vorgeschlagenen Höhe als Verbrauchssteuer äußern würde und wie die hervorragendsten volkswirtschaftlichen Interessen, der Landwirthschaft, des Handels, der Gewerbe &c. dadurch berührt werden möchten, vor Allem aber auch, in wiefern die regiminelle Voraussetzung für eine zutreffende zu halten sei, daß durch die Anwendung dieses oder doch eines ähnlichen Tarifs mit annähernd gleich hohen Zollsätzen diejenige Netto-Revenue, zu deren Beschaffung er bestimmt ist, wirklich aufkommen würde. Hierin lag gewissermaßen der Kern der ganzen Sache. Nicht darum handelte es sich, ob unter gewissen, noch unklaren Voraussetzungen ein Grenzzollsystem einzuführen sein möchte, sondern es war von den Regierungen ein concretes Grenzzoll-Project vorgelegt, welches nur durch eine, auf die so eben erwähnte Vorprüfung gestützte, ständige Zustimmung gefördert werden konnte. Für eine weitere Uebersarbeitung und Modificationen des Tarif-Entwurfs mochten Vorbehalte gestellt werden; blieb aber der Tarif selbst in seinen Grundzügen eine offene Frage, so blieb das ganze Project es nicht minder. Nur durch den hinzugefügten Tarif-Entwurf erhielt letzteres eine faßliche Gestalt; die Erledigung der Principienfrage konnte in Bezug auf ein gestaltloses Project keine practische Bedeutung gewinnen. Mit dem Beschlusse, daß man auf die landesherrlichen Propo-

sition in der Weise eingehen wolle, daß als Aufbringungsmittel auch die Aufkunft der an die Grenze zu verlegenden Zölle angenommen werde, war im Grunde nichts beschloffen, weil der Gegenstand des Beschlusses, wie schon bemerkt, begrifflich unfaslich, mindestens Auslegungen fähig blieb, die mit der Absicht der landesherrlichen Proposition im Widerspruch stehen würden.

Der Bericht der Commitee zeugt davon, daß sie die Sachlage und die ihr daraus erwachsende Aufgabe anders aufgefaßt hatte. Sie constatirte zunächst, daß nach den bisherigen Verhandlungen, namentlich auch denen vom Jahre 1846, die für keinen Theil obligatorisch wurden und es auch noch jetzt nicht sind, so wie nach den jetzigen Vorlagen, von denen das nämliche gilt, die dem Tarife unterzulegenden Grundprincipien die folgenden sein würden:

- a) daß der anzulegende Zoll nur fiscalische Zwecke haben, nämlich die Erreichung der nöthigen finanziellen Mittel zur Deckung desjenigen, was den Landesherrn für den Wegfall der bisherigen Handelssteuer zu zwei Drittheilen und für Aufhebung der Zölle im Inlande, imgleichen den einzelnen Communen zu gewähren sei, mithin in keiner Beziehung ein Schutz Zoll sein solle;
- b) daß derselbe nur ein Eingangszoll sein solle, demnach die Ausfuhr, der Transit und der innere Verkehr gänzlich frei sein sollen;
- c) daß die Tariffäße so niedrig zu stellen seien, daß die Consumtion der besteuerten Artikel nicht wesentlich darunter leide und keine zu kostspieligen und beschwerlichen Controlen nöthig würden;
- d) daß die Erlegung des Zolles nur nach dem Gewichte, mithin keinesweges nach dem Werthe der zu verzollenden Waare zu geschehen habe, indem ersteres leicht, letzteres aber schwierig zu controliren sei; daß auch der Tarif nur möglichst wenig Positionen aufzunehmen habe

und diese so niedrig zu stellen seien, daß sie im Vergleich zum Werthe der Waare keinen Reiz zur Umgehung bieten, mithin gewissermaßen sich selbst gegen Defraude schützen würden.

Die Commitee beschränkte sich jedoch hier auf bloße Relation früherer imperfect gebliebener Verhandlungen; sie sprach sich weder darüber aus, ob und inwieweit der jetzt zur Erwägung stehende Tarif-Entwurf jenen Grund-Principien wirklich entspreche, noch wirkte sie dahin, letztere zu ständischem Beschlusse zu erheben. Ueber die Erörterung der Hauptfrage aber, ob denn das durch den Tarif-Entwurf in seinen wesentlichen Bestandtheilen skizzirte, von speciellen Ertragsberechnungen begleitete Steuer-Gesetz überhaupt als ein solches anzusehen sei, welches die vorhabenden Zwecke erfüllen würde, über diese Erörterung ging sie mit folgendem, fast naivem Raisonnement hinweg:

„Mit der speciellen Prüfung des Tarifs haben wir uns zur Zeit noch nicht beschäftigt, weil es zunächst auf die Erledigung der Principienfrage ankommt und dasselbe eventuell den weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben kann, und beschränken uns für jetzt nur darauf aufmerksam zu machen, daß bei der demnächstigen speciellen Prüfung darauf Rücksicht zu nehmen sein wird, manche Gegenstände, welche sich darin als steuerpflichtig aufgeführt finden, in Berücksichtigung obiger Grundsätze, ganz von Zollerlegungen frei zu lassen. Unter anderen rechnen wir dahin: das Salz, Mauersteine und zu Lande importirt werdendes Bauholz und Bretter.“

Ganz im Einklang mit dieser Auffassung der Commitee stand der Muth, welchen sie dem Pleno in der Tarifrage ertheilte, dahin zu concludiren:

„Die Regulirung des Tarifs für die an die Grenze zu verlegenden Zölle wird vorbehalten, die jetzige

Vorlage mit den beifpielsweise bereits als nothwendig bezeichneten Abänderungen, als möglicher Weise zweckentsprechend angesehen.“

wozu denn auch das hochansehnliche Plenum nichts zu bemerken fand.

Gewiß war es nicht möglich, vorsichtiger und unpräjudicirlicher zu Werke zu gehen, wenn einerseits der Schein einer Ablehnung der landesherrlichen Propositionen und der Abbruch der Verhandlungen vermieden und andererseits doch der weitere Erfolg der letztern völlig unbestimmt bleiben sollten. Gewiß auch ist den Ständen es vielmehr Dank zu wissen, daß sie Schritte vermieden, welche dem Grenzzoll-Projekt, so wie es vorlag, hätte Vorschub geben müssen, als daß ihnen aus dieser ihrer Zurückhaltung ein Vorwurf zu machen stände; nur darum schien es nöthig, die Tragweite des ständischen Beschlusses hier in ihrem wahren Lichte zu signalisiren, um das Verhältniß desselben zu den Propositionen in's Klare zu stellen und zu einem richtigen Urtheile darüber zu gelangen, wie weit dadurch die Steuerfrage ihrer Erledigung wirklich näher gebracht sein mag.

Im Grunde bildet die Tarifffrage die Achse, um welche sich hier Alles drehet. Darüber werden die differentesten Ansichten mit gleicher Verechtigung auch dann noch neben einander hergehen, wenn sich Alles über die in dem Committee-Berichte hervorgehobenen i. g. Grundprincipien geeinigt haben würde. Der den Ständen herausgegebene Tarif-Entwurf, der nach den beigelegten Berechnungen für Mecklenburg-Schwerin einen Brutto-Ertrag von 308,805 Thlr. gewähren sollte, statuirt, unter Aufrechthaltung gänzlicher Zollfreiheit für Ausfuhr und Transit, den Normal-Zollsatz von 12 Schill. pr. Zoll-Centner Brutto als Eingangs-Abgabe, welchem alle im Tarife nicht namentlich benannten Waaren unterworfen blieben. Es finden sich dann darin 48 Artikel, zum Theil Collectiv-Angaben für ganze Waaren-Gattungen, als zu diesem Normalfaze pflichtig besonders benannt; 26

andere Artikel, wovon die eine Hälfte Verzehrungs- = Gegenstände (Colonial-Waaren, Wein 2c.), die andere Hälfte Fabrikate (Ellenwaaren aller Art 2c.) erfassen, sind mit dem höhern Zollsatz von 1 Thlr. pro Ctr., 33 andere Artikel mit einem niedrigeren Zollsatz von 4 Schill. pro Ctr. an bis zu dem 40sten Theile des Normalsatzes bedacht; 28 verschiedene Artikel, so wie alles Vieh finden sich als abgabefrei angeben. Dieser Tarif war nach regiminellem Auftrage von drei Sachverständigen, notorisch den Freihandels-Principien anhängenden Männern ausgearbeitet und in einem beigefügten Promemoria durch Gründe erläutert, die meistens überaus plausibel klingen. Dennoch blieben die Ansichten über das Elaborat sehr getheilt und würde es nicht schwer halten, auf nicht weniger plausible Gründe gestützte Urtheile anderer gleich qualificirter und nicht weniger freihändlerisch gestimmter Sachverständigen beizubringen, wodurch dasselbe als verfehlt verworfen würde. Während der Entwurf vor der Kritik des Freihandels-Systems sicher nicht bestehen kann, werden doch auch unter denen, welche, unbekümmert um die Consequenzen des einen oder des andern Systems, nur die Nützlichkeit im Auge haben, Viele darin mehr die Caricatur eines modernen Zolltarifs als eine Vorlage erkennen, die sich jemals als practisch brauchbar erweisen könnte. Insofern sich gewissermaßen darin der Tenor unserer mittelalterlichen Zollrollen in die Formen und die Terminologie des modernen Manthsystems übersezt findet, könnte man glauben, daß insonderheit diejenigen Gefallen daran finden müßten, welche noch der Vorstellung Raum geben, daß es sich wirklich hier von einer Verlegung oder, wie auch wohl gesagt wurde, Vorschiebung der alten Landzölle an die Grenze handele. Aber auch diese werden doch am Ende sich der Einsicht nicht verschließen können, daß an ein Abgabe-Gesetz, welches Summen von dem vorerwähnten Betrage zu beschaffen bestimmt ist, jedenfalls ein anderer Maßstab zu legen wäre.

Die Tarifffrage, in Beziehung auf ein selbstständiges mecklenburgisches Grenzzoll-System, wird noch viel Kopfbrechens machen, wenn den speciell aus dieser Modalität des Systems entspringenden Bedenken Rechnung getragen, der finanzielle Zweck gesichert und an den von der Commitee in Erinnerung gebrachten Grundprincipien mit der Starrheit fest gehalten werden soll, wie sie selbst dies freilich nur beispielsweise angedeutet und hierin den Beifall des Plenums gefunden hat. Schon der Grundsatz, daß die einzuführende Abgabe nur fiskalische Zwecke verfolgen und in keiner Beziehung ein Schutz Zoll sein soll, bricht über den projectirten Tarif den Stab; denn, streng genommen, ist damit ausgesprochen, daß überhaupt nur solche Waaren, welche im Lande selbst nicht producirt oder fabricirt werden, mit der Abgabe zu belegen sein würden. Wie weit der Entwurf sich auch von einer schutzöllnerischen Tendenz entfernt gehalten haben mag und wie geringe auch die schutzöllnerische Wirkung desselben nur sein könnte, daß eine solche für eine Reihe der tarifirten Artikel, auch bei den nur vorgeschlagenen verhältnismäßig niedrigen Zollsätzen, dennoch eintreten könnte und müßte, ist unbestreitbar. Wenn aber in Rücksicht hierauf und auf die principmäßig zu verfolgende möglichste Einfachheit des Tarifs, wonach darin nur wenige Positionen aufzunehmen sind, man sich mehr dem englischen System darin nähern wollte, daß überhaupt nur eine geringe Anzahl finanziell in's Gewicht fallender Artikel, als Zucker, Caffee, Wein &c. von der Abgabe ergriffen würden, was dann die Folge hätte, daß für diese die Zollsätze erheblich zu erhöhen wären, so entfernte man sich wieder von den andern leitenden Grundsätzen, wonach die Zollsätze so niedrig zu halten sind, daß die Consumtion darunter nicht wesentlich leide und kein Reiz zur Defraude geboten werde.

Eben darum ist, wie oben schon bemerkt wurde, durch das Einverständniß über alle diese Principien für die Feststellung eines zweckmäßigen Tarifs nur wenig gewonnen und

muß diese durch ein zu starres Festhalten daran noch erschwert werden, da sie weder vom theoretischen noch vom practischen Standpuncte aus unbedingt als gerechtfertigt dastehen. Wenn es nothwendig oder angemessen erachtet wird, einen nicht unbedeutenden Theil des öffentlichen Aufwandes durch indirecte Steuern und zwar durch eine an der Grenze von den zum Verbrauch im Lande eingehenden Waaren zu entrichtende Steuer zu erheben, so kann dies vernünftiger Weise nur mit dem Entschlusse geschehen, die natürlichen Consequenzen solcher Maßregel auf sich zu nehmen. So sehr sich das Bestreben rechtfertigt, nachtheilige Folgen, die in dem Wesen derselben begründet sind, auf das möglich geringste Maß zu beschränken, so bleiben doch Handlungen oder Unterlassungen, wodurch die Umgehung solcher Folgen bezweckt wird, immer mehr oder weniger gegen die Maßregel selbst gerichtet. Es liegt aber in der Natur des projectirten Grenzzolles, daß dadurch der Preis der zu verzollenden Waaren einigermaßen vertheuert, mithin auch den Consumenten der Verbrauch derselben in gleichem Verhältnisse erschwert wird. Ist dies ein Uebel, so ist es wenigstens ein nothwendiges und kein größeres, sondern meistens ein geringeres Uebel, als wenn der Betrag der Zoll-Vertheuerung den Consumenten als directe Steuer abgefordert wird. Die Höhe der Zollsätze wird sich daher immer wesentlich nach der Höhe der aufzubringenden Zoll-Einnahmen richten und findet bei solchen Artikeln, die nicht zu den nothwendigen Lebensbedürfnissen gehören, ihre Maximal-Grenze da, wo in Folge noch höherer Sätze eine so erhebliche Erschwerung und Beschränkung des Consums der betreffenden Waaren eintreten würde, daß der Zoll unerachtet des höheren Zollsatzes nur geringeren Ertrag gewährte als bei niedrigerem Satze. Ist dieses darunter verstanden, wenn principiell die Tariffsätze so niedrig zu stellen sind, daß die Consumption der besteuerten Artikel nicht wesentlich darunter leide, so erscheinen allerdings die in dem Entwurfe für eine Reihe sich vorzugsweise

zur Besteuerung eignender Artikel, als Wein, Spirituosen, Zucker, Caffee 2c. vorgeschlagenen Zollsätze noch einer bedeutenden Erhöhung fähig, wovon auch, aus den weiter unten zu erörternden Gründen, der dadurch vermehrte Anreiz zur Defraude nicht abhalten könnte. — Es liegt ferner in der Natur des Grenzzolles und ist eben dies eine der vorzüglichsten Eigenschaften desselben, daß die Steuer sich dem Leistungs-Vermögen der Steuerpflichtigen anpassen läßt und daß sich durch zweckmäßige Veranlagung derselben die Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit ihrer Wirkung im hohen Grade gewährleisten lassen. Eine solche Veranlagung bedingt eben sowohl, daß bei der Tarification auf die Beschaffenheit der zu besteuerten Gegenstände, auf ihren Ursprung, auf ihre größere oder mindere Entbehrlichkeit Rücksicht genommen und darnach Unterscheidungen gemacht als daß die Höhe der Steuersätze in ein bestimmtes Verhältniß zu dem Werthe der besteuerten Gegenstände gestellt werden. In dem Grade aber, als beides vollständiger berücksichtigt wird, compliciren sich nicht nur der Tarif, sondern die ganze Steuer-Gesetzgebung und die zur Sicherung der Steuer-Erhebung dienenden Anstalten. So fällt man bei dem Bestreben, wesentliche Bedingungen und Consequenzen des einzuführenden Steuersystems zu umgehen, von einem Dilemma in das andere und läuft die Gefahr, dasselbe durch Nebenrücksichten seiner besten Eigenschaften zu entkleiden, durch Verjagung der geeigneten Mittel den Zweck zu verfehlen, statt zu einem auf vernünftigen Principien ruhenden Steuergesetze, zu einer Anstalt zu gelangen, wodurch sich zwar, im günstigen Falle, ein ansehnliches Stück Geld aus den Taschen der Landesangehörigen ziehen ließe, die aber kaum noch als eine eigentliche und niemals als eine gerechte Steuer anzusehen wäre.

Dahin weisen die Landtagsbeschlüsse den Weg. Soll der den Ständen herausgegebene Tarifentwurf in dem Sinne modificirt werden, wie sie es freilich nur an einigen Beispielen als eine Nothwendigkeit andeuteten, so wird die Voraus-

setzung, daß selbiger möglicherweise zweckentsprechend sein werde, nicht zutreffen. Ob die vorgeschlagene Besteuerung des Kochsalzes mit 4 Schill. pro Centner Bruttogewicht darum beanstandet wurde, weil dieser Artikel den nothwendigen Lebensbedürfnissen, deren Verbrauch sich nicht nach individueller Steuerfähigkeit bemisst, beizuzählen ist, oder darum, weil zu besorgen, daß die Consumtion wesentlich darunter leiden werde, oder endlich darum, weil man darin einen Schutzzoll zu Gunsten der inländischen Salz-Production erkannte, findet sich nicht gesagt, ist aber auch insofern gleichgültig als keiner dieser Gründe den gänzlichen Ausschluß des Salzes von der Besteuerung rechtfertigen könnte. Es wäre hier sicher der practische Standpunct einer bloßen Principien-Heiterei zum Opfer gebracht. Grade das Salz eignet sich, trotz seiner Unentbehrlichkeit und, man kann sagen, eben wegen seiner Unentbehrlichkeit, in Beihalt seines mäßigen Productions-Preises und der natürlichen Beschränktheit seines Verbrauchs, vorzugsweise zur Besteuerung, sofern hiermit nur Maaß und Ziel gehalten wird. Da der durchschnittliche Consum desselben nicht höher als zu 20 Pfd. pro Kopf anzunehmen ist und, bei der Concurrenz des inländischen unbesteuerten Salzes, die Zoll-Vertheuerung den projectirten Zollsatz von 4 Schill. pro Centner noch nicht erreichen würde, so könnte sich der jährliche Lebens-Unterhalt einer Familie von 5 Personen hiedurch auch noch nicht einmal um diesen Betrag vertheuern, der in der Vertheilung auf den successiven Bedarf eines Jahres auf Atome hinausläuft, wovon irgend eine Wirkung zu verspüren reinhin unmöglich wäre. Unter diesen Umständen scheint es denn auch an einem vernünftigen Grund zu fehlen, die freilich sehr problematische Begünstigung des Absatzes inländischen Salzes, welche in einer so moderaten Besteuerung des fremden Products läge, zu hindern; ja es kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß es sich finanziell und volkswirtschaftlich nur empfehlen könnte, auch grade den unbemittel-

ten Volksklassen eine Wohlthat dadurch erzeugt würde, mit der Besteuerung des auswärtigen Salzes noch beträchtlich höher zu gehen, dafern nur, was leider nicht der Fall ist, das Interesse an der Prosperität der inländischen Saline sich mit dem allgemeinen Landes-Interesse identificirte und ein einheitliches Finanzsystem es gestattete, dagegen die directe Steuerlast jener Volksklassen entsprechend zu ermäßigen.

Weniger zurückhaltend, als über die Tarifrage, war die Commitee

7) in ihren Aeußerungen über die gleichwohl damit im Zusammenhange stehende Frage, welche Controle-Anstalten das Grenzzoll-Project mit sich bringen würde.

Je schwieriger es ist, die Blößen zu verhüllen, welches das Project in dieser Hinsicht darbietet, desto vorsichtiger mußte hier zu Werke gegangen werden, wenn dasselbe nicht an den darauf gestützten Bedenken scheitern sollte. Auch hier konnte ein eingehender ständischer Beschluß nur dadurch erreicht werden, daß derselbe in einem Sinne gefaßt wurde, welcher von demjenigen, was durch die landesherrlichen Propositionen bezielt war, wesentlich abweicht.

Die Commitee berichtete über diesen Punct wörtlich das Folgende:

„Die Controlemittel anlangend, so sind von den Herren Landtags-Commissarien der Commitee „Grundzüge zu einem Zoll-Gesetze für die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz“ jedoch mit der Erklärung herausgegeben worden, daß dieselben nicht durch den Druck zu veröffentlichen seien und überhaupt weiteren Verhandlungen und Modificationen zu unterliegen hätten, und können wir dieselben deshalb eigentlich nur als ein uns hingegabenes Materiale betrachten.“

„Dieselben enthalten in drei Abtheilungen specielle Bestimmungen über die Erhebung des Zolls, über

die zur Beaufsichtigung und Erhebung des Zolls angeordneten Behörden und Controlevorschriften."

"Aus denselben gehet nun aber unverkennbar hervor, daß sie für einen ganz andern Zweck berechnet sind, als wozu, nach den früheren Vorlagen und Äußerungen der hohen Regierungen, die Einführung eines i. g. Grenzzolles dienen soll, nämlich zur Entfesselung des Handels von seinem materiellen und formellen Bedruck und zur Erlangung einer baaren Aufkunft, um dadurch den landesherrlichen und Communal=Cassen Ersatz für dasjenige zu gewähren, was durch die Aufhebung der Zölle, der Handelssteuer, der Rostocker Accise und des Wismarschen Licents u. s. w. ganz oder theilweise in Wegfall kommt."

"Diese Aufkunft soll erreicht werden durch einen an der Grenze zu erhebenden Zoll, welcher in Grundlage der vorausgeführten Grundsätze, nach einem zweckmäßigen Tarif nach dem Gewichte, von Eingangs=Gegenständen erhoben wird und in seinen möglichst wenigen Positionen durch seine Unbedeutendheit im Vergleich zum Werthe der Waare keinen Anreiz zur Defraude bietet. Von diesen Gesichtspuncten geleitet, sollte nur der größere Import zollbarer Waaren, nämlich die seewärts, auf sonstigen Wasserwegen, auf Eisenbahnen und Frachtstraßen eingehenden Waaren ergriffen, der kleine, namentlich der Grenz=Verkehr, aber unbeachtet gelassen werden, um nicht kostbare Grenzbeaufsichtigungs= und Controlemittel einführen zu müssen und das Publicum, insonderheit den Reiseverkehr, unnöthiger Weise zu belästigen. Es sollten hiernach die Zoll=Ämter in die Grenz=Städte verlegt und wo die Dertlichkeit es mit sich brächte, noch Neben-Zoll=Ämter auf Chaussees und Landstraßen eingerichtet, und es gesetzlich angeordnet werden, daß die Einführung zollbarer Waaren

in das Land, sobald sie ein gewisses, nach näherer Beschaffenheit des Gegenstandes zu normirendes Gewicht erreichten, nur über die Haupt- und respective Neben-Memter geschehen dürfe, ein Zuwiderhandeln gegen diese Vorschrift aber als Zolldefraude mit ernstlicher Strafe belegt werde."

"Diese Bestimmungen würden nicht nur dem Zwecke entsprechen, sondern auch zur Erreichung desselben genügend sein und kann es daher nur bedauert werden, daß die hohen Regierungen, im Widerspruch mit ihrer erklärten Absicht, Grundzüge zu dem proponirten Zollgesetz aufgestellt haben, worin Vorschriften zur Controlirung des Imports und zur Beaufsichtigung der Grenzen enthalten sind, welche, wenn sie zur practischen Ausführung kämen, mit Rücksicht auf die Größe Mecklenburgs und auf seine theilweise geographische Begrenzung, zum größten Bedruck seiner Einwohner gereichen und statt den Verkehr zu beleben, ihn lähmen, insbesondere aber auch durch den dazu nöthigen Kosten-Aufwand außer allem Verhältniß zu der dadurch möglicher Weise zu erreichenden größern Aufkunft aus dem Grenzzoll stehen würden, der Demoralisirung nicht einmal zu gedenken, zu welcher der größere Reiz zur Defraude, welcher durch Bedrückung des kleinen Verkehrs, insonderheit an den Grenzorten nothwendig hervorgerufen wird, führen dürfte."

"Nach unserer Ueberzeugung kann daher eine weitere Hineingehung auf diesen Gegenstand nur unter der ausdrücklichen Bedingung geschehen, daß die hohen Regierungen von den vorgelegten Grundzügen abstrahiren und auf die im Obigen entwickelten einfachen und von ihnen selbst bei den Verhandlungen wiederholt anerkannten und hingestellten Grundsätze zurückkehren, und wird eine bestimmte Zusicherung

hierüber, eine *conditio sine qua non* für die weitere ständische Hineingehung auf die landesherrliche Proposition sein müssen.“

Demgemäß wurde denn auch von der Commitee der Stände-Versammlung angerathen die Voraussetzung auszusprechen, daß die Controlemittel, in Gemäßheit der wiederholt von den hohen Regierungen ausgesprochenen Grundsätze über den Zweck des Grenzzolles und dessen Anwendung auf die zu treffenden Einrichtungen, so zu beschränken seien, wie in ihrem Berichte näher bezeichnet und als Bedingung hingestellt worden sei, womit man sich im Pleno schließlich einverstanden erklärte.

Diesem Beschlusse war indessen im Pleno eine sehr animirte Debatte vorangegangen. Was die Commitee über die aus den ihr *sub rosa* mitgetheilten „Grundzügen“ erkannten Absichten der Regierungen referirte, hatte dort lebhaftes Senstation erregt. Man verlangte die Verlesung des auf die Controlemäßigkeiten bezüglichen Abschnitts derselben, die, nach einigem Hin- und Herreden über die Schicklichkeitsfrage, denn auch geschah und woraus sich vollkommen bestätigte, was auch schon in dem Separatberichte der beiden dissentirenden Commitee-Mitglieder hervorgehoben war, daß von den Regierungen die nothdürftigen Controlem-Anstalten wirklich in Aussicht genommen waren. Insbesondere sollten, nach der regiminel- len Absicht, 25 Zoll-Kemter und 15 Neben-Kemter und Filiale errichtet werden, zollpflichtige und zollfreie verpackte Gegenstände sollten in der Regel nur während der Tagesstunden und nur auf einer der näher bezeichneten Zollstraßen ein- und durchgebracht werden; Reisende, welche keine zollpflichtigen Gegenstände bei sich führen, sollten zwar die Grenze an beliebigen Stellen passiren können, die Zollbeamten sollten aber befugt sein, nicht allein Frachtfuhren, sondern Kiepen- und Packenträger, Handfuhrwerke, Bauern- und sonstige Wirthschaftsfuhrwerke und auch als ledig angegebene Wagen anzuhalten. Von Reisenden, die in Wagen über die

Grenze eingegangen, sollte, wenn dringender Verdacht vorhanden, daß von ihnen die Anmeldung abgabepflichtiger Gegenstände unterlassen worden, jedoch nur innerhalb der ersten halben Meile landeinwärts von dem passirten Zoll-Unte ab, die Nachweisung der Verabgabung gefordert werden dürfen 2c. Obwohl alles dieses Dinge sind, die sich aus einer unbefangenen, richtigen Vorstellung des Grenzzoll-Projectes von selbst ergeben, so erregte doch die in der vorbeschriebenen Weise an den Tag gekommene Thatfache, daß von den Regierungen rechtzeitig daran gedacht worden, namentlich bei einem ansehnlichen Theile der ritterschaftlichen Mitglieder der Versammlung großen Unwillen. Aber nicht bloß die principiellen Gegner der landesherrlichen Propositionen, auch die Anhänger derselben waren betroffen, als das Project mit seinen nothwendigen Folgen in seinem wahren Lichte ihnen vor Augen trat. Denen, welchen es, selbst bei den überaus schwachen Aussichten auf weiteren Erfolg, dennoch um Vermeidung ständischer Ablehnung zu thun war, kostete es Mühe, den übeln Eindruck zu verwischen und die aufgeregten Gemüther durch den Hinweis auf den Committee-Vorschlag zu beruhigen, wonach das Eingehen in die Propositionen dadurch bedingt bliebe, daß die Regierungen von denjenigen, was sie zur Ausführung derselben als nothwendig erkannt hatten, abstrahirten.

Für die Beurtheilung der Sachlage, wie sich solche durch die jüngsten Landtags-Verhandlungen herausstellte, so wie der Erwartungen, welche darauf gebauet werden könnten, daß die Regierungen in den Landtags-Abchieden sich durch die Beschlüsse der Stände befriedigt aussprachen, erscheinen diese Vorgänge von erheblichem Interesse, indem sich die auf beiden Seiten vorherrschenden Dispositionen darin besonders klar gekennzeichnet finden. Beide blieben sich hier schroff gegenüberstehend und treten sachliche Momente nicht hervor, wodurch die Gegensätze für ausgeglichen angenommen werden könnten.

Insofern der ständische Beschluß nur auf Grund der beschwichtigenden Ausführungen in dem Committeeberichte zu Stande kam, bleibt das Gewicht desselben hiernach zu ponderiren. Die irrigen Voraussetzungen und Trugschlüsse dieser Ausführungen aber liegen am Tage. Es hieße der Würde der Regierungen zu nahe treten, wollte man annehmen, daß bei Mittheilung der vorerwähnten „Grundzüge“ an die Committee eine andere Absicht geleitet habe, als derselben eine Vorstellung zu geben von den Ansichten, wozu sie bei Prüfung der verschiedenen Vollzugs-Maßregeln gelangt waren, die eine Folge des projectirten Grenzzoll-Systems sein würden. Es war nicht etwa ein Actenstück, welches hier nur gelegentlich benutzt wurde, sondern eine eigends für diesen Zweck vorbereitete und gewiß sehr sorgfältig geprüfte Vorlage. Wie sehr man auch davon überzeugt sein mochte, daß die „Grundzüge“ in ihren Einzelheiten noch manchen Modificationen zu unterliegen haben würden, so wäre die Mittheilung doch sicher unterblieben, wenn die Regierungen nicht mit dem wesentlichen Inhalte derselben und der dabei grundlegend gemachten Tendenz einverstanden gewesen wären. Geradezu absurd wäre es anzunehmen, daß man durch die Vorführung schärferer, über das nothwendige Erforderniß hinausgehender Controle-Anstalten habe abschrecken wollen; viel motivirter steht die entgegengesetzte Ansicht da, daß die Regierungen, aus der sehr wohl begründeten Besorgniß vor Reclamationen, in den darauf bezüglichen Andeutungen alle Vorsicht gebraucht hatten und nicht über die Minimal-Grenze dessen, was nach ihrem Dafürhalten wirklich Noth that, hinausgegangen waren, wie denn auch die Empfehlung der Geheimhaltung des Communicats nur in jener Besorgniß begründet sein konnte. Völlig unbegründet und selbst verlegend erscheint demnach der Ausspruch der Committee, daß letztere für einen ganz andern Zweck berechnet war, als der sich durch den Stand der Verhandlungen bezeichnet fand. Die Committee mußte sich sagen, daß

es für die Modalität der Controlemittel völlig gleichgültig war, welche Verwendung die zu beschaffenden Geldmittel zu finden haben würden. Jene bestimmen sich lediglich durch den Betrag der Exigencien und die Natur des Abgabesystems, wodurch sie aufgebracht werden sollen und in ersterer Beziehung stand fest, daß allein für Mecklenburg-Schwerin jedenfalls eine Netto-Revenue von mehr als 300,000 Thlr. erforderlich werde, in letzterer nur, daß ein noch näher zu vereinbarendes Grenzzoll-System dazu das Mittel werden sollte. Die Modalität dieses Systems, von dem nur feststeht, daß es die beiden Großherzogthümer umfassen soll, und der demselben unterzulegende Tarif waren auf dem Landtage offene Fragen und sind es, wie wir gesehen haben, auch noch jetzt. Der zweckmäßige Tarif, einfach in seiner Construction und der Defraude keinen Reiz bietend, aus welchem die Commitee ihre Schlüsse zog, harpte noch seiner Geburt. Das Bild, welches sie dann weiter ausmalte von Beschränkung der Zollpflichtigkeit der Importationen auf gewisse Eingangs-Straßen und der Freilassung des übrigen Grenz- und des Reise-Verkehrs, von der Verlegung der Zoll-Ämter in die Grenzstädte, von den Straf-Ordnungen, wodurch die ausschließliche Einführung zollbarer Waaren auf den mit solchen Ämtern versehenen Zoll-Straßen zu bewirken, ruhete nur in ihrer Phantasie. Von den Regierungen war derartiges bis dahin Ständen nicht proponirt und noch viel weniger darüber etwas festgestellt. Mit Unrecht war daher auch den Regierungen der Vorwurf gemacht, daß sie durch die Aufstellung der „Grundzüge“ für die Ausführung des projectirten Zoll-Gesetzes mit ihrer erklärten Absicht in Widerspruch verfallen. Bei Vergleichung der frühern Verhandlungen von 1846, auf welche die Commitee in ihrem Berichte zur Motivirung ihrer Ansichten sich mehrfach bezog, mußte sie finden, daß damals von den Regierungen für ein analoges Project Controle-Vorschriften proponirt waren, welche den in die „Grundzüge“ aufgenommenen, von ihr urgirten

Bestimmungen so ähnlich sahen, als ein Ei dem andern. Nach dem Diarium vom 6. April 1859, welches den Landtags-Verhandlungen desselben Jahres zum Grunde lag, hatte zwar eine umständliche Besprechung über den Gegenstand statt gehabt; dieselbe war aber ohne Resultat geblieben und schließlich nur die regiminelle Absicht erklärt keinen Schutzoll, sondern einen Finanzoll zu errichten und die Zollsätze so niedrig zu stellen, daß der Neigung zur Defraude möglichst entgegen gewirkt werde und der Privat-Verkehr thunlichst unbelästigt bleibe; in der jüngsten Landtags-Proposition aber war der Controle-Mittel auch nicht weiter Erwähnung gethan, als daß der Reise-Verkehr dadurch nur in äußerst geringem Maße belästigt werden würde.

Ohne allen Zweifel waren denn auch die Regierungen bei der der Commitee mitgetheilten vorläufigen Zusammenstellung der Ausführungs-Bestimmungen von dem Bestreben geleitet, diese auf das wirklich Nothwendige und Unvermeidliche zu beschränken, in der gedoppelten Absicht, um einmal bei den Einrichtungs-, Verwaltungs- und Erhebungs-Kosten die möglichste Sparsamkeit eintreten zu lassen, dann aber auch um nicht nur den Reise-, sondern auch den Waaren-Verkehr nur in dem thunlich geringsten Maße zu belästigen. Dieses Bestreben aber findet in den Rücksichten, welche andererseits auf das Wesen des Steuer-Systems zu nehmen sind, zu dessen Handhabung die Veranstaltungen dienen sollen, eine unübersteigbare Grenze, wenn anders der finanzielle Zweck der Steuer gesichert und diese eine gerechte sein soll. Es ist einzuräumen, daß, wenn auch bei Weitem nicht die Summe, um welche es sich hier handelt, doch immer eine nicht unbeträchtliche Summe Geldes sich schon durch eine mäßige Besteuerung etwa mit 4 oder 8 Schill. pro Ctr. Brutto-Gewicht des land- und seewärts eingehenden eigentlichen Fracht-Verkehrs würde erheben lassen, mit völliger Freilassung alles übrigen Verkehrs, ohne besondere Controle-Anstalten und irgend welche kostspielige Apparate, ähnlich so wie

die Landzölle jetzt erhoben werden. Gleiche Erfolge wären von einem Steuergesetze zu erwarten, wie die Committee sich dasselbe ausmalte, wonach die gesetzliche Steuerpflicht ebenfalls nicht generalisirt, sondern auf die Fälle beschränkt würde, deren Controlirung der Steuerbehörde weniger unbequem fiele. Von einer so durchlöchernten Maßregel bis zu einer Anordnung, welche sich damit begnügte, etwa nur die durch die Eisenbahn oder den Seeweg vermittelten Importationen zu erfassen, wo die Gefälle der Steuerbehörde selbst im Schlafe nicht wohl entgehen könnten, wäre nur ein Schritt. Vor dergleichen an die Rohheit des Mittelalters erinnernden Institutionen bewahrt uns die Zeit, in welcher wir leben. Auch könnten sie die fiskalischen Zwecke, welche man bei dem vorliegenden Projecte verfolgt, nimmermehr erfüllen. Für die Beschaffung einer Geldsumme, welche die Besteuerung der Bevölkerung mit durchschnittlich mehr als einem halben Thaler pro Kopf involvirte, genügten sie unbezweifelnd nicht.

Hiefür kann, soll sie überhaupt durch die Erhebung eines Grenzzolls geschehen, immer nur ein modernes Mauthsystem sich brauchbar erweisen, und in der That ergiebt sich aus dem Verhandelten, daß von den Regierungen bisher auch nur ein solches beabsichtigt war. Dieses aber hat, seinem innersten Wesen nach, complicirte Anstalten zur Erhebung der Abgabe und scharfe, kostspielige Einrichtungen zur Verhütung der Umgehung zur nothwendigen Folge. Beide sind unvermeidlich, theils um die mit der Erhebung verbundenen Verkehrs-Störungen thunlichst zu mindern, theils um die Erfüllung des fiskalischen Zweckes der Maßregel zu sichern, theils aber auch vom Standpuncte der Gerechtigkeit aus und um den aus dem Steuer-Systeme für die Moralität der Steuerpflichtigen erwachsenden Gefahren entgegen zu wirken. Wo also die Staatsgewalt zur Einführung eines solchen Steuer-Systems schreitet, da ist es in der Ordnung, daß sie sich auch diesen Consequenzen desselben unterziehe.

Ob sie dabei einen bloßen Finanzzoll im Auge hat oder damit noch andere Zwecke verbindet, ist in dieser Hinsicht völlig gleich. Es ist nicht vernommen, daß England, seitdem es in seiner Zollgesetzgebung das Protectionssystem aufgehoben, die reglementairen Bestimmungen derselben wesentlich vereinfachte und die dadurch statuirten scharfen Controlen irgendwie relaxirte. Daß nun die Regierungen dessen, was sie in dieser Beziehung sich selbst und dem Lande schuldig sind, sich wohl bewußt blieben, davon geben die bisherigen Verhandlungen bis zu der Edition der oftberregten „Grundzüge“ vollständiges Zeugniß. Nach Allem, was von dem Inhalte derselben verlautete, ist es viel weniger wahrscheinlich, daß die darin vorgeschlagenen Einrichtungen Zwecks Erhebung und Controlirung des einzuführenden Grenzzolls, ohne Verstoß gegen unerläßliche Requisite, sich wesentlich würden mindern lassen, als daß weitere Prüfung, eventuell aber die Erfahrung noch eine Ausdehnung derselben als unumgänglich nothwendig darstellen würden. Ist auch einzuräumen, daß die Ausdehnung und Vollkommenheit der Erhebungs- und Control-Apparate einigermaßen von der Specialität des Tarifs und der Höhe der Zollsätze, welche beide erst im Werden begriffen sind, bedingt bleiben, so muß doch berücksichtigt werden, daß jede Concession, wozu man sich Zwecks Ersparung an den Einrichtungs-, Verwaltungs- und Erhebungs-Kosten oder auch zu Gunsten ungebundeneren Verkehrs bestimmt sehen möchte, nur auf Unkosten nicht bloß der finanziellen Ergebnisse des Steuergesetzes, sondern auch seiner Gerechtigkeit und seiner für die Moralität der Steuerpflichtigen gefahrlosen Anwendung zu erkaufen ist. Eine laxere Controle bei Erhebung eines Grenzzolls kann durch lokale oder andere besondere Umstände hie und da zur Nothwendigkeit werden, zur Empfehlung gereicht sie der Anstalt niemals und gerade der Handelsstand und diejenigen, von denen die Steuer in der Voraussetzung erhoben wird, daß sie dieselbe beim Verkauf der versteuerten Waare wieder

wahrzunehmen im Stande sein werden, sind es, welche in erster Linie dabei interessiren, daß jene Apparate so vollständig und vorsorglich, als nur irgend möglich, hergestellt werden. Wenn in der Debatte der Stände-Versammlung über die Controle-Mittel die Ansicht laut wurde, daß es für die Zollerhebung an der weitausgedehnten Grenzstrecke, welche Mecklenburg vom Zollverein scheidet, einer besonderen Beaufsichtigung des Verkehrs kaum bedürfen werde, weil die hier einer mäßigen Steuer zu unterwerfenden Waaren dort mit einer viel höheren Steuer belegt seien, so zeigt dies von Unkenntniß der verschiedensten Mittel, wodurch sich dessen unerachtet bei Einführung der Waaren über jene Grenzstrecken die Abgabe unschwer würde umgehen lassen. Auch wird es denjenigen, welche sich durch Vernachlässigung der Zollvereins-Grenze die Aufgabe erleichtern möchten, entgangen sein, daß es mit dieser Indolenz jedenfalls dann ein Ende haben müßte, wenn die im Zollverein seit lange schon beabsichtigte, jetzt in naher Aussicht stehende Steuer-Bonification auf exportirten Rüben-Zucker ins Leben getreten sein würde. Die Staatsgewalt würde offenbar ihren Verpflichtungen nur in höchst ungenügender Weise nachkommen, wenn sie sich darauf beschränkte, die Defraude mit scharfer Strafe zu belegen, ohne Veranstellungen zu treffen, daß derselben möglichst vorgebeugt werde. Das einfachste Mittel zur Schonung der Moralität der Steuerpflichtigen bleibt allerdings die in dem Committee-Bericht empfohlene Freilassung des s. g. kleinen Verkehrs und dadurch zu bewirkende Beschränkung der Steuerfälle selbst; was aber von diesem Auswege zu halten, wurde oben bereits bemerkt. Derselbe gleicht der Amputation eines Körpergliedes, dessen Beschädigung durch ein etwas unbequemes Medicament zu heilen wäre. Daß es eine arge Täuschung ist, wenn man meint, den Steuerfälen durch ihre moderate Normirung, ginge man damit auch bis auf die äußerste Grenze des Zulässigen herab, den Reiz zur Defraude zu nehmen, muß in dem colossalen Maßstabe, in welchem

die jetzt bestehenden Zölle und Accisen, um deren Aufhebung es sich handelt, umgangen werden, Jedem klar sein, der nicht abichtlich der Wahrheit das Auge verschließt.

So weit aber auch die Committee fehl griff, wenn sie die Unvermeidlichkeit umfänglicher Erhebungs-Anstalten und scharfer Controle-Mittel in Abrede stellte, so zutreffend beurtheilte sie die Inconvenienzen derselben, wenn sie diesen, mit Rücksicht auf die geographische Lage und den Umfang des Landes und seiner Grenzen, ein Gewicht beimaß, welches die möglicher Weise aus der Maßregel zu erzielenden Vortheile weithin überwiegen müßte. Damit richtete sie aber auch die Brauchbarkeit des Grenzzollsystems in seiner isolirten Anwendung auf die Mecklenburgischen Lande selbst!

Die Committee motivirte in ihrem Berichte endlich noch

8) die ständische Beschlußnahme,

daß durch die ständische verfassungsmäßige Concurrency bei der ursprünglichen Einrichtung und etwaigen künftigen Veränderung des an der Grenze zu erhebenden Zolls, sowie der Feststellung und Veränderung des Tarifs, der anzuordnenden Controle-Mittel in ihrem ganzen Umfange, imgleichen bei der Disposition über die, die Leistungen aus den Zollerträgen übersteigenden Aufkünfte, die verfassungsmäßigen Rechte der Stände zur Steuerbewilligung und was damit in Verbindung steht, zu wahren und sicher zu stellen seien,

wozu man in Pleno nichts zu bemerken fand und die in der That auch nichts weiter sagte, als was sich von selbst versteht, so lange die Verfassung in ihrem jetzigen Bestande verbleibt.

Eine weitere Frage, welche in den landesherrlichen Vorlagen nicht berührt war und — wie es im Landtags-Protokolle heißt — daher von der Committee nicht erörtert worden, über welche man aber ebenfalls im Voraus sich

entschließen zu müssen glaubte, war die, aus welchen Mitteln etwaige Ausfälle an dem berechneten Ertrag des Grenzzolls gedeckt werden sollten. Hierüber sprach sich die Stände-Versammlung dahin aus,

daß solche Ausfälle für den Schwerinischen Antheil aus der Receptur-Casse und für den Strelitzischen Antheil aus der Central-Steuerkasse um so mehr einzuweilen zu decken sein würden, als in diese Cassen auch die etwaigen Ueberschüsse fließen sollten. Werde für die demnächstige definitive Deckung nicht etwa ein anderer Modus auf verfassungsmäßigem Wege vereinbaret werden, so müsse für diese dann das Verhältniß nach der Terz zur Anwendung kommen.

Es ist dieser Punct wichtiger und hat die ständische Vorsicht für die bevorwortete Eventualität sicher einen tieferen Grund, als es vielleicht Manchem nur scheinen mag. Zuvörderst liegt die practische Bedeutung derselben sehr nahe, da mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß die Netto-Aufkünfte des projectirten Grenzzolls, besonders dann, wenn er mit den durch die ständischen Beschlüsse vorbedungenen Modificationen ins Leben treten sollte, sich bald als weithin unzureichend zeigen würden, um die darauf zu assignirenden Leistungen zu decken. Nach der bestehenden Verfassung, welche nur vertragsmäßige ständische Steuerleistungen, nicht aber eine allgemeine, dem jedesmaligen Bedürfnisse entsprechende Steuerpflicht der Stände und Unterthanen kennt, war also die aufgeworfene Frage vollkommen gerechtfertigt, obwohl das Interesse der landesherrlichen Cassen dabei stärker verfürte als dasjenige der Stände. Bei den commissarisch-deputatischen Verhandlungen vom 6. April 1859 seq. war regierungsseitig nur bemerkt, daß die beregten Ausfälle eventuell auf anderm Wege zu decken, die Landesherren indessen eventuell auch damit einverstanden sein würden, unter Verzicht auf eine ständischerseits dafür zu leistende Garantie, die Erträge des Grenzzolls auf ihre Gefahr, als reines Aequi-

valent für die aufgegebenen Erhebungen zu übernehmen, ein Ausweg, von dem es seitdem jedoch wieder stille geworden war und der auch unverkennbar für beide Theile gleich starke Bedenken in sich trug. Nun war von Anfang an, besonders aus der Mitte der Ritterschaft, unter den gegen das Grenzoll-Project erhobenen Einwendungen auch die Besorgniß geltend gemacht, daß, sobald die sicher zu erwartende Unzulänglichkeit der finanziellen Ergebnisse desselben zur That-
sache geworden, die gebieterische Nothwendigkeit eintreten werde, Zweck Aufbringung des fehlenden Bedarfs entweder die Zollsätze zu erhöhen und die Erhebungsweise zu schärfen oder aber, was sich voraussichtlich dann mehr empfehlen müßte, zum Anschluß an den Zollverein zu schreiten. Je begründeter diese Besorgniß war, desto stärker war auch eine Cautel angezeigt, welche über die besorglichen Consequenzen die Gemüther einigermaßen beruhigte. In diesem Sinne mußte ein ständischer Beschluß wirken, wonach eventuell die nöthigen Deckungsmittel provisorisch der Receptur-, respective Centralsteuer-Casse entnommen, definitiv aber nach dem Terz-Verhältnisse aufgebracht werden sollen, dafern hierüber nicht etwa ein Anderes vereinbaret werden möchte. Dabei wäre die befürchtete gefahrvolle Consequenz, wenn auch nicht völlig beseitigt, doch in den Hintergrund geschoben. Stände handelten in ihrem Rechte, wenn sie, bei Eintritt des vorgesehenen Falles, das Eingehen in andere Aufbringungs-Modalitäten, namentlich durch eine erweiterte und mehr gesicherte Anwendung des indirecten Steuersystems, verweigerten, ja, die ablehnende Erklärung eines Standes würde genügen, um die Anwendung des s. g. Terz-Verhältnisses für diesen Zweck zu permanisiren.

Nach der Natur der Verhältnisse, worüber man verhandelte, nach dem Character der Steuern, deren Ablösung oder Permutation in Frage stand, und nach dem Standpunkte, welcher für die hierbei in Betracht kommenden Beziehungen von den Regierungen, Ständen gegenüber, bis dahin zu allen

Zeiten fest behauptet wurde, hätte erwartet werden können, daß sie diesen ständischen Beschluß nicht unmonirt hinnehmen, weniger noch sich dadurch befriedigt äußern, sondern denselben auf das Entschiedenste zurückweisen würden. Welche hohe Meinung man auch von der finanziellen Productivität des projectirten Grenzzolls haben, wie geringe folgeweise auch die practische Bedeutung einer Feststellung über den Aufbringungs-Modus des eventuellen Supplements geschätzt werden mochte, principiell und des Bezugs wegen konnte die ständische Absicht als eine in den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen begründete niemals anerkannt werden, da dieselbe mit den grundgesetzlichen Normen für die Aufbringung der öffentlichen Bedürfnisse im manifesten Widerspruch stehet. Die landesherrlichen Erhebungen, welche aus den Aufkünften des Grenzzolls abgelöst werden sollen und um deren eventuelle anderweitige Deckung es sich hier handelt, bestehen zu weit überwiegendem Theile aus Leistungen, wodurch die verschiedenen ständischen Gebietstheile ihren subsidaircn Contributionspflichten zu den ordentlichen Staatslasten zu genügen haben, zu deren Uebertragung aus den Nutzungs- und Steuer-Revenüen der Domainen die Landesherren als principaliter verpflichtet dastehen. Es folgt hieraus, daß, wenn die Ablösung durch ein allgemeines indirectes Steuersystem erfolgt, wozu das Domanium gleich den übrigen Landestheilen herangezogen wird, hierin immer schon eine Anomalie, eine erhebliche landesherrliche Concession liegt, die sich jedoch insofern einigermaßen rechtfertigt, als auch das Domanium durch die jetzt bestehenden indirecten Steuern thatsächlich mit ergriffen wird; die directe Besteuerung desselben zu dem vorliegenden Zweck verstößt aber nicht allein gegen das Princip, sondern hat auch das Bedenken gegen sich, daß, soweit es Grundsteuern sind, diese die Landesherren, in ihrer grundherrlichen Qualität, zum allergrößten Theile selbst treffen, während die Domaniabewohner durch Personalsteuern zur ordentlichen Contribution auch schon vorausbelastet

sind. Somit könnte sich schon die Anwendung des außerordentlichen Contributions-Edicts oder, was dem gleich ist, die Verwendung der Aufkünfte der Receptur-Casse zu der fraglichen Ablösung niemals rechtfertigen; um Vieles anstößiger noch mußte aber das Zurückgreifen auf das Tertial-Quotensystem sein. Es hieße dies mit der Steuer-Gesetzgebung in Zeiten zurückgreifen, von denen wir durch andert-halb Jahrhunderte geschieden sind. Die Anwendbarkeit jenes ungereimten Systems, welches der weiland Minister von Dittmar den Quoten-Coup der Ritterschaft zu nennen pflegte, auf die Aufbringung der ordentlichen Landes-Contribution ward von den Regierungen stets bestritten und durch den Landes-Vergleich definitiv beseitigt. Für außerordentliche Contributionen blieb es darnach freilich noch im rechtlichen Bestande, bis die Beschlüsse des Convocationstags vom Jahre 1808 es auch dort beseitigten. Spätere Ansprüche der Ritterschaft auf Wiederbelebung des, mit einer vernünftigen Ordnung des Steuerwesens und mit den realen Verhältnissen unserer Zeit völlig unvereinbarlichen, die Interessen der Domänen und der Städte schwer verletzenden Systems für außerordentliche Aufbringungen führten zu dem bekannten Vergleiche vom 4. Oct. 1830; thatsächlich ist dasselbe, mit Ausnahme vorgekommener Priuzeugensteuern, im laufenden Jahrhundert nicht mehr zur Anwendung gekommen. Wenn nun Ständischerseits nichts Geringeres beabsichtigt wird, als dieses antiquirte System sogar als Supplementar-Modus für die Aufbringung eines Theils der ordentlichen Contribution wieder ins Leben zu rufen, ist zu glauben, daß die Regierungen einer solchen Clausel, unter welcher Stände in die landesherrlichen Propositionen einzugehen sich nur bereit finden ließen, jemals die Zustimmung ertheilen werden?

Freilich ergibt sich schon aus einer nähern Betrachtung der auf dem Landtage gepflogenen Verhandlungen eine Reihe

solcher Punkte, worüber unerachtet des durch den auf die ständische Erklärung erteilten Landtags=Abschied scheinbar bewirkten Einverständnisses, dennoch ein Zwiespalt der Ansichten und Voraussetzungen der verhandelnden Theile fortbesteht. Erhebliche Differenzen würden noch auszugleichen, große Schwierigkeiten noch zu überwinden sein, bis die projectirten Umgestaltungen im Steuer- und Zollwesen dahin gezeitigt sein würden, daß die vorbehaltene definitive ständische Beschlußnahme, wäre sie eine zustimmende, die Ausführung derselben zur Folge hätte. Zudem unterliegt es einigem Zweifel, ob die ständische Deputation, welche zunächst in der Sache wieder thätig werden soll, mit Einmüthigkeit eben dahin wirken werde, da auffallender Weise auch Stände=Mitglieder dazu gewählt wurden, die sich als principielle Gegner der landesherrlichen Propositionen sehr entschieden aussprachen, die auch als Männer von Einsicht und Charakter bekannt sind und denen nicht zuzumuthen ist, daß sie durch das, was auf dem Landtage in der Sache geschah, in ihren Ueberzeugungen wankend geworden sind oder gar diese gefangen zu nehmen gesonnen sein könnten. Indessen gesellen sich zu den Schwierigkeiten und Bedenken, welche sich in den Landtags=Verhandlungen aufdeckten, noch andere, welche dabei verhüllt blieben. Hiervon wird schließlich hier noch zu reden sein.

Die verhältnißmäßig sehr bedeutenden Einnahmen, welche Mecklenburg aus der Besteuerung des Durchgangs=Verkehrs theils auf der Elbe, theils auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn erhebt, bilden eine privativ landesherrliche Reventüe. Wenngleich durch internationale Verträge in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit, ihrem Abmaß und ihrer Erhebungsweise modificirt und eigentlichen Transitzöllen näher gebracht, stehen diese Gefälle doch nach ihrer geschichtlichen Entstehung den Landzöllen völlig gleich. Sie waren, wie diese letzteren, theils aus eigener grundherrlicher Machtfülle errichtete, theils durch kaiserliche Verleihung erworbene und bestätigte Passage-

Abgaben, in ihrem Ursprünge lediglich auf dem Geleitsrechte beruhend, vermöge dessen die Obrigkeit, den Reichsgelegen gemäß, den Reisenden, Fuhrleuten und Schiffern in den Geleitsstraßen Schutz zu gewähren, „auf Plackerein, verdächtige Reitereien und Räubereien ein fleißiges Einsehen haben sollte,“ hierfür aber eine Retribution in Anspruch nehmen durfte. Sie waren ein Accessorium der Nutzungen, welche die Landesherren aus ihrem Domänenbesitz bezogen und konnten schon darum niemals Gegenstand ständischer Bewilligung sein; Stände traten zu den landesherrlichen Zollgerechtsamen nur dadurch in Beziehung, daß sie die Gelegenheit ständischer Steuerbewilligungen zu benutzen verstanden, um die Landesherren zu verpflichten, in der Zollerhebung ein gewisses Maß inne zu halten und sich selbst gewisse Exemptionen auszubedingen. Dabei blieb, aus nahe liegenden Gründen, das Absehen der Stände nur auf die Fälle gerichtet, in denen sie selbst und ihre Angehörigen von den Zöllen getroffen wurden; sie bekümmerten sich wenig um die Zollbelastung anderer Staats-Angehöriger und ließen für die Fälle, in denen durch die Zollerleichterung nur Ausländer in ihrem Verkehr mit oder durch Mecklenburg beschwert waren, den Landesherren vollends freie Hand. Niemals redeten Stände in die Verträge ein, welche von den Landesherren über die Elbzölle mit auswärtigen Staaten errichtet wurden und wenn sie auf dem Convocationstage von 1843 Veranlassung nahmen, in Bezug auf die Revenüen aus der auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn statt der Landzölle vom Transit zu erhebenden Abgabe einen gewissen Vorbehalt zu stellen, so war es wiederum auch nur die den Ständen für das Zustandekommen der Eisenbahn abverlangte Geldhülfe, welche ihnen dazu Recht und Veranlassung gab.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Regierung und Ständen in Ansehung der Transitzölle sind auch heute noch nicht anders. Es findet darin keinerlei Gemeinsamkeit, Abrechnung oder Verhaftung unter ihnen statt. Wie es den

durch die Stände vertretenen Landeshaushalt unmittelbar überhaupt nicht berührte, als die Revenüen aus diesen Gerechtsamen im Laufe der letztverfloßenen vier Decennien sich sehr bedeutend vermehrten und dies demselben nur mittelbar in sofern zu Gute kam, als der landesherrliche Haushalt sich dadurch verbesserte und mit Hülfe der verfassungsmäßigen Steuerzuträge immer noch aufrecht erhalten werden konnte, so könnte auch im entgegengesetzten Falle, wenn nämlich durch irgendwelche Fügungen die Revenüen sich wieder minderten oder ganz in Wegfall kämen, von einer eigentlichen ständischen Ersatzpflicht, im staatsrechtlichen Sinne, nicht die Rede sein. So lange die Regierung nicht eine zeitgemäße Reform derjenigen Satzungen der bestehenden Verfassung selbst, woraus sich diese eigenthümlichen Verhältnisse consequent ergeben, d. h. die Einführung eines Budgetsystems, zum Gegenstand ihres Verlangens macht, wozu sie schon auf Grund des deutschen Bundesstaatsrechts unzweifelhaft befugt wäre, wird sie einen Ersatz für Verluste an Transitzoll-Einnahmen aus gemeinsamen Landesmitteln nur in soweit erwarten können, als guter Wille der Stände ihr dabei entgegen kommt. Zu diesem Entgegenkommen aber treiben Motive, welche an Gewicht gegen diejenigen kaum zurückstehen, die eine ständische Geneigtheit zur gemeinsamen Uebertragung der Ersatzmittel für die aufzuhebenden binnenländischen Zölle hervorriefen. Freilich unterscheiden sich beide, obwohl verfassungsmäßig gleichstehend, wesentlich darin, daß die Binnenzölle eine Steuerlast des Inlandes, die Transitzölle ein Tribut des Auslandes sind, daß ferner für die Beseitigung der ersteren zumeist nur inländische, für den Wegfall der letzteren zunächst nur auswärtige Interessen streiten, und daß endlich ein fünffacher Betrag der Summe, wodurch sich die landesherrliche Cassé für die Aufgabe der Binnenzoll-Erhebung entschädigt sähe, kaum hinausreichte, um sie den Verlust der Transit-Einnahmen verschmerzen zu lassen. Allein gerade dieses große pecuniäre Gewicht ist es, welches den Erwartungen der Regierung eine mächtige Stütze leiht, da es mit der gleichen Schwere, wie

es sie eventuell zu den Schritten hinzöge, welche die Sorge für Aufrechthaltung der Staats-Ordnung ihr zur Pflicht legte, auf die ständischen Dispositionen wirken und vorzüglich diejenigen, welche auf die wesentliche Erhaltung des bestehenden Verfassungswerkes Werth legen, zu milden Ansichten und zu Opfern geneigt stimmen müßte.

Bisher hat man sich um diese Frage wenig bekümmert, den Zeitpunkt, wo sie eine practische Bedeutung gewinnen möchte, als sehr fernliegend gedacht. In dem Diarium vom 6. April 1859 hieß es, daß der Eisenbahn-Transitzoll auf der Berlin-Hamburger Bahn bei der Verhandlung unerwähnt zu bleiben habe; der Elbzoll vom Transit blieb ebenfalls davon ausgeschlossen. Die landesherrlichen Vorlagen zum Landtage 1860 erwähnten den Gegenstand auch nicht besonders und der Committeebericht bewahrte darüber gleichfalls ein *altum silentium*. Gewiß auch stand es Ständen nicht zu, in dieser Materie landesherrlichen Rundgebungen vorzugreifen. Zwar hieß es in den Grundsätzen, wonach der den Ständen herausgegebene Tarif-Entwurf bearbeitet war, daß der Transit gänzlich frei und es gleich sein sollte, ob die Waare für fremde oder hüländische Rechnung transitire und fand man auf dem Landtage hiegegen nichts zu erinnern, obwohl der Grundsatz, so unbedingt hingestellt, mit der Absicht, Elbzölle und Eisenbahn-Zölle von transitirenden Gütern durch das neue Zollgesetz unberührt zu lassen, im offenen Widerspruch lag. Indessen ergab sich aus der gleichzeitig herausgegebenen Zusammenstellung der durch den Grenzzoll aufzubringenden Steuer- und Zollbeträge, daß an dieser Absicht nichts geändert war, da die landesherrlichen Erhebungen aus Transitgefällen darin nicht berücksichtigt waren und nichts zu der Vermuthung berechtigte, daß die Regierung hierauf zu verzichten Willens war. Es scheint vielmehr nur ein gewisses Zartgefühl abgehalten zu haben, an der Stelle, wo man sich für die Transit-Freiheit als Regel aussprach und damit die principielle Verwerflichkeit einer

Besteuerung des Durchgangs=Verkehrs anerkannte, gleichwohl den Fortbestand derselben in der einzigen Verkehrs=Richtung zu statuiren, wo sich dieselbe bisher als besonders lucrativ erwies und es wird angenommen werden dürfen, daß sowohl den landesherrlichen Propositionen als den darauf gefaßten ständischen Beschlüssen die Voraussetzung zum Grunde liegt, daß rücksichtlich der Zollerhebung von den auf der Elbe und der Berlin=Hamburger Eisenbahn transitirenden Gütern es lediglich bei dem Bisherigen das Bewenden behalte.

Hiegegen nun machen sich zunächst in Rücksicht auf die conventionell festgestellten Verhältnisse der Berlin=Hamburger Eisenbahn gewichtige Bedenken geltend. Es ist wahr, daß durch den hierauf bezüglichen Staats=Vertrag vom 8. November 1841 den Regierungen von Mecklenburg, Lauenburg und Lübeck=Hamburg die Berechtigung zur Erhebung der im Art. 21 bestimmten Durchgangs=Abgaben von den auf der Eisenbahn durch die verschiedenen Gebiete transitirenden Gegenständen, vorläufig bis zum 1. Januar 1868 stipulirt wurde, ohne im Uebrigen diese Regierungen in ihrer Zoll=gesetzgebung beschränkenden Bestimmungen zu unterwerfen. Allein es steht thatsächlich fest, daß ihnen die Erhebung der dort festgestellten Gefälle auch eben nur als Durchgangs=Abgabe zugestanden und daß Preussischerseits dies Zugeständniß nur nach langem Widerstreben, in besonderer Rücksicht auf die für die verschiedenen Territorien bestehenden, den Transit=Verkehr mit ergreifenden Zoll=Gesetzgebungen gemacht wurde. In Mecklenburg, in Lauenburg, im beiderstädtischen Gebiete, überall bestanden noch die alten, auch den Transit belastenden Landzölle mit zum Theil verhältnißmäßig hohen Sätzen. Eine Anwendung derselben auf den transitirenden Verkehr der Eisenbahn, welche allein in Mecklenburg vier Landzollgebiete durchschneidet, würde den Transit so gut wie prohibirt haben. Andererseits lag es in diesen Verhältnissen, daß der durchgehende Verkehr auf der Eisenbahn nicht von aller Abgabe befreit bleiben konnte, so lange nicht nur der Verkehr,

welcher sich in anderen Wegen zu Lande und zu Wasser durch die genannten Territorien in gleicher Richtung bewegte, sondern auch der Binnen-Verkehr daselbst zollpflichtig blieb. Dabei fiel allerdings für Mecklenburg und Lauenburg die Rücksicht auf den Elbzoll ganz besonders in's Gewicht. Nach langen Verhandlungen, welche zweifellos davon Zeugniß geben, daß die Sache von allen Seiten eben nur so, wie hier erwähnt, aufgefaßt wurde, vereinigte man sich endlich über die Bestimmungen im Art. 21 des Vertrags. Wenn nun aber in Mecklenburg der Landtransit in allen Verkehrs-Richtungen freigegeben würde, so zwar daß auch die zwischen der preussischen und lauenburgischen Grenze auf der Chaussee oder andern Parallelwegen durch's Land transitive Güter einem Zolle nicht mehr unterworfen würden, so fielen damit die factischen Voraussetzungen, welche der Mecklenburg tractatenmäßig zugestandenem Durchgangs-Abgabe zum Grunde lagen, zu einem wesentlichen Theile hinweg. Es würde eine Eventualität existent, an welche beim Abschluß des Vertrages sicher von keinem der Contrahenten gedacht ist. Dieses möchte indessen für die Forterhebung der Durchgangs-Abgabe auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn um deswillen weniger bedenklich sein, weil die Berechtigung zur Erhebung derselben im Vertrage selbst von dem Fortbestande jener factischen Verhältnisse nicht abhängig gestellt ist; es entstehen jedoch Zweifel, ob die Abgabe unter so veränderten Verhältnissen überhaupt noch den Character einer Durchgangs-Abgabe bewahren würde und nicht vielmehr unter den Gesichtspunct einer Besteuerung der Berlin-Hamburger Eisenbahn fiele, die nach der Stipulation im Art. 11 des Staats-Vertrags vom 8. November 1841 ausgeschlossen sein soll. Zur Beseitigung dieses Zweifels schlägt die Berufung auf die unabhängig von den Landtransit-Abgaben dastehenden Elbzölle nur wenig, da, abgesehen von andern Verschiedenheiten, welche die Analogie stören, die Verträge über den Elbzoll diesen nicht als Durchgangs-Abgabe, sondern als Schifffahrts-Abgabe caracte-

rifiren. Immer würde der Fall ohne Beispiel dastehen, wenn, bei sonstiger völliger Freilassung des Landtransits, die auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn transitirenden Güter mit der Abgabe belastet blieben und müßte sich die Gehäufigkeit der letztern in den Augen des Auslandes hiedurch aufs Aeußerste steigern. Als Dänemark sich zur Ablösung des Sundzolls entschloß und dadurch die See-Schiffahrt zwischen Nord- und Ostsee von dem Tribute entfreit wurde, wurde die gleichzeitige Aufhebung und respective Ermäßigung der mit dem Sundzoll correspondirenden Abgabe von dem landwärts in gleicher Richtung transitirenden Verkehr als eine Selbstfolge angesehen. Die bisherige Praxis kannte wohl Unterscheidungen in der Höhe der Durchgangs-Abgaben nach den verschiedenen Richtungen des Verkehrs oder nach der verschiedenen Beschaffenheit der Waaren, nicht aber Unterscheidungen in der Abgabepflichtigkeit derselben Waaren, in derselben Richtung, nach Verschiedenheit des Transportmittels. Selbst in Mecklenburg wurde nach Eröffnung der Berlin-Hamburger Eisenbahn bald die Nothwendigkeit erkannt, die höheren Landzoll-Abgaben von den auf der parallelen Chaussee transitirenden Gütern bis auf den Betrag der Eisenbahn-Durchgangsabgabe zu ermäßigen. Möchte aber auch die unveränderte Forterhebung der letztern vom Standpunkte des formellen Vertragsrechts aus sich rechtfertigen, eine Reihe materieller Gründe, welche sich gegen diese Intention geltend machen ließen, sind eben so wenig zu verkennen als die Umstände, welche insbesondere die Preussische Regierung zur thunlichen Ausbeutung derselben würden veranlassen müssen, klar zu Tage liegen.

Was dagegen den Elbzoll betrifft, so hindern die bezüglichen Vertrags-Verhältnisse zwar an und für sich Mecklenburg nicht, denselben bei Ausführung des Grenzzoll-Projects in der vertragsmäßigen Form und Höhe von den auf der Elbe passirenden Gütern auch dann zu erheben, wenn im Uebrigen völlige Transit-Zollfreiheit hergestellt oder

aber auch die Durchgangs-Abgabe auf der Eisenbahn noch beibehalten würde. Die Elbzoll-Verträge legen den Elbuferstaaten in Bezug auf die Regulirung anderer Abgaben, so fern solche nur nicht die Elbschiffahrt mit ergreifen, keinerlei Verpflichtungen oder Beschränkungen auf. Hierbei treten aber andere Rücksichten ein, welche allerdings auch wieder für die Beurtheilung jenes Projectes von erheblichem Einfluß sind, zumal bei dem engen Zusammenhange derselben mit den Verhältnissen der so eben besprochenen Eisenbahn-Durchgangs-Abgabe, deren finanzielle Bedeutung durch den Fortbestand der Mecklenburgischen Elbzölle in ihrer bisherigen Höhe wesentlich gestützt wird. Wie erheblich die landesherrliche Zollcasse hierbei interessirt, wird durch die Anmerkung klar, daß die ihr aus beiden Abgaben zufließende, durch Erhebungskosten nur höchst unbedeutend geschmälerte, Revenüe nicht unter durchschnittlich 300,000 Thaler geschätzt werden darf. Im Jahrgange Joh. 18^{56/57} erhob sich dieselbe sogar auf die Summe von 362,733 Thaler.

Es ist bekannt, daß die Elbzollfrage, wie sie Jahrhunderte hindurch Gegenstand des Streites und ärgerlicher Differenzen unter den Elb-Uferstaaten war, dies auch jetzt noch ist. Niemals standen sich darin die streitenden Theile schroffer gegenüber, als dies gegenwärtig der Fall ist. Wie aber die intensive Bedeutung der Streitfrage in Folge eines gewaltigen Umschwunges aller Verkehrs-Verhältnisse, des damit Schritt haltenden Wandels in den leitenden Ideen über handelspolitische Fragen und einer mächtigen Erstarkung der sich an die Prosperität der Elbschiffahrt und des Elbhandels knüpfenden Interessen, sich um Vieles steigerte, so erhöhte sich auch ihre extensive Tragweite. Sie wurde von einer particulären Angelegenheit der Uferstaaten, in welche allenfalls nur die Reichsgerichte mit ihren schleppenden und meistens erfolglosen Prozeduren vormals sich einzumischen Gelegenheit fanden, in Folge der durch große Völker-Verträge sanctionirten Principien über die Schiffahrts-Verhält-

nisse auf den f. g. conventionellen Strömen, zu einer europäischen Frage erhoben.

Eine erschöpfende Erörterung derselben wird hier nicht erwartet werden. Wer sich über die einschlagenden Verhältnisse, insbesondere auch über den Standpunct, welchen Mecklenburg bisher in der Streitsache einnahm, näher zu informieren wünscht, dem ist dazu durch die in dem „Mecklenburgischen Archiv für Landeskunde“, Jahrgang 1859 abgedruckte Abhandlung die Gelegenheit dargeboten. Noch ausführlichere Auskunft giebt darüber die Monographie über die Elbzölle, wovon unten noch weiter die Rede sein wird. Jene Abhandlung stellte zunächst die geschichtliche Entstehung der Verträge dar, worauf der Elbzoll in seinem gegenwärtigen rechtlichen Bestande beruht, so wie das Verhältniß dieser Verträge zu den Stipulationen der Wiener Congress-Acte vom Jahre 1815, die ihnen zum Grunde lagen. Unter Beibringung statistischer Nachweise, vergegenwärtigte sie sodann die Normative, wonach die Elbzölle, theils auf Grund der unter sämtlichen Uferstaaten bestehenden Verträge, theils nach damit vereinbarlichen administrativen Anordnungen einzelner Regierungen, zur Zeit wirklich erhoben werden. Daran schlossen sich Rückblicke auf die schon seit einer Reihe von Jahren gegen den vertragsmäßigen Bestand der Elbzölle gerichteten Angriffe und auf die über eine weitere Ermäßigung oder gänzliche Beseitigung derselben unter den theilhaftigen Regierungen bisher stattgehabten Verhandlungen und wurden die Disparität des Interesse der verschiedenen Elbuferstaaten an dieser Frage, so wie die thatsächlichen und rechtlichen Momente vorgeführt, welche bis dahin für und gegen dieselbe geltend zu machen versucht wurde, wobei denn auch die einwirkenden höheren politischen Verhältnisse nicht unbeachtet blieben. Hier wird es genügen, den Streitpunct selbst zu resumiren und an die Stellung zu erinnern, welche die Factoren des Streits zu demselben einnehmen.

Der Streit drehet sich in seinem Grunde um die Frage,

ob durch die, in Folge des Art. 5 des Pariser Friedens-
Tractats von 1814, in Bezug auf die Schifffahrts-Verhält-
nisse auf den conventionellen Strömen, in die Art. 108—116
der Wiener Congress-Acte von 1815 aufgenommene Stipu-
lationen, welche neben ihrer allgemeinen völkerrechtlichen
Verbindlichkeit auch noch speciell durch Bundesbeschluß vom
3. Aug. 1820 für die deutschen Bundesstaaten obligatorisch
gemacht wurden, es vorgesehen ist, daß auf jenen Strömen,
dem Interesse der Schifffahrt und des Handels entgegen,
keine andere und höhere Zölle, als zur Unterhaltung und
Verbesserung des Fahrwassers und der Schifffahrts-Anstalten
erforderlich, erhoben, die Schifffahrts-Abgaben also nicht zu
fiscalischen Zwecken ausgebeutet werden dürfen, und ob, falls
dem so wäre, jenen Stipulationen eine solche unverjährbare
Kraft beizuhöhen, daß dagegen eine Berufung auf später ab-
geschlossene Special-Verträge, welche den Uferstaaten an con-
ventionellen Strömen Rechte einräumten, die mit einer solchen
Absicht jener Stipulationen unvereinbar wären, rechtlich un-
statthaft ist. Durch die Elbschifffahrts-Acte vom 23. Juni
1821 und spätere additionelle Verträge räumten sich die
Uferstaaten gegenseitig in unwiderruflicher Weise Rechte
auf die Erhebung von Schifffahrts-Abgaben ein, die aller-
dings nach den gegenwärtig thatsächlich bestehenden Ver-
hältnissen mit der fraglichen Tendenz der Wiener Stipu-
lationen unbestreitbar im Widerspruch stehen, von welchen
Rechten jedoch factisch schon seit langer Zeit von den einzelnen
Uferstaaten in sehr verschiedenem Grade Gebrauch gemacht
wird. Nun behaupten, auf der einen Seite, Oesterreich, welches
schon seit 1850 alle Zollerhebung suspendirte, Preußen und
Sachsen, welche schon bisher die ihnen vertragsmäßig zu-
kommenden Zölle nur in einem Betrage erhoben, daß ihre
Verwendungen auf die Schiffbarerhaltung des Stromes da-
durch bei Weitem nicht gedeckt wurden, die Anhaltischen Regie-
rungen und Hamburg, welches letztere überhaupt nicht zollbe-
rechtigt ist, wie endlich auch Lübeck, soweit es wegen des Mit-

besitzes von Vergeborf zu dem Consortio der Uferstaaten gehört, daß zwar diese letzteren schon vermöge des Vorbehalts im Art. 30 der Elbschiffahrts-Acte, wonach Maßregeln, welche nach neuerer Erfahrung Handel und Schiffahrt ferner erleichtern könnten, in periodisch zusammentretenden s. g. Revisions-Commissionen berathen werden sollen, solchen Ermäßigungen der Zollsätze, welche im Interesse der Schiffahrt und des Handels für begründet zu halten, die Zustimmung zu ertheilen verpflichtet seien, daß aber diese Verpflichtung durch die Stipulationen der Wiener Congreß-Acte, denen durch die unter den Elbuferstaaten geschlossenen Special-Verträge niemals derogirt werden könne, über jeden Zweifel erhoben erscheine. Bestritten wird diese Argumentation, auf der andern Seite, von Mecklenburg, Hannover und Lauenburg, welche drei Staaten bisher nicht nur von ihren Elbzoll-Gerechtsamen zu finanziellen Zwecken ausgedehnten Gebrauch machten, sondern bei ihrem Widerspruch gegen die andererseits beantragten Zollermäßigungen sich auch durch Rücksichten auf der Elbschiffahrt fremde Verhältnisse (Eisenbahnen) leiten ließen; sie leiten aus den wegen der Elbe abgeschlossenen Special-Verträgen für jeden einzelnen Uferstaat das Recht der freiesten Zustimmung zu jeglicher Abänderung der Verträge her, halten an dem fiscalischen Charakter der Elbzölle fest und bestreiten ebensowohl, daß derselbe durch Absicht und Wortlaut der Wiener Stipulationen ausgeschlossen, als daß bei Beurtheilung der Sache überhaupt nur auf diese letzteren zurückzugehen sei, nachdem ihnen, soweit sie auf die Verhältnisse der Elbschiffahrt anwendbar, durch jene Special-Verträge vollständiger Vollzug gegeben.

Bei unbefangener Prüfung der rechtlichen und factischen Momente, welche bei Ventilirung der Streitfrage besonders zu den Protokollen der vierten Elbschiffahrts-Revisions-Commission umständlich dargelegt wurden, wird man dem Standpunkte, welchen Mecklenburg und mit ihm bisher auch noch Hannover und Lauenburg darin einnahmen, die Ge-

rechtigkeit widerfahren lassen, daß derselbe ein im formellen
 Rechte wohl begründeter ist. Lange behauptete auch die
 Mehrzahl übriger Elbuferstaaten, welche jetzt angriffsweise
 dagegen verfahren, ganz den nämlichen Standpunct und noch vor
 zwanzig Jahren würde kein Verständiger behauptet haben, daß
 demselben von dem Gesichtspuncte des deutschen Staatsrechts
 oder gar des europäischen Völkerrechts aus jemals eine ernst-
 liche Gefahr drohen könne. In soweit stand denn auch bis-
 her und stehet noch jetzt dem Verlangen nach einer entspre-
 chenden Entschädigung für die eventuelle Aufgabe werthvoller
 Gerechtsame die höchste Billigkeit zur Seite. Aber dieselbe
 unbefangene Prüfung führt auch zu der Erkenntniß, wie schwer
 in unseren Tagen jene Rechts- und diese Billigkeits-Gründe
 gegen die thatsächlichen Momente, welche für eine entgegen-
 gesetzte Tendenz streiten, zur Geltung zu bringen sind. Sie
 kann sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß durch
 die Special-Verträge Grundsätze sanctionirt und Rechtszu-
 stände geschaffen wurden, welche beide, so berechtigt sie zur
 Zeit ihrer Entstehung sein mochten, doch mit den Anschauungen
 und Verhältnissen der Gegenwart und mit sehr wichtigen durch
 diese empor getriebenen Interessen des Völkerlebens im crassen
 Widerspruche liegen. Sie erkennt, daß die höhere Macht,
 welche den Stipulationen der Wiener Congress-Acte, obwohl
 vielfach in wohlervorbenes Recht und historisch wohl be-
 gründete Besitztitel tief einschneidend, dennoch Kraft und
 Wirksamkeit lieh, mit der Signatur der Congress-Acte
 nicht zur ewigen Ruhe gegangen, sondern auch noch heute
 wirksam ist, Recht und Verus in Anspruch nehmend, über
 Sinn und Tragweite derselben sich selbst zu Gericht zu setzen,
 dann aber für Fragen der vorliegenden Art eine inappellable
 Instanz bildet. Und dabei entgeht ihr die Thatsache nicht,
 daß, wie schon bei früheren Veranlassungen, auch noch bei
 Gelegenheit der im Jahre 1858 in Paris abgehaltenen Con-
 ferenzen Zwecks Regulirung der Schifffahrts-Verhältnisse auf
 der Donau, von den europäischen Großmächten für die Inter-

pretation jener Stipulationen Principien aufgestellt wurden, welche in analoger Anwendung auf die Schifffahrts-Verhältnisse der Elbe Alles, was die Elbuferstaaten aus den hierüber unter sich aufgerichteten Verträgen als ihr gutes Recht erworben zu haben meinen könnten, wieder in Frage stellen müßten und den Argumenten, wodurch Mecklenburg sich in dem Besitz seiner Zollgerechtsame geschützt hält, die Spitze abbrechen.

Der regelmäßige Weg, in welchem die vorliegende Differenz, bei dem Fehlschlagen gütlicher Verhandlungen, unter den Elbuferstaaten selbst zu richterlichem Austrage zu bringen wäre, findet sich in den Art. 20 flg. der Wiener Schluß-Acte vom 15. Mai 1820 vorgezeichnet. Nach dem so eben Bemerkten liegt aber daneben ein europäischer Nachspruch über die Streitfragen, welche dieselbe in sich schließt, keineswegs außer dem Bereiche des Möglichen. Schon seit Jahren fehlte es nicht an Anzeichen einer vorherrschenden Neigung der Westmächte zur Intervention in die Verhältnisse der Elbschifffahrt und der Eclat, welchen im November 1858 der scharfe Abbruch der Verhandlungen der vierten Revisions-Commission hervorbrachte, begünstigte die Wiederholung eines Versuchs gütlicher Verständigung weniger, als er geeignet schien, jener Neigung Vorschub zu geben und die Erwartung herabzustimmen, daß einem solchen Vorhaben von Seiten der beiden deutschen Großmächte nachdrücklicher Widerstand geleistet werden würde. Das commercirende Publicum und die Presse, in lange gehegten Erwartungen abermals getäuscht, begannen von jener Zeit an mit lauter Stimme darauf zu provociren.

Bald darauf aber sah sich Europa durch politische Ereignisse überrascht, welche die Aufmerksamkeit der großen Cabinete dergestalt in Anspruch nahmen, daß die Elbzollfrage dagegen weit in den Hintergrund treten mußte. Der österreichisch-französische Krieg von 1859 schloß ein Zusammenwirken derselben aus und der Friedensschluß, welcher ihm ein vor-

läufiges Ziel setzte, klärte und beseitigte die gespannten Verhältnisse nicht, die ihn angefaßt hatten, sondern legte nur die Keime zu neuen Verwickelungen, die ihre schließliche Lösung, wie es scheint, doch nur wieder durch das Schwert werden finden können. Gleichzeitig und offenbar im Zusammenhange mit diesen Ereignissen begann aber auch Deutschland in seinem Innern durch politische Fragen von großer Tragweite bewegt zu werden. An eine Berufung auf die Mitwirkung des Bundestags zum Zwecke der austrägalgerichtlichen Erledigung der unter den Elbuferstaaten entstandenen Differenzen war unter solchen Umständen um so weniger zu denken, als die Gemeinsamkeit des Interesse, welches beide deutsche Großmächte zu gemeinsamen Schritten hier hätte vereinigen können, durch den Zwiespalt politischer Interessen von größerem Gewichte und die darauf zu nehmenden Rücksichten paralytisch dastand.

So erklärt es sich, daß seit dem kläglichen Ausgange der Verhandlungen der vierten Elbschiffahrts-Revisions-Commission die Elbzollfrage im officiellen Wege bisher nicht weiter ventilirt wurde. Freilich würde eine Wiederaufnahme dieser commissionellen Verhandlungen an sich wohl kaum auf Hindernisse gestoßen sein; wie aber Mecklenburg, Hannover und Dänemark, welche sich gegen die auf die Zölle gerichteten Angriffe in der Defensiv hielten, es nicht darum zu thun sein konnte, die Gelegenheit zu einer Erneuerung dieser Angriffe zu antecipiren, so mußten übrige Uferstaaten doch auch endlich die volle Ueberzeugung gewonnen haben, daß für ihre Absichten ein Erfolg davon allein nicht zu erwarten sein würde. Auch war von diesen Staaten, namentlich von Oesterreich und Preußen in den Erklärungen, wodurch sie den Abbruch der Commissions-Verhandlungen von 1858 herbeiführten, die Absicht auf Ergreifung anderweitiger Maßregeln zu stark betont, als daß sie ohne ihrer Würde zu vergeben die Wiederaufnahme von Verhandlungen hätten beantragen können, welche eine durchgreifende Herabsetzung der Elbzölle nicht

mehr gesichert hätten, als alle ihre Vorgänger. Wenn aber auch somit in den officiellen Vorschritten nach diesem Ziele eine momentane Pause eintrat, so fehlt es doch nicht an Thatfachen, welche überzeugend darthun, daß darum die vorliegende Frage nicht in Vergessenheit gerathen ist, sondern unaufhaltsam ihrer weiteren Entwicklung näher rückt.

Zunächst ist

1) die nachstehend bezeichnete, mit dem der Wiener Congressacte entnommenen Motto „Bei Feststellung der Flußzoll-Tarife wird man von dem Gesichtspuncte ausgehen, durch Erleichterung der Schifffahrt den Handel zu ermuntern“ erschienene Schrift:

„Die Elbzölle. Actenstücke und Nachweise 1814—1859. Nebst einer Einleitung über die Flußschifffahrtsbestimmungen der Wiener Congress-Acte und die Elbzollfrage. Leipzig, J. N. Brockhaus. 1860. LXII. und 377“

aller Beachtung werth, da das gesammte zur Beurtheilung der Elbzollfrage dienende Material bis dahin noch niemals in einer solchen Vollständigkeit zusammengestellt und der Oeffentlichkeit übergeben wurde, als dies hier geschehen ist. Die Schrift giebt nicht nur umständliche Nachweisungen von den Antecedentien der einschlagenden Stipulationen der Wiener Congress-Acte, von den begleitenden Umständen, wie solche zu Stande kamen und von der Anwendung, welche sie zur Regulirung der Schifffahrts-Verhältnisse auf den seitdem sogenannten conventionellen Strömen fanden, sie giebt auch eine klare Darstellung der Vorgänge und Ansichten, unter deren Einfluß die Elbschifffahrts-Acte zum Abschlusse gelangte. Sie theilt dann mit geschichtlicher Treue das Wesentliche aus den Verhandlungen mit, welche seit jenem Abschlusse bis in die jüngste Zeit über die Verhältnisse der Elbschifffahrt und ganz besonders über die Zollfrage gepflogen wurden und zu einigen additionellen Vereinbarungen führten, von dem Ziele einer Verständigung über die Hauptsache aber weit entfernt blieben. Sie legt die dabei

von den einzelnen Regierungen eingenommenen verschiedenen Stellungen durch wörtliche Protokoll-Auszüge offen dar, berichtet über die Stimmungen, welche sich in Bezug auf die Elbzölle durch die Organe des Handelsstandes und der Preussischen Landes-Vertretung in jüngster Zeit kund gaben und fügt schließlich noch eine Reihe statistischer Uebersichten bei, wodurch die hier in Betracht kommenden Verkehrs-Verhältnisse speciell veranschaulicht werden.

Die Schrift ist zwar anonym erschienen, die Anonymität aber durchsichtig genug gehalten, um in dem Verfasser die Person eines rühmlichst bekannten Statistikers und National-Deconomen zu erkennen, der an den in das letzte Jahrzehnt fallenden Commissions-Verhandlungen in der Sache persönlich Theil zu nehmen amtlich berufen war. Derselbe fasste seine Ansichten über die Sachlage in folgenden Sätzen zusammen:

- a) Es sei nachgewiesen, daß nach dem klaren Wortlaut und Sinn des Art. 5 des Pariser Friedens von 1814 und der Art. 108—116 der Wiener Congress-Acte es für die Uferstaaten an den conventionellen Strömen unverjährbare völkerrechtliche Verpflichtung sei, auf diesen nur mit Rücksicht auf Erleichterung der Schifffahrt Abgaben zu erheben, was selbstverständlich einen rein finanziellen Zweck und noch mehr die Benutzung derselben zur Verdrängung des Verkehrs vom Flusse auf die Eisenbahnen völlig ausschliesse und den Fortbestand der Flußzölle nur soweit rechtlich zulässig mache, als der Ertrag zur Verbesserung und Erhaltung der Leinpfade und des Fahrwassers erforderlich sei und verwendet werde.
- b) Gegen die Nichtigkeit und Verbindlichkeit dieses Principis sei es bisher nicht gelungen, rechtlich begründete Bedenken geltend zu machen, dasselbe sei vielmehr bei den zuletzt abgeschlossenen Schifffahrts-Reglements conventioneller Flüsse (des Po und der Donau) ohne

alle Einrede anerkannt worden und in allseitige Anwendung gekommen.

- c) Der conventionsmäßige volle Elbzoll betrage für die etwa 80 Meilen lange Strecke von Melnik nach Hamburg 33 Sgr. 11 Pfg. pro Centner und das Fahrwasser sei an vielen Stellen trotz der dort erhobenen hohen Zölle in einem sehr vernachlässigten Zustande. — Auf dem Rhein betrage gegenwärtig auf einer Strecke von etwa 100 Meilen der volle Tariffatz aufwärts 96,48 Centimes und niederwärts 73,99 Centimes pro Centner und werde dort für das Fahrwasser besser gesorgt, als auf der Elbe. — Die Weizerzölle seien seit dem Jahre 1854 gänzlich beseitigt. — Der Sundzoll, welcher für den Verkehr des nordöstlichen Deutschlands eine den Elbzöllen analoge Handelsbelastung abgegeben, habe seit 1857 aufgehört und die Prägravation des Elbverkehrs sei dadurch um so empfindlicher geworden.
- d) Die nicht allein im Tarif aufgeführten, sondern auch thatsächlich erhobenen Hannoverschen, Mecklenburgischen und Lauenburgischen Elbzölle betrügen für eine Strecke von 16 Meilen, für welche die Fracht an sich nur 2—3 Sgr. pr. Ctr. ausmache, 6 Sgr. 5 Pfg., so daß die Passagezölle die Fracht um mehr als 150% überstiegen. — Für den Verkehr zwischen Böhmen und Hamburg betrügen die thatsächlich erhobenen Elbzölle für normalzollpflichtige Güter 24 Sgr. 2 $\frac{1}{2}$ Pfg. pr. Ctr., mehr als das Doppelte der Fracht.
- e) Oesterreich und Preußen hätten es wiederholt und auf das Bestimmteste erklärt und unwiderleglich bewiesen, daß die gegenwärtige Elbzollerhebung ableiten Hannovers, Mecklenburgs und Dänemarks den völkerrechtlichen Bestimmungen der Wiener Congress-Acte und der durch die Elb-Acte übernommenen vertrags-

mäßigen Verpflichtung zuwider sei; diese Zollerhebung sei mithin für unrechtmäßig zu erachten.

- f) Es sei Sache der deutschen Großmächte, ihren wiederholten Erklärungen und Vorbehalten dieserhalb endlich Folge zu geben und andererseits könnten selbst die Regierungen, denen eine solche Verletzung bestehender völkerrechtlicher Grundsätze wiederholt nachgewiesen sei, bei unbefangener Erwägung ihrer Lage, die precaire Beibehaltung unrechtmäßiger Einnahmen um den Preis solcher Vorwürfe nicht wünschen.
- g) Den Großmächten stehe auch nach Abschluß der speciellen Schiffahrts-Acten die Befugniß zu, in den Fällen, wo die bestehenden Schiffahrts-Abgaben auf conventionellen Strömen die dafür festgestellten allgemeinen Grundsätze des Pariser Friedenstractats von 1814 und der Wiener Congreß-Acte verletzten, eine Abhülfe gegen solchen Mißbrauch zu verlangen und zu bewirken.

Der Verfasser meint, daß, wenn auch von dieser letztgedachten Befugniß in dem vorliegenden Falle bisher kein Gebrauch gemacht sei, die Sache jetzt doch anders liege. Nachdem durch das beharrliche Verhalten der hannoverschen und der mecklenburgischen Regierung, nicht nur in Betreff der Anerkennung ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen, sondern auch gegen äußerst moderate Vermittelungs-Anträge der großen Mehrzahl der Uferstaaten, ein völlig resultatloser Abbruch der vierten Elb-Revisions-Commission herbeigeführt worden, nachdem es offenkundig sei, daß von den beiden deutschen Großmächten, welche den Pariser Frieden von 1814 und die Wiener Congreß-Acte mit unterzeichneten, wiederholt und unumwunden erklärt sei, es liege in der Fortdauer der bestehenden Elbzoll-Verhältnisse eine unzweifelhafte Verletzung jener Verträge, nachdem endlich das Rechtsbewußtsein unserer Zeit sich mehr und mehr dagegen erklärt habe, daß eine Belastung des Verkehrs fremder Staaten mittels Passagezölle, welche ohne

entsprechende Gegenleistung zum Besten der Schifffahrt, auf den vorbeischießenden gemeinschaftlichen Strömen erhoben werden, länger geduldet werde, und deshalb von der öffentlichen Meinung dringend gefordert werde, daß dergleichen mittelalterliche Tributerhebungen, so weit sie in anerkannten Verträgen begründet, unter billigen Bedingungen abgelöst, dafern sie aber keine solche Verträge für sich, vielmehr die gewichtigsten völkerrechtlichen Stipulationen gegen sich hätten, ohne Weiteres aufgehoben würden, — nachdem dies Alles geschehen, möchte doch die Eventualität einer Reclamation Seitens der fremden Großmächte gegen Aufrechthaltung der jetzigen unrechtmäßigen, den Handel aller Nationen beeinträchtigenden Elbzoll-Verhältnisse nicht außer Acht zu lassen sein.

Gewiß lassen sich gegen die Prämisse dieser ganzen Argumentation, wonach den jetzt bestehenden Elbzoll-Verhältnissen die legale Begründung, den Uferstaaten ein vertragsmäßiges Recht auf die Wahrung derselben ab erkannt ist, vom Standpunkte des formellen Rechts aus gewichtvolle Einwendungen erheben. Das Völkerrecht lehrt, daß die unter den Staaten unwiderruflich geschlossenen Verträge, wozu die Elb-Acte zweifellos gehört, auch dann, wenn veränderte Verhältnisse sie dem einen oder dem andern Theile lästig machen, heilig zu halten, nicht aber nach Convenienz zu brechen sind. Wie auch wäre es denkbar, daß Mecklenburg, Hannover und Lauenburg gegen das immer von Neuem wiederholte Verlangen übriger Uferstaaten ihren Widerspruch bisher hätten aufrecht halten können, wenn die Gründe des Rechts, worauf sie ihn stützten, nicht auch der Gegenseite imponirt hätten. Darin aber hat der Verfasser Recht, daß die Ideen, welche seiner Argumentation zum Grunde liegen, nicht nur diejenigen sind, welche in jetziger Zeit die Menge beherrschen, sondern auch vollkommen mit den klar an den Tag gelegten Principien der großen Cabinette harmoniren, in deren Händen die Geschicke Europa's ruhen. Die Geschichte der jüngst verlebten Tage ist wohl geeignet, darüber die Augen zu öffnen, wie

es mit der doctrinairen Interpretation völkerrechtlicher Stipulationen in einer Zeit, wo die thatsächlichen Voraussetzungen, worauf sie beruheten, sich völlig veränderten, wo sich von dem, was im internationalen Verkehr civilisirte Staaten einander schuldig sind, neue Begriffe bildeten und die Machtfülle der Leiter der europäischen Politik ihnen Anerkennung verschaffte, ein gar mißliches Ding ist. Die Schrift fiel auf einen so empfänglichen Boden, daß es ein vergebliches Bemühen hätte bleiben müssen, den Eindruck, welchen sie machte, durch Ausstellungen an der juridischen Folgerichtigkeit ihrer Conclusionen abzumäßen zu wollen.

Dieser Eindruck erstreckte sich aber selbst über die Grenzen Deutschlands hinaus. In der seit 1860 in Paris erscheinenden Zeitschrift: „Le monde commercial. Revue industrielle, commerciale, maritime et de jurisprudence,“ welche sich bekannter tüchtiger Mitarbeiter und offenbar auch officieller Unterstützung zu erfreuen hat, findet sich in der am 20. November 1860 herausgegebenen Lieferung pag. 165—185 ein ausführlicher Artikel über die Elbzollfrage vom Grafen de Kergolan, worin, bei Mittheilung eines Résumé's unserer Schrift, auch die Stellung Frankreichs zu dieser Angelegenheit besprochen wird. Es heißt hierüber pag. 173: „Die nicht-deutschen Großmächte sind augenscheinlich, als Unterzeichner der Wiener Acte, bis zu einem gewissen Grade autorisirt, ihren Einfluß bei der Regulirung solcher Fragen geltend zu machen und sie haben bei einer ganz neuen Veranlassung gezeigt, in welchem Sinne sie dies verstehen, als es nämlich sich darum handelte, in Folge des Pariser Friedens die Freiheit der Donau-Schiffahrt zu organisiren. Innerhalb welcher Grenzen soll sich dieser Einfluß äußern? Welche Form soll ihre Intervention annehmen? Es würde eine gewagte Interpretation sein, im Voraus und in gewissermaßen theoretischer Weise anzugeben, wie die Elbzollfrage in den Lauf der allgemeinen politischen Ereignisse sich hineingezogen finden kann; es genügt hier darauf aufmerksam zu machen, daß diese An-

gelegenheit denselben nicht fremd ist und daß, wenn eines Tages eine der europäischen Großmächte glauben wird, der passende Zeitpunkt sei gekommen, diese wichtige Sache in die Hand zu nehmen, sie für solche Einmischung nicht allein ein Nützlichkeits-Motiv, sondern auch ein Recht wird geltend machen können." — Dann weiter pag. 183: „Frankreich, welches bis jetzt nur schwache Handels-Interessen an der Elbe hat und dessen Handel mit Hamburg kaum ein Zehnthel des Handels dieser Stadt mit England beträgt, könnte doch in Zukunft die Befreiung der Elbe benutzen, um einen größern Verkehr und einen ausgedehnten Producten-Austausch mit dem Herzen Deutschlands und selbst mit Rußland herzustellen u. — Was uns für den Augenblick ein Interesse für die Elbzollfrage einflößen muß, das liegt hauptsächlich in dem ganz allgemeinen Interesse, das jede handeltreibende große Nation an Allem finden muß, was die Tendenz hat durch Verbesserung der Communicationen und Transporte die Territorien der verschiedenen Staaten immer enger unter sich zu verbinden.“ Endlich pag. 185: „Zu welcher Zeit und in Mitte welcher allgemeinen Lage von Europa kommt jetzt eine einfache Flußschiffahrtsfrage zur Sprache, um in- und außerhalb Deutschlands Leidenschaften anzufachen, die mehr und mehr dem Character von politischen Leidenschaften gleichkommen. Für die betreffenden kleinern Staaten liegt hierin Stoff zum Nachdenken. Mehr als alle andern haben gerade sie in diesem Augenblick ein großes Interesse daran, keinerlei Grund noch Vorwand zu geben, um ihr Auftreten, ihre Wirksamkeit, ihr Bestehen als Hindernisse für die allgemeinen Fortschritte der Wohlfahrt der Bevölkerungen erscheinen zu lassen. — Es handelt sich hier für sie um etwas mehr als einen Budget-Posten oder die bessere Rentabilität ihrer Eisenbahnen.“

Wenn Ansichten, wie sie so eben wieder gegeben wurden, in Frankreich bei angesehenen Publicisten Eingang fanden, so ist schon darnach zu ermessen, um wie viel mehr in Eng-

Land, wo ein ungleich näheres und stärkeres Interesse an dem Elbhandel vormaltet, die öffentliche Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit zugewandt sein wird. Auch ist noch unvergessen, daß, als im Jahre 1858 das britische Parlament einen außerordentlichen Ausschuß zur Untersuchung der Stader Zollfrage eingesetzt hatte, dieser auch die oberelbischen Zölle in die Erörterung zog und dem Gouvernement, auf Grund der Wiener Verträge, die Befugniß beimaß, eine Herabsetzung der, wie es hieß, enormen Höhe derselben zu verlangen. In Ermägung solcher Stimmungen und Thatsachen läßt sich die Ansicht nicht wohl unterdrücken, daß, wenn dennoch eine Einmischung der Westmächte in die Elbzollfrage bisher nicht erfolgte, dies lediglich dem Umstande beizumessen ist, daß ihnen, gegenüber der allgemeinen politischen Lage Europas, der Zeitpunkt dazu ungelegen erscheinen mußte.

Offenbar ist es auch dieser selbe Umstand, welcher

2) die Erledigung der so eben schon beregten Stader Zollfrage weiter hinausrückte, als vermuthet werden mußte, nachdem im Jahre 1858 die britische Regierung in solcher Richtung die ersten Schritte gegen Hannover that, worin sie sich auch von anderen Seiten, namentlich durch die Drohung des belgischen Gouvernements, eventuell die hannoversche Flagge von der Erstattung des Scheldezolles auszuschließen, unterstützt sah.

Erst seit wenigen Monaten sind die bezüglichen Verhandlungen dahin gediehen, daß, insofern die Haupt-Interessenten, Hannover, Hamburg und England über die Bedingungen einig sind, die vollständige Ablösung des Stader Zolles als gesichert angenommen werden darf.

Nach demjenigen, was darüber bekannt geworden, wird die Ablösung in der Weise geschehen, daß Hannover der zu jährlich 200,000 Thlr. angenommene $15\frac{1}{2}$ jährige Ertrag des Zolles als Capital-Entschädigung gezahlt wird, zu welcher Zahlung England ein Drittheil, Hamburg ebenfalls ein Drittheil und die übrigen theilhaftigen Staaten in einem noch

näher zu vereinbarenden Verhältnisse das letzte Drittheil zu contribuiren hätten; und zwar soll die Aufhebung des Zolls auch schon dann geschehen, wenn auch nur die Zahlung von $\frac{1}{4}$ dieses letzten Drittheils gesichert wäre. Die hannoversche Regierung wird sich hierbei in ziemlich gleichem Verhältnisse, als Dänemark bei der Sundzoll-Ablösung, entschädigt sehen.

Wenn man zurückblickt auf die viel höheren Prätionen, welche Hannover lange Zeit hindurch festhielt, so leuchtet es ein, wie auch diese Regierung inzwischen zu der Einsicht gelangte, daß nach dem heutigen Stande der Dinge in Angelegenheiten der vorliegenden Art in die Gelegenheit zu sehen und auf althergebrachte Gerechtsame, wie wohl verbrieft sie auch sein mögen, nicht allzusehr zu trogen ist. Der Rechtstitel, worauf sie den Staderzoll bisher erhob, ist demjenigen, worauf die oberelbischen Zölle beruhen, vollkommen ebenbürtig. Freilich hatte Hannover sich lange gegen die Einmischung übriger Elbuferstaaten in die Verhältnisse dieses Zolles gesträubt, indem es demselben den Character eines Seezolles vindicirte, der den nur die Flußschiffahrt berührenden Stipulationen der Wiener Congress-Acte überhaupt nicht unterzöglich sei. Trat es endlich von dieser Behauptung zurück, so geschah dies offenbar um deswillen, weil es sich durch eine conventionelle Feststellung der Zollerhebung in dem Besitze derselben gegen Ansprüchen dritter Staaten, woran es schon damals nicht fehlte, besser geschützt glaubte. Die darauf im Jahre 1844 unter den Elbuferstaaten abgeschlossene Dresdener Uebereinkunft, wodurch allerdings mehr Ordnung in die Erhebung des Zolles gebracht, derselbe auch in einigen Positionen ermäßigt wurde, hatte auch die Folge, daß die britische Regierung zu jener Zeit sich dabei beruhigte und sich mittels kündbaren Vertrages den Consequenzen jener Uebereinkunft unterwarf. Gewonnen war jedoch hierdurch für den Fortbestand der Zollerhebung nur eine Galgenfrist. Als England, nach gekündigtem Vertrage, seine Angriffe

erneuerte, blieben es doch die Wiener Stipulationen, die es sich hierbei zur Stütze dienen ließ.

Die Bedenken, welche sich aus diesem Präcedenz rücksichtlich der oberelbischen Zölle ergeben, liegen überaus nahe. Mag auch insbesondere der britische Handel bei dem Stader Zolle stärker interessirt sein, so kann doch nicht verkannt werden, daß der Druck, welchen die oberelbischen Zölle auf Handel und Schifffahrt ausüben, im Allgemeinen ein ungleich stärkerer ist. Ganz fehlsam aber wäre es, daraus, daß der Stader Zoll jetzt durch Ablösung beseitiget wird, die Folgerung zu ziehen, daß eine gleiche Operation auch für die Aufhebung oder Herabsetzung übriger Elbzölle anwendbar sein werde. Abgesehen davon, daß durch die Convention von 1844 der Stader Zoll in seiner damals vereinbarten concreten Gestalt für alle Zeiten fest bestimmt wurde, während man der Elb-Acte Clauseln hinzufügte, welche nachfolgende Abänderungen und Ermäßigungen des Tarifs, wie solche denn auch mehrfach eintraten, von vorneherein in Aussicht stellten, ergeben sich noch andere wesentliche Verschiedenheiten. Bei Ablösung des Stader Zolls, der nur die seewärts importirten Waaren trifft, steht Hannover als allein empfangsberechtigter Factor da und bietet die Ermittlung der zahlungspflichtigen Factoren nach Maßgabe ihres größeren oder geringeren Interesses zur Sache nicht übermäßige Schwierigkeiten dar; für eine Ablösung der übrigen Elbzölle, wenn sie nach einer bestimmten Regel erfolgen sollte, würden diese Schwierigkeiten nach der Natur der Verhältnisse selbst fast unüberwindlich sein. Es genügt daran zu erinnern, daß mit Ausnahme Hamburgs, alle Elbuferstaaten zur Zollerhebung berechtigt sind und daß diejenigen unter ihnen, deren Gerechtsame am Weitesten gehen, davon factisch nur den geringsten Gebrauch machten. Mit einer Ablösung der Zollrechte könnte demnach denjenigen Uferstaaten, welche dafür eine Entschädigung erwarten, nicht gebient sein, weil außer Hamburg kein Uferstaat dazu beitragspflichtig erscheinen und

schwerlich dritte Staaten sich dazu herbeilassen würden. Sollte aber die Ablösung in der Art bewirkt werden, daß die Entschädigung nur für den Verlust der factisch bisher wirklich erhobenen Zollerträge gewährt würde, so führte dies dahin, daß diejenigen Uferstaaten, welche die ausgedehntesten Zollrechte selbst besitzen, und durch den Nichtgebrauch derselben es bewirkten, daß die Schifffahrt nicht zu Grunde ging, nicht nur diese, ihre eigenen Rechte zu opfern, sondern auch die Entschädigung der minder berechtigten zu übertragen hätten für den Verlust von Einnahmen, deren Realisation sie hauptsächlich doch nur der Begünstigung verdanken, welche erstgedachte Staaten durch den Nichtgebrauch ihrer Rechte der Schifffahrt zu Theil werden ließen.

Ein anderer Vorgang, der ebenfalls für die Elbzollfrage ein erhebliches Interesse darbietet, ist

3) die jüngsthin erfolgte weitere Herabsetzung der Rheinschifffahrts-Abgaben.

Das Reglement und der Tarif für den Rhein-Detroi wurden bekanntlich von den Wiener Congressmächten selbst in extenso festgestellt, der Congress-Acte als integrierender Theil in einer Anlage hinzugefügt und als norme approximative für die Regulirung der Schifffahrts-Abgaben auf andern conventionellen Strömen ausdrücklich empfohlen. Es war dadurch in authentischer Form constatirt, daß das Reglement in dieser seiner primitiven Gestalt dem Geiste und der Absicht der congressactlichen Stipulationen entsprach und da Abänderungen desselben auch nicht anders als unter Zustimmung sämmtlicher theilhaftigen Staaten eintreten sollten, deren Interessen an der Abgabe sich sehr durchkreuzten, so mußte es als gegen Angriffe und Anträge auf weitere Erleichterung der Schifffahrt ganz besonders sicher gestellt angesehen werden. Dennoch fehlte es weder an solchen Angriffen, noch auch diesen der Erfolg. War ursprünglich die Abgabe in der Bergfahrt zu 2 Frs., in der Thalfahrt zu 1 Frs. 33 Cent. pro Ctr. bestimmt und in der Rheinschiff-

fahrts-Akte vom Jahre 1831 sogar dieselbe noch einigermaßen erhöht; so wurde sie doch schon seit 1851 durch Uebereinkunft sämtlicher Rhein-Uferstaaten bis auf die oben sub 1, c angegebenen Beträge herabgesetzt. Der Inhalt der unlängst in Karlsruhe abgeschlossenen weiteren Uebereinkunft ist freilich seinem vollen Umfange nach noch nicht bekannt; bekannt ist aber, daß, wenngleich Preußen mit seinen auf gänzliche Aufhebung der Rheinzölle gerichteten Anträgen nicht durchdrang, man sich doch über sehr bedeutende Ermäßigungen verständigte, so zwar, daß die noch bleibende Abgabe auf wahre Minimalbeträge zurückgeführt erscheint. Sind die Angaben öffentlicher Blätter richtig, so werden nur die bisherigen Recognitions-Gebühren und Holzzölle im Bestande verbleiben, im Uebrigen aber künftig Preußen, Baiern und Baden in der Berg- und Thalfahrt nur ein Zehnthel, Hessen und Nassau in der Bergfahrt ein Sechstheil des conventionsmäßigen Zollsatzes erheben. Verhält sich die Sache so, wie kaum zu bezweifeln, so käme dies in der Wirkung einer Aufhebung der Zölle ziemlich nahe, zumal gleichzeitig Einrichtungen verabredet sind, womit die mit der Entrichtung der Abgabe verbundenen Nachtheile an Zeitverlust zc. auf das möglich geringste Maß zurückgeführt werden. Allemal ist soviel gewiß, daß der künftige Ertrag der Rheinzölle die auf die Unterhaltung der Schiffbarkeit des Stromes zu machenden Verwendungen nicht übersteigen wird.

Daß in diesem Vorgange die Agitation gegen die Elbzölle neue Nahrung finden wird, ist einleuchtend. Derselbe greift in seinen Wirkungen aber noch weiter.

Schon seit Jahren wurde im Zollverein die Idee einer gänzlichen Aufhebung aller Durchgangs-Abgaben verfolgt, insbesondere auch von Preußen und Hannover sehr dringend befürwortet. Die Maßregel konnte jedoch nicht zur Ausführung kommen, weil die Badische Regierung ihre Zustimmung von der gleichzeitigen Regulirung der Rheinzollfrage abhängig stellte und diese auf sich warten ließ. Jetzt, nach-

dem letztere erfolgt ist, stehet fest, daß alle zollvereinsländische Durchgangs-Abgaben, so wie die Ausgangs-Abgabe, welche statt derselben in gewissen Fällen zu erheben ist, vom 1. März 1861 an fallen werden. Freilich hielten sich dieselben schon bisher meistens in einer so moderaten Höhe, daß sie kaum anders als für eine Controle-Gebühr angesehen werden konnten; indessen wurden von dem Transitverkehr, welcher sich in paralleler Richtung mit dem Elbcourse durch das zollvereinsländische Gebiet bewegt, immer noch $3\frac{1}{2}$ Sgr. pro Ctr. erhoben. Wie nun diese Maßregel den fortschreitenden Uebergang des Zollvereins zu einer liberaleren Handelspolitik von Neuem documentirt, so berührt sie die Stellung, welche Mecklenburg mit seinen Transitzöllen zu demselben einnimmt, in mehr als einer Beziehung. Wenn sich gegen Mecklenburg, wegen seiner verhältnißmäßig hohen Besteuerung des Durchgangs-Verkehrs, schon bisher eine allgemeine Mißstimmung kund gab, so muß diese voraussichtlich sich steigern, sobald es so ziemlich als der einzige deutsche Staat dastehen wird, welcher noch an einer solchen Quelle des öffentlichen Einkommens festhält. Dürfte bisher noch, für den Fall des Beitritts des Landes zum Zollverein, die Erwartung gehegt werden, daß ihm in Rücksicht auf die damit wegfallenden Sonder-Einnahmen aus Transitgefällen, bei Vertheilung der zollvereinsländischen Durchgangs-Abgaben ein Präcipuum zugebilligt werden möchte, so ist auch diese Aussicht jetzt verschwunden. Waren die Mecklenburgischen Transitzölle schon bisher der Preussischen Regierung ein Dorn im Auge, so wird sie das Bestreben, dieselben zu beseitigen oder doch in ihren Wirkungen zu paralyßiren, zweifellos von dem Augenblick an verdoppeln, wo sie ein Verkehrssystem zur Geltung zu bringen bemühet ist, welches dadurch in seiner Entwicklung beeinträchtigt wird und wo der Einwand, daß ähnliche Abgaben auch noch im Preussischen Staate beständen, nicht mehr zuträfe. Von dem Augenblicke an, wo der von und nach der Nordsee durch das zoll-

vereinsländische Gebiet transitirende Verkehr in allen andern Richtungen, namentlich auf dem linken Ufer der Elbe, sich völlig abgabefrei bewegt, wird es begreiflich der Preussischen Regierung doppelt darum zu thun sein, daß dieser selbe Verkehr nicht gerade auf denjenigen Hauptstraßen (Elbe und Berlin-Hamburger-Eisenbahn), welche denselben in nächster Richtung dem Preussischen Gebiete zuzuführen bestimmt sind, durch außerhalb des Vereins stehende Staaten mit Abgaben belastet bleibe.

Nebenher erscheinen diese Vorkommenheiten auch wohl geeignet, die Stütze zu schwächen, welche Mecklenburg in seiner Opposition gegen die Elbzoll-Reduction bisher noch an der dänischen und der hannoverschen Regierung fand. Dänemark ist seit Ablösung des Sundzolls, wodurch sein Transitoll-System durchlöchert ward, in seinen schon früher manifestirten Dispositionen zu ziemlich weit gehenden Ermäßigungen der Elbzölle nur noch mehr bestärkt und wurde bei den Verhandlungen der vierten Elbschiffahrts-Revisions-Commission zum Beharren in der oppositionellen Stellung sichtbar nur durch die Haltung Hannovers und Mecklenburgs bestimmt. Im dänischen Reichsrathe fand sogar die Aufgabe aller Durchgangs-Abgaben schon seit Jahren warme Fürsprache. Der Finanzpunct fällt da weniger in's Gewicht und gerade die Rücksicht auf die bestehenden politischen Zerwürfnisse läßt die Regierung nicht ungerne anderweitig die Hand zu solchen Schritten bieten, welche dahin wirken können, die Stimmung in Deutschland zu versöhnen. Was aber Hannover betrifft, so finden sich die wahrscheinlichen Rückwirkungen der Aufhebung des Stader Zolls und der zollvereinsländischen Durchgangs-Abgabe auf seine fernere Haltung in der Elbzollfrage noch näher angezeigt und lassen auch andere Vorgänge erkennen, daß es, seines küstenländischen Berufes und der Rücksichten, welche es daraus dem Binnenlande schuldigt, mehr und mehr bewußt, nur den geeigneten Zeitpunkt erwartet, wo es zu

einer den Wünschen des Binnenlandes entsprechende Regulirung derselben die Hand würde bieten können.

Unermähnt ist ferner hier nicht zu lassen, daß auch

- 4) der f. g. volkswirthschaftliche Congress, welcher im Monat September 1859 in Frankfurt a. M. und 1860 um dieselbe Zeit in Köln tagte, nicht verfehlte, sich mit der vorliegenden Materie angelegentlich zu beschäftigen. Derselbe verschrift in seiner letzten Zusammenkunft, worin auch mehrere deutsche Regierungen amtlich vertreten waren, zu folgender Resolution:

„Im Anschluß an die Resolution des zweiten volkswirthschaftlichen Congresses vom 13. Sept. 1859, worin die volkswirthschaftliche und finanzielle Verantwortlichkeit der Durchfuhr-Abgabe und Flußzölle nachdrücklich ausgesprochen wurde, erklärt der gegenwärtige volkswirthschaftliche Congress in Bezug auf die diesmal speciell zur Sprache gebrachte Belastung des Verkehrs auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn namentlich durch die mecklenburgischen Transitzölle, daß diese in Betracht ihrer verhältnißmäßig ganz exorbitanten Höhe um so unzuträglicher erscheint, und trifft derselbe Vorwurf die mit den vorerwähnten Landabgaben in genauerem Zusammenhange stehenden Elbzölle zwischen Wittenberge und Hamburg, so wie die übrigen Hamburgischen, Lübecker, Mecklenburgischen und Dänischen Eisenbahn-Transitzölle.“

Ohne die Bedeutung von dergleichen in freien Zusammenkünften gefaßten Beschlüssen, wobei Rücksichten, welche von den Regierungen auf bestehende rechtliche und factische Verhältnisse zu nehmen sind, nur zu leicht unbeachtet bleiben, irgendwie zu überschätzen, wird man doch einräumen müssen, daß in dem vorliegenden Falle dadurch Ansichten ausgesprochen wurden, welche nicht nur dem intelligenteren Theil des deutschen Volkes, sondern auch der großen Mehrzahl

deutscher Regierungen wirklich zu eigen sind. Allemal liegt darin ein Fingerzeig, über welchen Regierungen, welche davon getroffen werden, sich nicht mehr in Selbstgenügsamkeit sorglos hinwegsetzen dürfen, da die Zeiten, wo eine Regierung in handelspolitischen Fragen sich nur durch domestikale Rücksichten leiten zu lassen hatte und hierin von den herrschenden Ansichten und Interessen der übrigen Welt unabhängig dastand, der Vergangenheit angehören.

Ähnliches gilt

- 5) von der am 24. Oct. 1860 zu Magdeburg stattgehabten Conferenz der Handelsvorstände der Städte Altona, Berlin, Dresden, Halle, Hamburg, Harburg, Leipzig, Magdeburg und Prag.

Die Magdeburger Kaufmannschaft hatte zu dieser gemeinschaftlichen Verathung über die Mittel und Wege, wodurch dem Drucke der Elbschiffahrt und des Elbhandels abzuhelpen sein würde, die Veranlassung gegeben und dazu mittels einer ausführlichen Denkschrift eingeladen, wozu das Material größtentheils der oben sub 1, besprochenen Schrift entnommen war, die aber daneben sich in arge Schmähungen gegen die Regierungen erging, welche sich bisher nicht bewegen ließen, ihre finanziellen Interessen denjenigen der Elbschiffahrt unterzuordnen. Man ersieht aus dem Protokolle der Conferenz, an welcher sich Mitglieder der vorgenannten Handelsvorstände zahlreich theilgenommen hatten, daß dieselbe nach umständlicher Verathung einmüthig zu Resolutionen gelangte, welche den Elbuferstaaten alle Berechtigung abspachen, die Schiffahrt mit höheren Abgaben zu belegen, als zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrwassers und der Leinpfade erforderlich, die Dringlichkeit der Erleichterung der Schiffahrt und des Handels sowohl durch eine entsprechende Zollregulirung als durch Verbesserung der Schiffbarkeit des Stromes in den grellsten Farben darstellten, die theilgenommenen Regierungen ermahnten, zur Ver-

meidung an sich berechtigter Intervention auswärtiger Staaten, unverzüglich dahin geeignete Vorkehr zu treffen und schließlich die versammelten Handelsvorstände verpflichteten, in diesem Sinne bei ihren respectiven Regierungen ohne Unterlaß so lange Vorstellung zu machen, bis der Zweck erreicht sein werde.

Dies letztere ist seitdem geschehen. Die Anträge werden an die Regierungen von Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover und Hamburg gelangt und dort, mit Ausnahme von Hannover, auf Dispositionen getroffen sein, welche mit den Ansichten und Wünschen der Antragsteller im Wesentlichen harmoniren und schon seit lange, wenngleich ohne Erfolg, sich Geltung zu verschaffen suchten. Aber auch selbst die Hannoversche Regierung nahm die Anträge, wie aus der dem Handelsstande zu Harburg darauf ertheilten Antwort erhellt, in einer Weise auf, die keinen Zweifel ließ, daß sie dieselben ernstlich zu berücksichtigen gesonnen sei. Reicht der politische Einfluß Hamburgs auch nicht weit, so fallen doch seine commercielle Bedeutung und der Werth, den Deutschland darauf zu legen hat, sie zu stützen, so wie das Ansehen, welches es vermöge derselben auch in den Augen der nichtdeutschen Großmächte genießt, desto schwerer ins Gewicht. In Sachsen fanden die Anträge bereits auch in den Kammern die wärmste Vertretung. In Oesterreich mögen augenblicklich brennendere Fragen die Regierung noch von einem entschiedeneren Vorgehen in der Sache zurückhalten; was aber Preußen betrifft, so darf daran erinnert werden, daß von den Ältesten der Magdeburger Kaufmannschaft beiden Häusern des Landtags schon in der Session von 1859 dringende Petitionen zu Gunsten der Aufhebung oder doch mindestens einer bedeutenden Ermäßigung der Elbzölle übergeben waren, die dort lebhafteste Unterstützung fanden und der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurden, nachdem letztere, hiermit einverstanden, hatte erklären lassen, daß sie an der Ueberzeugung von der auf Seite der renitirenden Uferstaaten be-

stehenden rechtlichen Verpflichtung zu solcher Ermäßigung fortwährend festhalte, auch die Mittel zu besigen glaube, diese Ansicht zur Geltung zu bringen und somit dem Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Jetzt eben, bei Eröffnung des Landtags, fand sich in der Thronrede selbst die Chorde wieder berührt und in der darauf votirten Adresse des Hauses der Abgeordneten das Vertrauen ausgesprochen, daß die Regierung fortfahren werde, den Grundsatz der freien Flußschiffahrt kräftigt zu vertreten. Alle Vermuthung streitet dafür, daß der Preussische Landtag sich auch noch weiter in der Sache rühren werde. Von allen Seiten gedrängt und selbst von der Nothwendigkeit weiteren Vorschreitens in der Sache überzeugt, wird die königliche Regierung darin nicht länger inactiv bleiben dürfen. Die Action aber, welche nach gegenwärtiger Sachlage nur stattnehmig erscheint, wird eine andere sein, als sich solche in den bisherigen Verhandlungen offenbarte. Mit abermaliger Zusammenkunft einer Revisionscommission könnte ihr kaum gedient sein, falls der Erfolg derselben nicht anderweitig im Voraus für gesichert anzunehmen wäre. Wie schwer sich auch die Wege beurtheilen lassen, welche Preußen wird betreten mögen, um den Verkehr zwischen Hamburg und seinen östlichen Provinzen von fremdländischen Transit-Abgaben zu befreien, so leicht erkennbar sind doch die Umstände, welche es zu irgendwelchen Maßregeln zwingen, die dahin führen müßten.

Endlich ist hier noch

- 6) einer neueren Vorkommenheit zu gedenken, die das Vertrauen erschüttern mußte, mit welchem bis dahin einem etwaigen rechtlichen Austrage der vorliegenden Differenz von Seiten derjenigen Staaten entgegen gesehen werden durfte, die sich die Elbzölle noch fernerhin als Staatsrevenüe dienstbar erhalten möchten und Abänderungen der bestehenden Elbverträge auch aus ihrem rein finanziellen Interesse ein vollgültiges Veto entgegenstellen zu können vermeinten.

7*

Nach der Wiener Schlußacte von 1820 wäre eventuell die richterliche Determination der Streitsache in der Weise zu bewirken, daß, nachdem dieselbe an den Bundestag gebracht wäre und, falls Vergleichs-Verhandlungen bei letzterem keinen Erfolg hätten, ein oberster deutscher Gerichtshof zu beauftragen wäre, darin Recht zu sprechen. Einer der wesentlichsten Punkte, worauf sich die richterliche Entscheidung stützen müßte, würde aber eben die Frage sein, ob nach dem Geiste und dem Wortlaute der Stipulationen der Wiener Congreßacte auf den s. g. conventionellen Strömen Schifffahrts-Abgaben wirklich nur in soweit bestehen sollen, als der Ertrag derselben für die Unterhaltung und Verbesserung der Leinpfade und des Fahrwassers erforderlich ist. Von einer Bejahung dieser Frage läge dann der Schluß nicht gar ferne auf die unheilbare Richtigkeit solcher Bestimmungen der Elbverträge, welche die Anwendung des völkerrechtlich festgestellten Princips auf den Elbstrom hindern.

Unter den Gründen, welche für die Verneinung der Frage und für die Aufsicht streiten, daß beim Abschlusse der Congreß-Acte das fragliche Princip nicht leitend, sondern der Fortbestand von Schifffahrts-Abgaben zu fiscalischen Zwecken mindestens nicht als unbedingt unzulässig angesehen war, steht die Thatfache obenan, daß gewisse auf den Rhein-Schifffahrts-Detroi angewiesene Renten auch nach der Congreß-Acte ausdrücklich darauf permanent fundirt blieben. Der Rhein-Schifffahrts-Detroi war eine Schöpfung des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803 und hatte wesentlich den Zweck, durch Abgaben von der Rheinschifffahrt die Geldmittel zu beschaffen, welche sich erforderlich zeigten, um einer großen Anzahl geistlicher und weltlicher Reichsstände für verlorene Gebietstheile oder andere Rechte eine Entschädigung zu gewähren, die ihnen dann in Renten, theils principaliter, theils nur subsidiarisch, falls andere zunächst dazu bestimmte Revenüen nicht ausreichten, auf den Detroi angewiesen wurden. Die ganze Institution, deren

Mobilität in einer mit Frankreich im Jahre 1804 abgeschlossenen Convention die nähere Feststellung fand, lief daher von Hause aus auf Revenüen-Gewinn hinaus. Ein Theil der Rentenansprüche wurde demnächst abgelöst, ein anderer und zwar der größere Theil erlosch in Folge späterer politischer Ereignisse; diejenigen directen und subsidiarischen Renten-Ansprüche aber, welche zur Zeit des Wiener Congresses noch validirten, wurden nicht nur durch den Art. 28 des der Congressacte angehängten Rhein-Schiffahrts-Reglements, mit speciellen Vorschriften über die Zahlungsweise, als auf den Detroi fernerhin angewiesen bestätigt, sondern auch durch das erste Alinea im Art. 15 der deutschen Bundesacte in dieser Gestalt noch besonders garantirt. Unzweifelhaft war hierdurch von den Congressmächten selbst die Benutzung der Schiffahrts-Abgaben zu Finanzzwecken als mit den von ihnen für die Regulirung dieser Abgaben aufgestellten Principien vereinbar thatsächlich und urkundlich anerkannt.

Von den solchergestalt garantirten subsidiarischen Rheindetroi-Renten hatte die freie Stadt Frankfurt nicht unbedeutende Summen von den ursprünglich berechtigten Personen durch Cession erworben und hatte dieselbe nach vergeblichen Versuchen, die verpflichteten Rheinuferstaaten (Preußen, Baiern, Baden, Hessen und Nassau) zur Zahlung zu bestimmen, endlich die Rechtshülfe der deutschen Bundes-Versammlung angerufen, welche, nach mißlungenem Vermittelungs-Versuche, im Jahre 1854 dem Königl. Hannoverschen Oberappellationsgerichte zu Celle, als Austrägal-Gericht, die Entscheidung in der Streitsache übertrug. In dem, nach weiter instruirter Sache, am 12. Juli 1860 verkündigten Urtheile dieses Gerichtshofes sind nun die von der freien Stadt Frankfurt erhobenen Ansprüche in der Hauptsache als im Rechte wohl begründet anerkannt und folgeweise die beklagten Uferstaaten zur Zahlung sehr beträchtlicher Summen, soweit sich aus der vorbehaltenen Liquidation der Ueberflüsse der von ihnen seit 1817 erhobenen Rheinschiffahrts-

Abgaben die Mittel dazu ergeben würden, für schuldig erkannt. Hiernach könnte es scheinen, daß auch das Oberappellations-Gericht zu Celle die Rechtmäßigkeit der Benutzung der Schifffahrts-Abgaben auf conventionellen Flüssen als Finanzquelle habe anerkennen wollen; aus dem Urtheil vorangeschickten Entscheidungs-Gründen ergibt sich jedoch das Gegentheil, indem es darin (Seite 87 des in Hannover bei C. Kümpler erschienenen Abdrucks) wörtlich heißt:

„Nach dem Pariser Frieden sollte an die Stelle des Bisherigen Neues mit völlig neuer Grundlage treten, ein Abgabensystem, nicht um Mittel für Entschädigungen zu erlangen, auch nicht um als Finanzquelle zu dienen, denn die Grundsätze sollten die dem Handelsinteresse aller Völker günstigsten sein, was, wie es auch mehrfach auf dem Wiener Congresse ausgesprochen ward, vollständig nur dann durchgeführt wurde, wenn der Betrag der Abgaben durch den der Kosten für die der Schifffahrt nützlichen Einrichtungen bestimmt ward. Die Grundlage sollte nicht die Convention vom Jahre 1804 zwischen Frankreich und Deutschland in Verbindung mit dem Reichsdeputations-Hauptschlusse, sondern die Acte eines europäischen Congresses sein.“

Aus dieser Betrachtung, wozu die Erwägung der Frage, ob auch Frankreich als Rheinuferstaat zur Mitübertragung der Renten für verpflichtet zu halten, die nähere Veranlassung darbot, ergibt sich klar, daß das Austrägal-Gericht, obwohl es auf Grund der bestehenden Verhältnisse Rentenansprüche, die nur durch Abgaben von der Rheinschifffahrt zu befriedigen waren, aufrecht hielt, diese Verhältnisse mit ihren Consequenzen, trotzdem daß sie von den Wiener Congressmächten selbst approbirt waren, soweit dabei finanzielle Zwecke verfolgt wurden, mit den in der Congressacte generell aufgestellten Principien und mit der freilich sehr allgemein lau-

tenden Bestimmung im Art. 5 des Pariser Friedens von 1814, die ihnen zur Grundlage diene, nicht übereinstimmend befand. Es stimmt diese Ansicht mit derjenigen überein, welche auch schon bei den Pariser Conferenzen vom Jahre 1858 über die Donauschiffahrts-Verhältnisse ausgesprochen wurde, daß nämlich bei entstehendem Zweifel über die richtige Auslegung der Wiener Stipulationen nur an dem Grundgedanken des so eben erwähnten Art. 5 festzuhalten sei, — *de régler les droits à lever par les états riverains de la manière la plus égale et la plus favorable au commerce de toutes les nations.* Ein Streit über die Höhe der bestehenden Rheinschiffahrts-Abgaben, über die Rechtmäßigkeit der Erhebung derselben und die Verpflichtung der Uferstaaten zu deren Ermäßigung, ähnlich der Differenz, welche bei der Elbzollfrage zum Austrag zu bringen wäre, lag dem Gerichtshofe zur Entscheidung nicht vor und ist somit durch die allegirte Aeußerung ein eigentliches rechtliches Präjudiz zwar nicht statuirt; ganz unzweideutig giebt aber doch dieselbe zu erkennen, von welchen Dispositionen man den Gerichtshof präoccupirt finden würde, wenn die letztgedachte Frage ihm, als Austrägal-Gerichte, zur Cognition und Entscheidung unterbreitet werden möchte. Diese Dispositionen aber sind diejenigen, welche durch die ganze Richtung der Zeit eingegeben werden und es ist eben darum unwahrscheinlich, daß irgend eine andere oberste Gerichtsstelle, welche in der Sache Recht zu sprechen hätte, milder und der Stellung, welche von den an dem finanziellen Character der Flußzölle festhalten den Regierungen eingenommen wird, günstiger gestimmt sein würde. Undenkbar bleibt es sonach nicht mehr, daß von den ihnen gegenüberstehenden Regierungen selbst in dem durch das Bundesstaatsrecht vorgezeichneten Prozeßwege Erfolge zu erstreiten sein würden, welche jene Stellung unhaltbar machten.

Zu verkennen ist dieses auch nicht, daß durch die Art und Weise, wie die Wiener Stipulationen rücksichtlich der

Elbschiffahrts-Verhältnisse Vollzug erhielten, dasjenige nachhaltig nicht erzielt wurde, was ohne allen Zweifel in der Absicht des Art. 5 des Pariser Vertrages lag und folgeweise auch durch jene Stipulationen nur bezweckt war. Der Fehler lag darin, daß letztere es zuließen, daß hierüber unter den Uferstaaten Verträge aufgerichtet wurden, deren spätere Abänderung von der freien Zustimmung jedes einzelnen Uferstaates abhängig bleiben sollte, während doch die Verhältnisse, worauf sich die Verträge bezogen, dem Wandel der Zeit unterworfen blieben. Welchen colossalen Umschwung die Verkehrs-Verhältnisse nachfolgend erfahren sollten, ahneten die Congressmächte nicht. So gewiß es ist, daß es nicht in ihrer Absicht lag, die Benutzung der Flußzölle zu finanziellen Zwecken auszuschließen, in soweit dieselbe nach den damaligen Umständen bis zu einem gewissen Grade mit der den Schiffahrts-Interessen zu widmenden Rücksichten vereinbar gehalten werden durften, so gewiß ist es, daß es niemals von ihnen beabsichtigt war, Zustände völkerrechtlich zu legalisiren, wie sich solche rücksichtlich der Zollbelastung des Elbverkehrs im Laufe der Zeit hervorgebildet haben und in den darüber unwiderrüßlich abgeschlossenen Special-Verträgen als rechtlich begründet angesehen werden können. Daß die rechtlichen Consequenzen dieser Verträge mit dem principalen Zwecke der Wiener Stipulationen heutigen Tages thatsächlich im Widerspruche stehen, ist unbestreitbar und eben dieses läßt es zweifelhaft erscheinen, nach welcher Seite hin das richterliche Arbitrium sich neigen würde, wenn dasselbe zur Schlichtung der Streitfrage angernsen werden sollte.

Wie man aber auch über die einzelnen im Vorstehenden besprochenen Momente denken mag, gewiß läßt sich aus ihnen in ihrem Zusammenhange die Folgerung ziehen, daß, wenn gleich die formellen Verhandlungen über die Elbzollfrage seit nunmehr zwei Jahren ruheten, dieselbe dennoch ihrer Lösung merklich näher getragen ist. Man ersieht daraus, daß selbst inmitten der gespanntesten politischen Verhältnisse

die allgemeinste Aufmerksamkeit ihr zugewandt blieb und wird das Bestreben, die Elbe, den letzten conventionellen Strom Europas, der sie noch trägt, von einer fiskalischen Zwecken dienenden Zollbelastung zu befreien, nicht erkalten, wie sich auch jene Verhältnisse weiter entwickeln mögen. Durch welche Mittel dieses Ziel auch weiter verfolgt werden mag, die Macht aller dahin mitwirkender Verhältnisse ist zu groß, als daß sie den in vereinzelt dastehenden Interessen begründeten Widerstand, welche Rechtstitel ihnen auch zur Seite stehen mögen, nicht besiegen müßte. Am Aergsten täuschen sich aber sicher diejenigen, welche dagegen etwas mit der Einrede auszurichten vermeinen, daß Mecklenburg nach seiner Verfassung und seinem darin begründeten staatswirthschaftlichen Systeme der Einnahmen aus den Transitzöllen nicht wohl entbehren könne, oder auch Sympathien für dasselbe durch Vorhaltung der geschichtlichen Thatfache erwecken zu können glauben, daß derselbe Völkervertrag, welcher vor mehr als 200 Jahren ihm die Herrschaft Wismar entriß, es in dem Genuße seiner hergebrachten Elbzollgerechtigkeit bestätigte. Die Ansicht, daß letztere erst bei dem Westphälischen Friedensschlusse als eine Entschädigung für jenen Territorial-Verlust verliehen worden, ist, so oft sie auch verlautet, dennoch eine geschichtliche Unwahrheit. Kriegs-Ereignisse, welche jetzt in naher Zukunft über den deutschen Boden hinweggingen und irgend eine Aenderung in der Bundes-Verfassung nach sich zögen, müßten das, warum man streitet, zur Selbstfolge haben. Möchte aber, wider die allgemeine Erwartung, der Friede noch auf längere Zeit erhalten bleiben, so kann und wird es nicht fehlen, daß eben dieser Friedensstand benutzt werden wird, sei es im Zusammenwirken der europäischen Großmächte, sei es durch Vorschritte der übrigen Elbuferstaaten selbst Maßregeln wirksam zu machen, denen Mecklenburg durch die bisher gebrauchten Defensiv-Mittel nicht mehr dürfte auszuweichen vermögen. Die Zeiten, wo sich der Streit nur in weitschichtige protokollarische Erörterungen verlief, wo sich den kategorischen Forderungen

der einen Seite eine eben so kategorische Ablehnung der andern entgegen setzen ließ und dann wieder Alles beruhigt nach Hause ging, der Status quo wieder auf eine Reihe von Jahren gesichert war, diese Zeiten, welche, nachdem sie Jahrhunderte hindurch gelebt, die in Folge der Wiener Congress-Borschriften aufgerichtete neue Ordnung der Dinge nach um fast ein halbes Jahrhundert überleben sollten, sind jetzt sicher vorüber. So mächtig und jäh war der Umschwung der Ideen, daß, nachdem noch im Jahre 1849 selbst in der Paulskirche eine Verechtigung der Uferstaaten auf Entschädigung für die aufzuhebenden Flußzölle im Princip anerkannt wurde, jetzt Regierungen und Gerichte ihnen das Recht einer fiskalischen Zollerhebung selbst aberkennen. Es mag sein, daß man aus Motiven, die nur zu ehren wären, auf den Versuch einer Ablösung der Elbzölle nochmals zurückkäme, und daß, wenn diese, wie es scheint, sich unausführbar zeigte, doch sich ein Compromiß dahin anbahnen ließe, daß, gleichsam pro redimenda vexe, von der einen Seite der Widerspruch aufgegeben, von der andern dafür irgend ein Geldopfer gebracht würde. Darauf würde allerdings auch das diesseitige Bestreben gerichtet bleiben müssen. Niemals aber könnte Mecklenburg in dieser Weise wegen der Interessen voll befriedigt werden, die es bisher bestimmten, einer Herabsetzung der Elbzölle bis auf den zur Unterhaltung des Fahrwassers erforderlichen Betrag zu widersprechen; niemals könnte dadurch Mecklenburg sich der Nothwendigkeit enthoben sehen, auf anderweitige Ersatzmittel Bedacht zu nehmen. Denn hier ist es weit weniger die directe Revenüe, welche die Elbzölle der Regierung abwerfen, als vielmehr die Nothwendigkeit der Erhebung derselben in der bisherigen Höhe zur Sicherung der um das etwa Drei- bis Vierfache höhern Revenüe aus der Abgabe von den auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn transitirenden Gütern, welche dem Festhalten an der tarifmäßigen Höhe der Elbzölle zum Grunde liegt. Für Mecklenburg stände bei dem Ablösungs-Projecte sein ganzes

Transitzollsystem, welches ihm im capitalisirten Betrage mindestens 6 bis 7 Millionen Thaler werth ist, in Frage, da von dem Augenblicke an, wo der Elbtransit frei gegeben würde, auch die Durchgangs-Abgabe auf dem parallelen Landwege nicht aufrecht zu erhalten wäre. Welche auswärtige Regierung möchte aber jemals sich bereit finden lassen, Mecklenburg für den Verlust dieser letztgedachten Revenüe schadlos zu halten?

Daß der Gedanke an die Entäußerung so werthvoller Gerechtsame in Mecklenburg schwer Eingang findet, kann nicht befremden. Sie sind in legaler Weise dem Großherzoglichen Hause erworben und stehen, in sofern sie dem alten patrimonial-staatlichen Finanzsystem zur wesentlichen Stütze gereichen, auch mit der politischen Verfassung des Landes in engem Zusammenhange. Wie der landesherrliche Haushalt zu einem nicht unbedeutenden Bruchtheile auf den Einnahmen aus den Transitzöllen beruhet und der Verlust derselben jedenfalls ein neues Abkommen mit den Ständen wegen Uebertragung der Staatslasten zur Folge haben müßte, so kann auch begreiflich Niemanden damit sonderlich gebient sein, wenn die 300,000 Thlr. und mehr, welche bisher als Tribut des Auslandes zur Bestreitung öffentlicher Bedürfnisse mit großer Leichtigkeit jährlich erhoben wurden, künftig als vermehrte Steuerlast von den Landesangehörigen aufzubringen wären. Die realen Inconvenienzen, welche hiervon empfunden werden müßten, würden nur bei Wenigen durch die Betrachtung in etwas gemildert werden, daß das Princip, wonach in einem jeden Staate die Mittel zur Aufrechterhaltung der Staats-Ordnung nur aus den eigenen Kräften seiner Angehörigen zu bestreiten sind, an sich selbst als ein vollkommen gerechtfertigtes dasteht und die allgemeinere Anerkennung und Verwirklichung desselben in der That nur als ein Fortschritt der Civilisation angesehen werden kann. Dennoch geziemt es einer Gefahr, der nach den Zeit-Verhältnissen nicht zu entgehen ist, mit festem Blick ins Auge

zu schämen und sollte es um so mehr die Aufgabe der Verständigen sein, über die wahre Sachlage aufzuklären, als auch die Momente nahe liegen, welche über den besorglichen Verlust und dessen Consequenzen wieder beruhigen können. Niemand kann es leugnen, daß die große Bedeutung, wozu sich die Mecklenburgschen Transitzoll Einnahmen in neuester Zeit erhoben, doch auch nur demselben Umschwung und Emporblühen des internationalen Verkehrs verdankt wird, der seinem Wesen nach jetzt die Beseitigung solcher Hemmungen verlangt und daß, wenn den Großherzoglichen Cassen in den letzten Decennien aus den Zöllen Revenüen in einem Umfange zufließen, woran bei deren Einführung nicht gedacht war, damit kein Verdienst belohnt ward, sondern es der Gunst einer wandelbaren Conjunction zu verdanken war, auf welche ein solider Staatshaushalt nicht zu bauen ist. Lange genug wurden in Mecklenburg selbst bittere Gefühle getragen über die Belastung des sundischen Verkehrs durch Zollerhebungen, die durch Verträge so gut verbrieft waren, wie es die Elbzölle sind, aber das vor letzteren voraus hatten, daß ihre Ablösung factisch möglich war; wer gerecht gegen sich und Andere ist, muß nach der Analogie der Verhältnisse die Stimmungen würdigen, welche sich daraus im Auslande gegen Mecklenburg erhoben. Die Hauptsache aber ist, daß Mecklenburg in einer rationellen Ordnung seines veralteten Steuerwesens das Mittel besitzt, beträchtliche Ausfälle in anderweitigen staatlichen Revenüen zu übertragen, ohne daß darum ein größerer Steuerdruck empfunden würde, ja daß selbst dann, wenn die bisher aus den Transitzöllen aufgenommenen Summen zu voll durch neu einzuführende Steuern aufgebracht werden müßten, die Summe der Steuerlasten, Dank besonders der Mithülfe des landesherrlichen Domaniums, gegen diejenige fast aller anderer, in gleichen Cultur-Verhältnissen befindlichen deutschen Länder immer noch erheblich zurückstehen würde. Die Steuerkräfte sind unzweifelhaft da, es kömmt nur darauf an, sie in einem gleichmäßigen und

darum gerechten Verhältnisse anzustrengen; die natürlichen Elemente zu ihrer Erstarfung und ihrem Wachsthum sind ebenfalls da, es kommt nur darauf an, sie der durch veraltete Institutionen ihnen auferlegten Gebundenheit, worin sie größtentheils erstarrten, zu entheben. Nichts könnte zuversichtlicher erwartet werden, als daß die Anwendung und consequente Durchführung jenes Mittels, bei gleichzeitiger Entfesselung des Verkehrs im Innern und nach Außen und Beseitigung der mancherlei Schranken, welche die freie Entwicklung der productiven Kräfte des Landes hemmen, für die Emporhebung der volkswirtschaftlichen Zustände und für die durch sie bedingte Steuerkraft desselben so wohlthätige Wirkungen äußern würde, daß der Verlust einer an sich selbst selbst precariren Staats-Revenue, die durch die herrschenden Vorstellungen Gegenstand allgemeinen Odiums ward, darüber sehr bald verschmerzt werden müßte.

Auf dieses Ziel sind die Veränderungen im Steuerwesen, wofür man durch die jüngsten Landtagsbeschlüsse eine Basis gewonnen zu haben glaubt, so wenig gerichtet, daß sie in mehr als einer Hinsicht sogar in der entgegengesetzten Richtung wirken müßten; und dennoch wird bei unbefangener Erwägung der oben vorgeführten Momente die Ueberzeugung sich schwer zurückweisen lassen, daß eine jede Umgestaltung des Mecklenburgschen Steuerwesens, welche, statt auf die vorherrschenden Mißstimmungen des zollvereinten Deutschlands und der in diesem Punkte vollkommen mit demselben sympathisirenden anderen bundesverwandten Staaten versöhnend zu wirken, dieselben nur noch steigern müßte, welche, statt die Freiheit des Verkehrs mit dem großen Vaterlande herzustellen, diese nur noch mehr erschwerte und welche, statt zu der Beseitigung der vorbesprochenen, durch die Zeitverhältnisse gerichteten, dem gesammten Auslande zum Vergerniß dienenden Transit-Abgaben die Wege zu bahnen, wesentlich mit auf die daraus zu schöpfenden Revenüen fundirt bliebe, schon

darum den Anforderungen unserer Zeit nicht genügen und keinen Anspruch auf Dauer haben könnte.

Welche Bedenken noch in vielen anderen Beziehungen, die nicht Gegenstand der vorausgehenden Betrachtungen waren, den darin besprochenen Projecten entgegen treten und welche Mittel allein geeignet erscheinen, das Mecklenburgische Steuerwesen, unter möglichster Schonung bestehender Rechte, Interessen und Gewohnheiten, einer Ordnung entgegen zu führen, wie sie den Verhältnissen und Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, darüber hat der Verfasser seine, weit mehr auf wirkliche Erfahrungen des Lebens als auf bloße Theorien gestützten, Ansichten an einem andern Orte mit aller Offenheit dazulegen und zur Berücksichtigung warm zu empfehlen im Gewissen sich gedrungen gefühlt, weil es ihm hoch an der Zeit schien, von nur schon zu lange verfolgten Irrwegen, die, statt zu einem Erfolge, immer nur zu bitterer Enttäuschung führten, abzustehen und das Bestreben endlich dahin zu richten, die anerkannten Uebel an der Stelle zu heilen, wo sie doch nur ihren wahren Sitz haben. blieb nun freilich seine Stimme eine vox clamantis in deserto und vor Mißdeutung nicht bewahrt, so hat doch, was seitdem geschah, ihn nur in seinen Ueberzeugungen bestärkt. Jene Mittel, weil durch die Zeitrichtung und die Gewalt der Umstände getragen und nicht nur den herrschenden Ideen, sondern auch den realen Verhältnissen des Lebens entsprechend, werden sich Bahn brechen, wie lange man auch sich noch dagegen wehren mag; das Steuerwesen wird aus seinen alten patrimonialständischen Gängeln in die Formen des modernen Staatslebens, welches damit im Conflict liegt, nur durch sie hinüber zu leiten sein. Durch Medicamente, wie sie die Projecte an die Hand geben, um welche sich die vorgewesenen Landtags-Verhandlungen dreheten, wird dieser Zweck niemals erreichbar sein. Sie treffen den Kern der Sache nicht, laufen theils auf reine

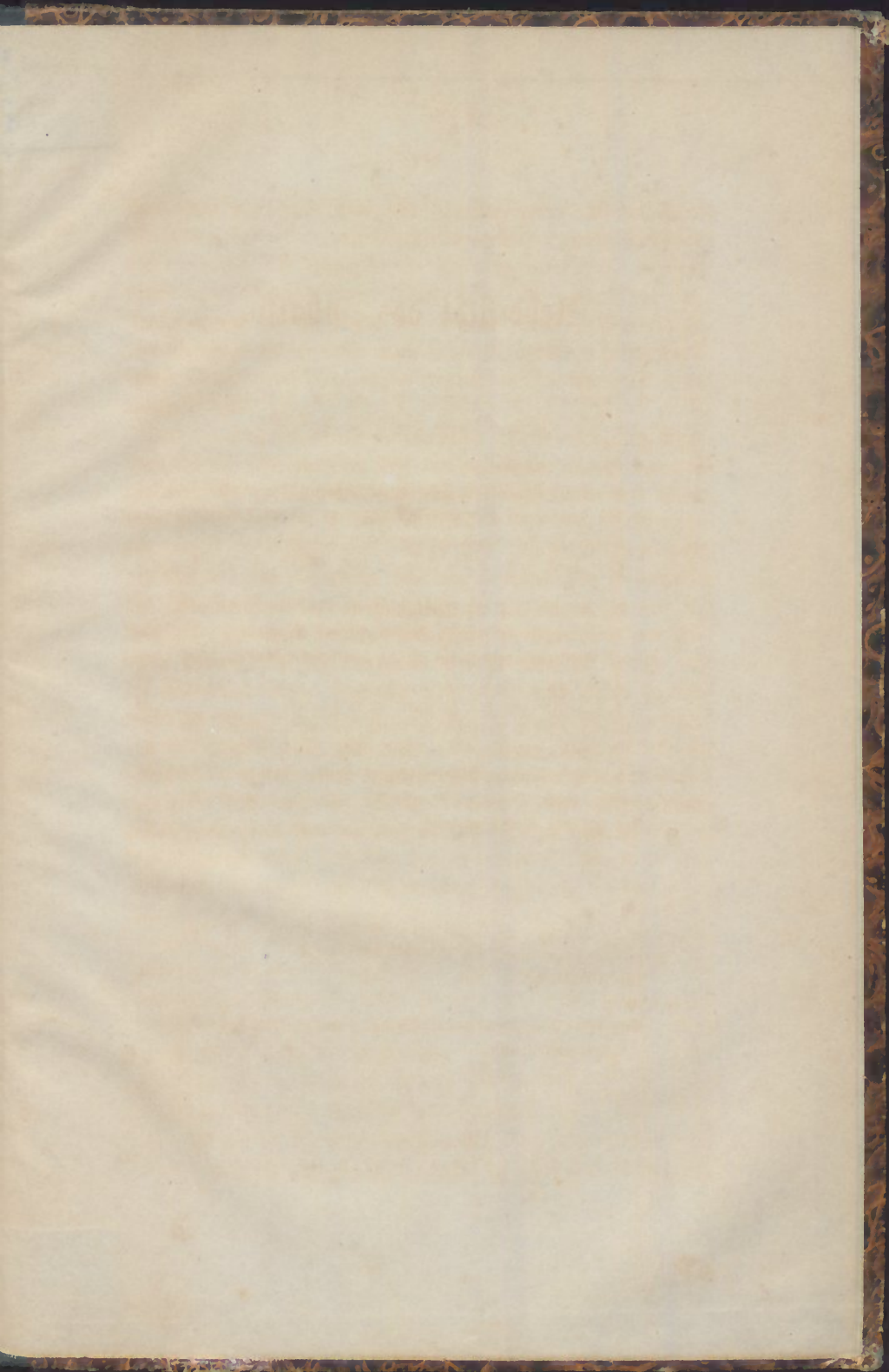
Palliative, theils auf halbe Maßregeln hinaus, die den Keim der Unhaltbarkeit in sich selber tragen und können höchstens nur diejenigen befriedigen, welche, unbekümmert um die Folgen, schon darin Genugthuung finden, wenn zur vorläufigen Beschwichtigung der Gemüther nur irgend etwas geschieht, was den Schein einer Reform an sich trägt, ohne den einer wirklichen Reform widerstrebenden ständischen Institutionen Eintrag zu thun.

Aber auch einer so beschränkten Auffassung der Aufgabe, wobei übersehen ist, daß der zu lösende Knoten dadurch nur noch fester geschürzt wird und daß alle Uebelstände, mit denen man kämpft, gerade dadurch entstanden, daß jene Institutionen neuen Bildungen des staatlichen Gemeinwesens nicht zur rechten Zeit angepaßt wurden, kommen die Ergebnisse der jüngsten Landtags-Verhandlungen nur wenig zu statten. Auch von einem so beschränkten Ziele ist man, wie wir gesehen haben, trotz der eingehenden ständischen Erklärung auf die landesherrlichen Propositionen, noch reichlich weit entfernt geblieben. Welches neue schätzbare Material durch diese Verhandlungen auch gewonnen sein mag, dem Stadium scheinen die letztern noch nicht entrückt, in welchem der Ausruf des Dichters seine Stelle findet: „Der Worte sind genug gewechselt, wir möchten endlich Thaten sehen!“

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

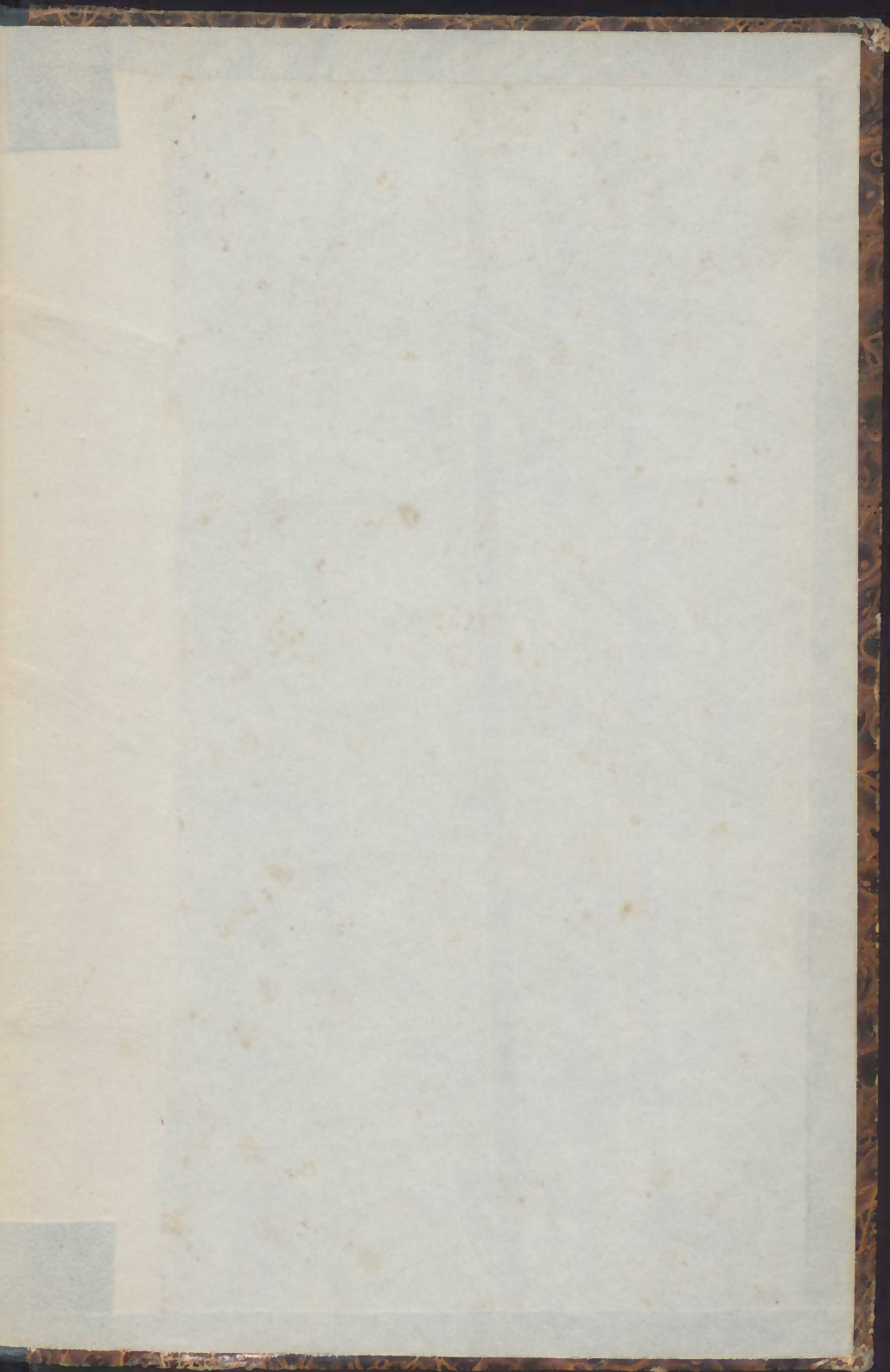
Uebersicht des Inhalts.

	Seite
Von der Bedeutung und Tragweite der auf dem Landtage 1860 in der Reformfrage gefaßten ständischen Beschlüsse,	
Im Allgemeinen	1
Inspecondere rücksichtlich	
1) des Umfangs der beabsichtigten Reform-Maßregeln	16
2) der Frage, ob die Entschädigung der landesherrlichen Cassen für die aufzuhebenden Steuern nach dem Brutto- oder nach dem Netto-Ertrage der letztern zu bestim- men sei	25
3) der Regulirung der Verhältnisse zu den Seestädten	29
4) des projectirten Handelsklassen-Steuer-Gesetzes	36
5) die Besteuerung der im Lande Handel treibender Aus- länder	41
6) des Tarifs für den projectirten Grenzzoll	41
7) der durch den projectirten Grenzzoll vernothwendigten Controle-Anstalten	52
8) der verfassungsmäßigen Concurrenz der Stände	63
Ueber die Mittel zur Deckung etwaiger Ausfälle an dem präsu- mirten Ertrage des Grenzzolls	64
Von dem Verhältnisse der vorliegenden Reform-Projecte zu den landesherrlichen Revenuen aus Transitabgaben.	
Im Allgemeinen	68
Inspecondere	
rücksichtlich der Durchgangs-Abgabe auf der Berlin-Ham- burger Eisenbahn	72
rücksichtlich der Elbzölle	74
Schlußbemerkung	110



Reisebericht des Inhalts

Einleitung	1
I. Die Reise nach dem Norden	2
1. Die Reise nach dem Norden	2
2. Die Reise nach dem Norden	3
3. Die Reise nach dem Norden	4
4. Die Reise nach dem Norden	5
5. Die Reise nach dem Norden	6
6. Die Reise nach dem Norden	7
7. Die Reise nach dem Norden	8
8. Die Reise nach dem Norden	9
9. Die Reise nach dem Norden	10
10. Die Reise nach dem Norden	11
11. Die Reise nach dem Norden	12
12. Die Reise nach dem Norden	13
13. Die Reise nach dem Norden	14
14. Die Reise nach dem Norden	15
15. Die Reise nach dem Norden	16
16. Die Reise nach dem Norden	17
17. Die Reise nach dem Norden	18
18. Die Reise nach dem Norden	19
19. Die Reise nach dem Norden	20
20. Die Reise nach dem Norden	21
21. Die Reise nach dem Norden	22
22. Die Reise nach dem Norden	23
23. Die Reise nach dem Norden	24
24. Die Reise nach dem Norden	25
25. Die Reise nach dem Norden	26
26. Die Reise nach dem Norden	27
27. Die Reise nach dem Norden	28
28. Die Reise nach dem Norden	29
29. Die Reise nach dem Norden	30
30. Die Reise nach dem Norden	31
31. Die Reise nach dem Norden	32
32. Die Reise nach dem Norden	33
33. Die Reise nach dem Norden	34
34. Die Reise nach dem Norden	35
35. Die Reise nach dem Norden	36
36. Die Reise nach dem Norden	37
37. Die Reise nach dem Norden	38
38. Die Reise nach dem Norden	39
39. Die Reise nach dem Norden	40
40. Die Reise nach dem Norden	41
41. Die Reise nach dem Norden	42
42. Die Reise nach dem Norden	43
43. Die Reise nach dem Norden	44
44. Die Reise nach dem Norden	45
45. Die Reise nach dem Norden	46
46. Die Reise nach dem Norden	47
47. Die Reise nach dem Norden	48
48. Die Reise nach dem Norden	49
49. Die Reise nach dem Norden	50
50. Die Reise nach dem Norden	51
51. Die Reise nach dem Norden	52
52. Die Reise nach dem Norden	53
53. Die Reise nach dem Norden	54
54. Die Reise nach dem Norden	55
55. Die Reise nach dem Norden	56
56. Die Reise nach dem Norden	57
57. Die Reise nach dem Norden	58
58. Die Reise nach dem Norden	59
59. Die Reise nach dem Norden	60
60. Die Reise nach dem Norden	61
61. Die Reise nach dem Norden	62
62. Die Reise nach dem Norden	63
63. Die Reise nach dem Norden	64
64. Die Reise nach dem Norden	65
65. Die Reise nach dem Norden	66
66. Die Reise nach dem Norden	67
67. Die Reise nach dem Norden	68
68. Die Reise nach dem Norden	69
69. Die Reise nach dem Norden	70
70. Die Reise nach dem Norden	71
71. Die Reise nach dem Norden	72
72. Die Reise nach dem Norden	73
73. Die Reise nach dem Norden	74
74. Die Reise nach dem Norden	75
75. Die Reise nach dem Norden	76
76. Die Reise nach dem Norden	77
77. Die Reise nach dem Norden	78
78. Die Reise nach dem Norden	79
79. Die Reise nach dem Norden	80
80. Die Reise nach dem Norden	81
81. Die Reise nach dem Norden	82
82. Die Reise nach dem Norden	83
83. Die Reise nach dem Norden	84
84. Die Reise nach dem Norden	85
85. Die Reise nach dem Norden	86
86. Die Reise nach dem Norden	87
87. Die Reise nach dem Norden	88
88. Die Reise nach dem Norden	89
89. Die Reise nach dem Norden	90
90. Die Reise nach dem Norden	91
91. Die Reise nach dem Norden	92
92. Die Reise nach dem Norden	93
93. Die Reise nach dem Norden	94
94. Die Reise nach dem Norden	95
95. Die Reise nach dem Norden	96
96. Die Reise nach dem Norden	97
97. Die Reise nach dem Norden	98
98. Die Reise nach dem Norden	99
99. Die Reise nach dem Norden	100





206\$07965982